

Vorlage für die Sitzung des Senats am 1. März 2011

Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2010

A. Problem

Das (vorläufige) Jahresergebnis der Finanz- und Personaldaten der Produktplanhaushalte steht grundsätzlich nach Abschluss des 13. Abrechnungsmonats fest.

Zeitgleich legt die Senatorin für Finanzen dem Senat die Vorlage „Abrechnung der Produktgruppenhaushalte 2010“ vor, mit der rücklagefähigen Beträge und die Ausgabestelle der Finanzdaten der Produktpläne festgestellt werden. Insofern beschränkt sich diese Vorlage im Wesentlichen auf die Beurteilung der Erreichung der Personal- und Leistungsziele im Sinne einer Haushaltsrechnung. Die Ressorts wurden daher insbesondere gebeten, im (vorläufigen) Abschlussbericht über die Erreichung der im Produktgruppenhaushalt gesetzten Ziele¹ zu berichten. Ein solcher Abschlussbericht ist im Sinne des § 12 bzw. 11 der Haushaltsgesetze (Land und Stadtgemeinde) auch den Haushalts- und Finanzausschüssen auf den Ebenen der Produktbereiche und Produktpläne vorzulegen.

B. Lösung

Die auf der Basis der Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2010 einschl. des 13. Abrechnungsmonats erstellten Berichte der Ressorts auf der Ebene der Produktpläne sowie Querschnittsbetrachtungen über Ausgabestelle, Rücklagen, Verlustvorträge und Minderausgaben sind beigelegt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die in den Berichten vorgenommenen Kurzeinschätzungen („Daumen“) unter Berücksichtigung der Veränderungen der Nachtragshaushalte sowie unter Einbeziehung sämtlicher produktplaninterner Ausgleichsmöglichkeiten (Ausgleiche von Mindereinnahmen durch Minderausgaben oder durch beabsichtigte Rücklagenentnahmen) von den Ressorts gesetzt worden sind.

¹ Diese befinden sich im Produktgruppenhaushalt jeweils auf der ersten Seite des Produktplan- bzw. Produktbereichsblatts unter Ziele/Strategien.

Da bereits im Rahmen der „Abrechnungsvorlage“ zu den Finanzdaten detailliert berichtet wird, liegt der Schwerpunkt dieses vorgelegten Berichts auf der Beurteilung der Personaldaten und der Erreichung der Ziele/Strategien der Ressorts sowie auf einem Ausblick auf den Haushalt 2011.

Folgende Feststellungen können aus Sicht des Gesamthaushalts für das Haushaltsjahr 2010 getroffen werden:

- Im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2010 wurden die eckwertrelevanten produktplanbezogenen Einnahmeanschlätze in der Summe des Gesamthaushalts um rd. 1,376 Mio. € nicht erreicht, währenddessen die Ausgabeanschlätze um rd. um rd. 62,899 Mio. € (Land und Stadtgemeinde Bremen) überschritten wurden. Diese Anpassungen waren vor dem Hintergrund der erheblichen Zuwächse bei den Sozialleistungsausgaben, aber auch im Wohngeld, zwingend notwendig. Im Zusammenhang damit wurden auch die Leistungsziele des Produktplans 41 Jugend und Soziales an die Ressourcenveränderung angepasst.

Vor dem Hintergrund des ab 2011 einzuhaltenden geplanten Finanzierungssaldos wird in der **Anlage 1** eine Übersicht beigefügt, die die Abweichung zwischen Planung (Anschlag einschl. Nachtragshaushalt) und IST-Ergebnis (einschl. 13. Abrechnungsmonat 2010) ausweist. Insgesamt wird der geplante eckwertrelevante Finanzierungssaldo (ohne Steuern, steuerabhängige Einnahmen, Mittel des Konjunkturprogramms II) in Höhe von 3.600,794 Mio. € um rd. 40,940 Mio. € unterschritten. Diese Verbesserung ist auf höhere konsumtive und investive Einnahmen (u.a. EU-Einnahmen) zurückzuführen. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass bei einer Gegenüberstellung zwischen Anschlag und IST auf der Ebene des Produktplans die unterjährigen, z.T. erheblichen Veränderungen im Haushaltssoll (z.B. Bereitstellung der Echtsmieten und der Tarifmittel aus zentral veranschlagten Mitteln) unberücksichtigt bleiben.

- Querschnittsbetrachtung Personaldaten

Personalausgaben

Nach den dezentralen und zentralen Ausgleichen im 13. Monat 2010 wurden die Personalausgaben eingehalten. Im Übrigen ist zu den Personalausgaben auf folgende Besonderheiten im Haushaltsvollzug 2010 hinzuweisen:

- Mit dem Controllingbericht für das erste Quartal 2010 wurden rd. 23,5 Mio. € für den Ausgleich der Folgewirkungen des TVL Tarifvertrages aus dem Jahr 2009 und dessen Übernahme auf die Besoldung nachbewilligt.
- Mit dem Controllingbericht für das dritte Quartal 2010 wurden rd. 5,49 Mio. € nachbewilligt. Mit diesen Mitteln konnten 90% der Personalmehrausgaben aufgrund der Tarifierhöhung vom 1. März 2010 gedeckt werden.
- Im 13. Monat wurden zur Deckung von Personalmehrausgaben aus den zentral veranschlagten Personalausgaben Nachbewilligungen in Höhe insgesamt rd. 7,4 Mio. € veranlasst. Die Aufteilung erfolgte wie folgt:

Produktplan	Ausgleich in €
05 - Bund u. Europa	99.837
07 - Inneres	101.254
11 - Justiz	1.236.685
22 - Kultur	421.591
24 - Hochschulen u. Forschung	119.676
41 - Jugend und Soziales & 51 - Gesundheit	5.007.464
71 - Wirtschaft & 81 - Häfen	452.286
Gesamt	7.438.793

Personalzielzahlen

Am Ende des Jahres 2010 waren im Kernbereich (ohne Refinanzierte oder Personalverstärkungsmittel) 13.586 Vollkräfte beschäftigt. Die Beschäftigungszielzahlen von 13.254 wurden im Dezember 2010 also insgesamt um 331 Vollkräfte überzogen.

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten strukturellen Probleme sind mit den Zielzahlenanpassungen ab dem Haushalt 2011 gelöst worden. Die anderen Ursachen sind Einmaleffekte aus dem Jahr 2010.

Im Einzelnen basiert die Überschreitung auf 3 Faktoren:

- Im Januar 2010 wurde eine neue Zählweise für Altersteilzeitfälle eingeführt, welche die Beschäftigungszahlen strukturell um rd. 100 Vollkräfte im Jahr 2010 angehoben hatte, indem Altersteilzeitkräfte nicht mehr mit 0,7 BV sondern in der Anwesenheitsphase grundsätzlich mit vollem Volumen gezählt wurden.
- Für temporäre Zusatzbedarfe bzw. Schwerpunktmittel wurde ein eigener Budgetbereich Personalverstärkungsmittel eingerichtet. Im Bildungsbereich wurde ein Teil des entsprechenden Personals fälschlicherweise nicht dort, sondern im Kernbereich gebucht. Dadurch wurden im Kernbereich rd. 75 Vollkräfte zuviel gezählt. Ein Finanzierungsproblem ist dadurch nicht entstanden.
- Schließlich bestanden schon zu Jahresbeginn nicht unerhebliche Überschreitungen in einzelnen Produktplänen. Als Reaktion darauf wurde zum Haushalt 2011 mit den betroffenen Ressorts im Rahmen von Kontrakten Zielzahlvereinbarungen vereinbart, die ein Einhalten von Einsparvorgaben zukünftig wieder ermöglichen sollen.

Ursache	Überschreitung
Altersteilzeiteffekt	-98
Fehlbuchung PVM	-74,3
strukturelle Zielzahlüberschreitung Justiz	-42,8
strukturelle Zielzahlüberschreitung Kultur	-14,4
strukturelle Zielzahlüberschreitung Jugend & Soziales	-84,8
strukturelle Zielzahlüberschreitung Finanzen	-19,1
Zwischensumme	-333,4
Saldo aus diversen geringen Unter/Überschreitungen	2,4
Summe	-331,0

Diese Ursachen allein erklären eine Gesamtüberschreitung in Höhe von 333 Vollkräften. Dagegen stehen Unterschreitungen in einigen Produktplänen. Der Saldo der Überschreitung in Höhe von 331 Vollkräften lässt sich mit diesen Faktoren also vollständig erklären.

Trotz der Überschreitung der Zielzahl wurde im vergangenen Jahr Personal wie geplant abgebaut. Ein Vergleich des durchschnittlichen (und damit ausgabenrelevanten) Beschäftigungsvolumens des Jahres 2010 (13.424 VK) mit dem des Jahres 2009 (13.527) zeigt nach Bereinigung um die beiden Effekte der geänderten Altersteilzeitberechnung und der Fehlbuchung von PVM- Kräften eine saldierte Abnahme um rd. 123 Vollkräfte. Diese Abnahme entspricht der geplanten Absenkung durch PEP für das Jahr 2010.

- Mit der Haushaltsaufstellung 2010 wurde der Produktgruppenhaushalt insbesondere hinsichtlich der Darstellung von strategischen Zielen und Kennzahlen weiter entwickelt. Inhaltlich wurde das Ziel verfolgt, ein Angebot für das Parlament zu schaffen, die wesentlichen Ziele, Informationen und Kennzahlen eines Produktplans in komprimierter Form auf ein bis zwei Seiten als Grundlage für die politische Diskussion zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieses Controllingberichts wird zur Erreichung der im Rahmen der Haushaltsaufstellung entwickelten Ziele berichtet. Soweit die Zielerreichung durch Kennzahlen untermauert wurde, werden die Soll und IST-Werte ausgewiesen. In den Fällen, in denen eine Kennzahlenbildung nicht zweckmäßig ist, wurde zum Sachstand berichtet. Zu Abweichungen zwischen Planung und IST bei den sowohl in der Quantität als auch der Qualität sehr heterogenen Kennzahlen/Indikatoren ist aus Sicht der Senatorin für Finanzen hinreichend berichtet worden. Eine Gesamtbeurteilung ist jedoch angesichts dieser Differenziertheit nicht zweckmäßig. Insofern wird auf die Kommentierungen der Ressorts verwiesen.

Dennoch soll in dieser Vorlage Folgendes angemerkt werden:

- Im Produktplan 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten werden u. a. die Sachstände zu den einzelnen Strategischen Leistungszielen Politische Bildung (Aufbau Gedenkstätte Bunker Valentin), Medienrecht und Medienpolitik und Stadtteilmanagement dargestellt. Strategische Leistungskennzahlen wurden im Hinblick auf die Eigenart der Aufgaben des Ressortbereichs nicht definiert.
- Im Produktplan 11 Justiz werden die aktuellen Sachstände zu den ausgewiesenen strategischen Leistungszielen ausführlich dargestellt (z.B. Sanierung JVA und Sachstände der einzelnen Projekte) sowie aussagekräftige strategische Kennzahlen wie z.B. Erledigungen in den verschiedenen Fachgerichtsbarkeiten dargestellt. In den einzelnen Fachgerichten kommt es hier sowohl zu leichten Über- als auch Unterschreitungen der Planwerte.
- Im Produktplan 12 Sport lassen sich nicht immer Zusammenhänge zwischen den strategischen Zielvorgaben und den gebildeten Kennzahlen herstellen. Insofern wird dem Senator für Inneres und Sport empfohlen, die

jetzige Verknüpfung von Zielen und Kennzahlen kritisch zu hinterfragen.

- Das Bildungsressort (Produktplan 21) hat zur Einhaltung der für das Haushaltsjahr 2010 genannten Zielvorgaben in den Bereichen schulische Bildung, berufliche Bildung und allgemeine Weiterbildung sowie außerschulische Berufsbildung zum Sachstand berichtet. Die entwickelten Kennzahlen, z.B. Personalausgaben bzw. Sachausgaben je Schüler oder Abgänger/innen weisen keine bzw. nur eine geringfügige Abweichung gegenüber der Planung aus.

- Der Senator für Kultur (Produktplan 22) teilt in seiner Kurzeinschätzung zur Erreichung der Leistungsziele mit, dass diese mit Ausnahme im Produktbereich 22.03 Museen erreicht wurden.

Im Bereich der Museen liegen die Besuchszahlen zum Jahresende mit 14,9% unter dem Planwert. Damit wurde das Jahresergebnis 2009 nochmals um 23% unterschritten was insbesondere auf den Besucherrückgang im Übersee-Museum (21,2%) und im Deutschen Schiffahrtsmuseum (22%) zurückzuführen ist. Dagegen haben die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung sowie das Paula Becker Modersohn Museum nach Aussage des Ressorts an Besuchern gewinnen können.

Auch im Bereich „Theater und Musik“ wurde der Jahresplanwert der Besuche um 6,3% unterschritten. Durch den Besuchsrückgang und zusätzliche Nachbewilligungen für Tarifkosten steigt der Zuschuss je Besuch rechnerisch auf 140 €.

- Im Produktplan 31 Arbeit wurden die strategischen Zielvorgaben des beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms teilweise übererfüllt. So konnten 811 Beschäftigte bzw. 18 % mehr als geplant gefördert und 261 Arbeitslose bzw. 11 % mehr als geplant weitergebildet werden. Eine Weiterentwicklung der Kennzahlen hinsichtlich der Wirkung im Sinne einer erfolgreichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt wäre wünschenswert.
- Im Produktplan 41 Jugend und Soziales wird hinsichtlich der Entwicklung der Sozialleistungen auf den gesonderten Bericht verwiesen.

Der politischen Schwerpunktsetzung zum Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote in Bremen konnte u.a. auch aufgrund des beschlossenen Nachtragshaushalts in 2010 Rechnung getragen werden.

- Im Produktplan 51 Gesundheit werden die Sachstände zu den strategischen Schwerpunktthemen Krankenhausversorgung, Psychiatrische Versorgung Kindeswohl und Verbraucherschutz dargestellt. Bei den strategischen Kennzahlen wird ausgewiesen, dass die Anzahl der Kontrollen in der amtlichen Lebensmittelüberwachung um 749 bzw. 10% gesteigert werden konnten.
- Im Produktplan 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa werden als strategische Leistungsziele insbesondere die Einführung der verschiedenen Linien der Regio-S-Bahn dargestellt sowie die Sachstände zu den vorgesehenen Linienverlängerungen.

- In den Produktplänen 71 Wirtschaft und 81 Häfen wurden die gesetzten Ziele nicht bzw. nicht vollständig erreicht. Dies ist nach Darstellung der betroffenen Ressorts insbesondere auf die Auswirkungen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen.
- Generell war bei der Sichtung der Kennzahlen auffällig, dass vielfach bereits unterjährig die Erreichung der Ziele nicht zu erwarten war. Hier sollte zukünftig darüber reflektiert werden, ob in solchen Fällen nicht bereits eine unterjährige Anpassung der Kennzahlen an die realistische Zielerreichung nach Beteiligung der entsprechenden Beschlussgremien erfolgen sollte.

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Unter Berücksichtigung der o. g. Feststellungen ist für das Haushaltsjahr 2011 auf folgende Aspekte hinzuweisen:

- Die Haushalte 2011 sind für Bremen die ersten, die bereits nach dem Sanierungspfad unter den Vorgaben der Föderalismus Kommission II aufgestellt wurden und auch entsprechend zu vollziehen sind. Auch wenn die notwendige Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und Bremen noch nicht abgeschlossen wurde, so bedeutet dies u. a., dass die Einhaltung der dort festgeschriebenen Kriterien für die Gewährung der Sanierungshilfen (insbes. die Einhaltung des zulässigen strukturellen Defizits) oberste Priorität hat.
- Die Erkenntnisse aus dem Nachtragshaushalt 2010 (je Land und Stadt) wurden auf den Haushalt 2011 überwältzt. Weitere bekannte aktuelle Entwicklungen wurden ebenfalls im Rahmen der der Bremischen Bürgerschaft vorgelegten Änderungen zum Haushaltsentwurf 2011 berücksichtigt, so dass eine aktuelle Budgetausstattung der betroffenen Bereiche gewährleistet ist. Beispielhaft soll hier die Entwicklung in der Verkehrsüberwachung bzw. bei den Ordnungswidrigkeiten im Produktplan 07 Inneres genannt werden, die zu einer Absenkung der Einnahmeanschlätze geführt hat. Die Einhaltung der Budgets, insbesondere des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos, ist von den Produktplanverantwortlichen im Haushaltsvollzug 2011 durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.
- Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat zu Beginn des Haushaltsjahres eine Haushaltssperre verhängt, um der schwierigen Lage im Haushaltsvollzug Rechnung zu tragen,
- In den Produktplänen 11 Justiz, 22 Kultur, 41 Jugend und Soziales sowie 91 Finanzen/Personal wurde im Haushalt 2011 entsprechend der geschlossenen Kontrakte eine Anpassung der Zielzahlen und Budgets vorgenommen. In diesen Produktplänen besteht somit kein Überhang mehr. Es werden keine Zielzahlüberschreitungen und keine Personalmehrausgaben gegenüber den Anschlägen erwartet.
- Der Senat hat in seiner Sitzung am 04.12.2007 die Änderung der Bewertungsmatrix zur Kenntnis genommen. In dieser Matrix wurden die Personalausgaben

zum ausschließlichen Bewertungsmaßstab festgelegt. In den im vorhergehenden Spiegelpunkt genannten Kontrakten wurde die Ausweitung des Controllings auf die Dimension der Beschäftigungszielzahlen vereinbart.

Auch unter den Bedingungen des Föko II Prozesses erscheint es notwendig, die Bewertung der Beschäftigungszielzahlen wieder in das Controlling zu integrieren. Die Bewertung der Dimension der Personalausgaben gibt keine Auskunft über Entwicklungen, die über das aktuelle Haushaltsjahr hinaus gehen. Die Personalausgaben für die aktiv Beschäftigten sind "gedeckt", so dass es notwendig ist, auch mittel- und langfristige Entwicklungen im Personalbestand zeitnah erkennen zu können. Dieses wird mit dem Controlling der Beschäftigungszielzahlen erreicht. Es ergibt sich somit für die Bewertung der Einhaltung der Personalvorgaben das in der **Anlage 2** beigefügte neue Bewertungsschema.

- Die Kosten für die z. Zt. laufenden Tarifverträge sind in den dezentralen Budgets enthalten. Als Vorsorge für zukünftige Tarifverträge sind Mittel für eine Steigerung in Höhe von 0,9% (rd. 10,6 Mio. € incl. Versorgung) in den zentral veranschlagten Personalausgaben vorhanden. Weitere Risiken sind z. Zt. nicht erkennbar, wobei darauf hinzuweisen ist, das im Verlauf des Haushaltes 2011 neu auftretende Risiken nicht durch zentral veranschlagte Personalausgaben abgedeckt werden können.
- Der Prozess der stärkeren strategischen Ausrichtung der Ziel- und Kennzahlensteuerung sollte trotz der Schwerpunktsetzung auf die Einhaltung des Konsolidierungskurses parallel fortgesetzt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit dieser Vorlage sind unmittelbar keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderbezogenen Auswirkungen verbunden.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage wurde den Ressorts vorab zur Erörterung übersandt. Sie ist mit der Senatskanzlei abgestimmt worden.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1978/17 den Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2010 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an die Haushalts- und Finanzausschüsse weiterzuleiten.
2. Der Senat nimmt die geänderte Matrix zur Bewertung der Personalziele im zentralen Controlling auf Ebene der Produktbereiche und Produktpläne zur Kenntnis. Der Senat bittet die Ressorts, diese den Fachdeputationen mit dem Ziel der Übertragung auf das Controlling auf der Ebene der Produktgruppen vorzulegen.

Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos (ohne Steuern, steuerabhängige Einnahmen)												SF21-2 14.02.2011		
PPL		Einnahmen				Ausgaben				Finanzierungs- saldo				
		konsumtiv		investiv	INSGESAMT		Personal		konsumtiv	Tilgung	Zinsen	investiv	INSGESAMT	
		Tsd. €												
01	Bürgerschaft	Anschlag	88,0	0,0	88,0	10.398,0	7.701,1	355,2	18.454,2			355,2	18.454,2	-18.366,2
		IST	98,6	0,0	98,6	10.046,2	7.984,0	225,5	18.255,7			225,5	18.255,7	-18.157,1
		Abweichung	10,6	0,0	10,6	-351,8	282,9	-129,7	-198,6	0,0	0,0	-129,7	-198,6	209,2
02	Rechnungshof	Anschlag	2,4	0,0	2,4	2.705,4	368,2	12,8	3.086,3			12,8	3.086,3	-3.084,0
		IST	3,2	0,0	3,2	2.385,4	312,2	3,0	2.700,6			3,0	2.700,6	-2.697,4
		Abweichung	0,8	0,0	0,8	-319,9	-56,0	-9,8	-385,7	0,0	0,0	-9,8	-385,7	386,5
03	Senat/Senats- kanzlei	Anschlag	223,0	0,0	223,0	7.348,2	5.341,8	2.924,5	15.614,5			2.924,5	15.614,5	-15.391,5
		IST	672,5	337,0	1.009,5	7.823,2	6.544,3	2.938,7	17.306,2			2.938,7	17.306,2	-16.296,7
		Abweichung	449,5	337,0	786,5	475,0	1.202,4	14,3	1.691,7	0,0	0,0	14,3	1.691,7	-905,2
05	Bundesange- legenheiten	Anschlag	337,8	0,0	337,8	1.386,7	1.688,1	63,5	3.138,3			63,5	3.138,3	-2.800,5
		IST	412,4	0,0	412,4	1.511,9	1.703,3	69,6	3.284,8			69,6	3.284,8	-2.872,4
		Abweichung	74,5	0,0	74,5	125,2	15,1	6,1	146,4	0,0	0,0	6,1	146,4	-71,9
06	Datenschutz	Anschlag	0,0	0,0	0,0	604,0	126,3	14,3	744,6			14,3	744,6	-744,6
		IST	2,7	0,0	2,7	653,0	88,6	5,5	747,2			5,5	747,2	-744,5
		Abweichung	2,7	0,0	2,7	49,0	-37,6	-8,7	2,6	0,0	0,0	-8,7	2,6	0,1
07	Inneres	Anschlag	30.571,3	0,0	30.571,3	147.610,6	65.424,6	6.072,9	219.123,5			6.072,9	219.123,5	-188.552,2
		IST	33.437,2	131,4	33.568,6	155.299,2	71.954,9	7.418,4	234.687,9			7.418,4	234.687,9	-201.119,3
		Abweichung	2.866,0	131,4	2.997,4	7.688,6	6.530,3	1.345,5	15.564,4	0,0	-0,1	1.345,5	15.564,4	-12.567,0
08	Gleichberech- tigung der Frau	Anschlag	81,0	0,0	81,0	676,9	225,8	3,0	905,7			3,0	905,7	-824,7
		IST	71,8	0,0	71,8	699,8	201,7	0,0	901,5			0,0	901,5	-829,8
		Abweichung	-9,2	0,0	-9,2	22,9	-24,0	-3,0	-4,1	0,0	0,0	-3,0	-4,1	-5,1
09	Staatsgerichts- hof	Anschlag	0,0	0,0	0,0	38,5	5,5		44,0				44,0	-44,0
		IST	0,0	0,0	0,0	38,1	5,5		43,7				43,7	-43,7
		Abweichung	0,0	0,0	0,0	-0,4	0,0	0,0	-0,3	0,0	0,0	0,0	-0,3	0,3
11	Justiz	Anschlag	39.820,0	0,0	39.820,0	61.584,5	41.776,6	4.934,8	108.302,5			4.934,8	108.302,5	-68.482,5
		IST	42.758,9	3,3	42.762,2	65.083,4	43.333,2	10.921,4	119.344,6			10.921,4	119.344,6	-76.582,4
		Abweichung	2.938,9	3,3	2.942,2	3.498,9	1.556,6	5.986,6	11.042,1	0,0	0,0	5.986,6	11.042,1	-8.100,0
12	Sport	Anschlag	348,4	0,0	348,4	1.011,3	8.686,4	2.368,5	12.066,1			2.368,5	12.066,1	-11.717,8
		IST	355,5	0,0	355,5	1.028,6	11.091,1	3.660,5	15.780,2			3.660,5	15.780,2	-15.424,7
		Abweichung	7,1	0,0	7,1	17,3	2.404,7	1.292,0	3.714,0	0,0	0,0	1.292,0	3.714,0	-3.706,9
21	Bildung	Anschlag	14.802,8	0,0	14.802,8	285.455,7	205.017,1	22.215,5	512.688,3			22.215,5	512.688,3	-497.885,4
		IST	15.015,7	2.520,0	17.535,7	289.143,8	260.178,0	28.094,8	577.416,6			28.094,8	577.416,6	-559.880,9
		Abweichung	212,9	2.520,0	2.732,9	3.688,1	55.161,0	5.879,3	64.728,4	0,0	0,0	5.879,3	64.728,4	-61.995,5
22	Kultur	Anschlag	3.087,5	81,3	3.168,7	6.163,7	67.090,6	10.697,7	83.952,0			10.697,7	83.952,0	-80.783,3
		IST	3.677,7	198,6	3.876,3	6.523,4	70.974,0	13.083,8	90.581,2			13.083,8	90.581,2	-86.705,0
		Abweichung	590,2	117,3	707,5	359,7	3.883,4	2.386,1	6.629,2	0,0	0,0	2.386,1	6.629,2	-5.921,7
24	Hochschulen und Forschung	Anschlag	17.103,5	15.139,5	32.243,0	2.213,6	276.960,2	43.834,1	323.007,9			43.834,1	323.007,9	-290.764,9
		IST	16.612,2	15.079,6	31.691,8	2.422,0	283.676,7	44.749,3	330.847,9			44.749,3	330.847,9	-299.156,1
		Abweichung	-491,3	-59,9	-551,2	208,4	6.716,4	915,2	7.840,0	0,0	0,0	915,2	7.840,0	-8.391,3
31	Arbeit	Anschlag	23.952,6	0,0	23.952,6	6.410,8	34.666,0	971,5	42.048,3			971,5	42.048,3	-18.095,7
		IST	29.836,7	0,0	29.836,7	6.626,3	35.425,1	1.016,7	43.068,2			1.016,7	43.068,2	-13.231,4
		Abweichung	5.884,2	0,0	5.884,2	215,5	759,1	45,2	1.019,8	0,0	0,0	45,2	1.019,8	4.864,3

Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos (ohne Steuern, steuerabhängige Einnahmen)

PPL	Einnahmen			Ausgaben			Finanzierungs- saldo			
	konsumtiv	investiv	INSGESAMT	Personal	konsumtiv	Tilgung		Zinsen	investiv	INSGESAMT
	Tsd. €									
41 Jugend und Soziales	101.387,7	2.771,0	104.158,7	49.394,2	806.885,1		0,0	5.862,7	862.142,1	-757.983,4
	102.437,0	3.784,9	106.222,0	56.487,4	814.661,4		0,0	6.675,2	877.824,1	-771.602,2
Abweichung	1.049,3	1.013,9	2.063,3	7.093,2	7.776,3	0,0	0,0	812,5	15.682,1	-13.618,8
51 Gesundheit	12.455,9	11,0	12.466,9	21.119,8	14.622,8			27.931,8	63.674,3	-51.207,5
	12.571,7	3,1	12.574,9	23.343,4	14.719,1			34.852,3	72.914,8	-60.340,0
Abweichung	115,9	-7,9	108,0	2.223,7	96,3	0,0	0,0	6.920,5	9.240,5	-9.132,5
68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	30.972,4	33.841,0	64.813,4	41.287,9	155.737,2	4.991,0	1.367,0	110.539,4	313.922,4	-249.109,1
	31.416,2	39.709,3	71.125,5	43.619,7	125.204,1	5.031,6	1.263,0	100.764,6	275.883,1	-204.757,5
Abweichung	443,8	5.868,3	6.312,1	2.331,8	-30.533,0	40,6	-104,0	-9.774,8	-38.039,4	44.351,5
71 Wirtschaft	4.428,8	25.243,7	29.672,5	5.707,6	29.943,4	4.219,0	98.139,0		138.008,9	-108.336,4
	6.512,0	37.951,3	44.463,3	6.799,5	30.687,9	1.429,2	75.823,7		114.740,2	-70.276,9
Abweichung	2.083,2	12.707,6	14.790,8	1.091,9	744,5	0,0	-2.789,8	-22.315,3	-23.268,7	38.059,5
81 Häfen	2.098,0	10.737,0	12.835,0	6.890,8	3.471,1	26.379,0	57.477,0		94.217,9	-81.382,9
	3.143,7	10.737,0	13.880,7	7.618,3	2.817,5	26.320,2	57.275,7		94.031,7	-80.151,0
Abweichung	1.045,7	0,0	1.045,7	727,5	-653,6	0,0	-58,8	-201,3	-186,2	1.231,9
91 Finanzen/Persor	10.027,5	0,0	10.027,5	75.670,7	13.730,5			533,6	89.934,9	-79.907,4
	15.884,6	0,0	15.884,6	79.143,5	20.987,3			2.019,7	102.150,5	-86.265,9
Abweichung	5.857,1	0,0	5.857,1	3.472,8	7.256,8	0,0	0,0	1.486,0	12.215,6	-6.358,5
92 Allg. Finanzen	105.834,5	0,0	105.834,5	412.036,1	90.645,1	0,0	0,0	376,0	503.057,1	-397.222,6
	106.745,8	65,0	106.810,8	373.552,5	51.157,5	0,0	0,0	15.730,9	440.440,9	-333.630,1
Abweichung	911,3	65,0	976,3	-38.483,6	-39.487,5	0,0	0,0	15.354,9	-62.616,2	63.592,5
93 Zentr. Finanzen (ohne KPII)	80.994,2	0,0	80.994,2	104.417,6		9,0	619.086,9	2.785,0	726.298,5	-645.304,3
	88.903,5	0,0	88.903,5	103.833,0		0,0	612.870,2	1.106,0	717.809,2	-628.905,7
Abweichung	7.909,3	0,0	7.909,3	0,0	-584,6	-9,0	-6.216,7	-1.679,0	-8.489,3	16.398,6
96 IT-Ausgaben	0,0	0,0	0,0	0,0	26.270,3			6.533,7	32.804,1	-32.804,1
	602,7	0,0	602,7	0,0	22.799,7			7.987,0	30.786,6	-30.184,0
Abweichung	602,7	0,0	602,7	0,0	-3.470,7	0,0	0,0	1.453,2	-2.017,4	2.620,1
INSGESAMT	478.617,3	87.824,5	566.441,7	1.145.714,7	1.960.801,3	5.000,0	651.074,1	404.646,3	4.167.236,4	-3.600.794,7
INSGESAMT	511.172,4	110.520,5	621.692,9	1.139.848,6	1.980.340,2	5.031,6	641.904,7	414.422,2	4.181.547,4	-3.559.854,5
INSGESAMT	32.555,1	22.696,0	55.251,1	-5.866,1	19.538,9	31,6	-9.169,3	9.775,9	14.311,0	40.940,2

nachrichtlich:

Konjunkturprogramm II	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	55.840,6	55.840,6	0,0	0,0	0,0	0,0	78.733,5	78.733,5	-22.892,8
Abweichung	0,0	55.840,6	55.840,6	0,0	0,0	0,0	0,0	78.733,5	78.733,5	-22.892,8

Matrix zur Bewertung der Personalziele im Controlling auf der Ebene der Produktbereiche und Produktpläne (zentrales Controlling)

Vorbemerkung:

Die nachfolgenden Kriterien sollen Hilfestellung und Orientierung für die Bewertung der Einhaltung der Ziele in der Dimension Personal bieten. Darüber hinaus soll erreicht werden, dass möglichst einheitliche Kriterien angewendet werden.

Bewertung im laufenden Haushaltsjahr			
Dimension	Personaldaten		
Kriterien	Personalausgaben	Beschäftigungszielzahl	Gesamteinschätzung
	Bewertung	Ist-Soll-Abweichung beim voraussichtlichen Jahresergebnis für den Kernbereich einschl. Ausbildung (Zeile Zwischensumme)	
 Zielerreichung nicht gefährdet	geringere Personalausgaben (negative Abweichung)	geringerer Beschäftigungsumfang (negative Abweichung)	Zielerreichung mindestens in einer Dimension nicht gefährdet und bei den anderen im Toleranzbereich
 Zielerreichung im Toleranzbereich	Abweichung von 0 bis 1% oder < 100 Tsd. €	Abweichung von 0 bis 1% oder < 1,0 Volumen	Zielerreichung in allen Dimensionen im Toleranzbereich
 Zielerreichung gefährdet (voraussichtlich nicht möglich)	höhere Personalausgaben Abweichung größer als 1% (mindestens 100 Tsd. €)	höherer Beschäftigungsumfang Abweichung größer als 1% (> 1,0 Volumen)	Zielerreichung mindestens in einer Dimension nicht möglich

Bewertung im vorläufigen Jahresabschlussbericht (13. Monat)			
Dimension	Personaldaten		
Kriterien	Personalausgaben	Beschäftigungszielzahl	Gesamteinschätzung
	Bewertung	Ist-Soll-Abweichung beim Jahresergebnis für den Kernbereich einschl. Ausbildung (Zeile Zwischensumme)	
 Ziel erreicht	geringere Personalausgaben (negative Abweichung)	geringerer Beschäftigungsumfang (Abweichung <= 1,0)	Ziel in allen Dimensionen erreicht
 Ziel nicht erreicht	höhere Personalausgaben (positive Abweichung)	höherer Beschäftigungsumfang (Abweichung > 1,0)	Ziel in mindestens 1 Dimension nicht erreicht



Abschlussbericht

Produktgruppenhaushalt 2010

(Januar - Dezember einschl. 13. Monat)

Controllingbericht Teil I

Inhaltsverzeichnis

Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)

Produktplan 01	Seite	1
Produktplan 02	Seite	3
Produktplan 03	Seite	5
Produktplan 05	Seite	9
Produktplan 06	Seite	12
Produktplan 07	Seite	15
Produktplan 08	Seite	24
Produktplan 09	Seite	26
Produktplan 11	Seite	28
Produktplan 12	Seite	35
Produktplan 21	Seite	41
Produktplan 22	Seite	45
Produktplan 24	Seite	50
Produktplan 31	Seite	54
Produktplan 41	Seite	58
Produktplan 51	Seite	63
Produktplan 68	Seite	67
Produktplan 71	Seite	72
Produktplan 81	Seite	74
Produktplan 91	Seite	76
Produktplan 92	Seite	79
Produktplan 93	Seite	82
Produktplan 96	Seite	86

Querschnittsbetrachtungen

Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	Seite	89
Testate/globale Minderausgaben	Seite	93
investive Minderausgaben	Seite	94

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	99	88	11	12,0	91	91	99	8	88
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	99	88	11	12,0	91	91	99	8	88
Personalausgaben	10.046	10.502	-456	-4,3	10.502	10.501	10.046	-455	10.398
konsumtive Ausgaben	7.984	7.701	283	3,7	8.338	8.337	7.984	-353	7.701
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	225	355	-130	-36,5	362	362	225	-137	355
relevante Verrech./Erstatt.	3	0	3	0,0	2	2	3	1	0
Gesamtausgaben	18.258	18.558	-300	-1,6	19.204	19.202	18.258	-944	18.454
Saldo	-18.160	-18.470	310	-1,7	-19.114	-19.111	-18.159	952	-18.366

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.940	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.838	3.094	-256	2.838	3.094	-256
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	2.838	3.094	-256	2.838	3.094	-256
Refinanzierte	0	1	-1	138	155	-17	138	155	-17
Nebentitel	0	0	0	7.070	7.253	-183	7.070	7.253	-183
Insgesamt	0	1	-1	10.046	10.502	-456	10.046	10.502	-456
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	37	37	0	37	37	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	50,7	57,9	-7,2	54,1	56,4	-2,3	54,1	56,4	-2,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	50,7	57,9	-7,2	54,1	56,4	-2,3	54,1	56,4	-2,3
Refinanzierte	3,0	-	-	2,8	-	-	2,8	-	-
Abwesende	9,1	-	-	6,3	-	-	6,3	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	1,3	22,5	2,5
Beschäftigte über 55 Jahre	21,3	17,5	25,0
Frauenquote	73,3	50,0	71,3
Teilzeitquote	42,7	35,0	43,8
Schwerbehindertenquote	11,3	6,0	11,7

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen Es wurden Mehreinnahmen von rd. 8 Tsd. Euro erzielt.			
Konsumtive Ausgaben Die konsumtiven Ausgaben sind eingehalten.			
Personalausgaben Die Personalmittel sind eingehalten.			
Investitionen Die Investitionsmittel sind eingehalten.			
Die Primärausgaben wurden nicht überschritten.			

Produktplan:	02	Controlling 13/10	
Rechnungshof		07.02.2011	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	3	2	1	60,0	2	2	3	1	2
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3	2	1	60,0	2	2	3	1	2
Personalausgaben	2.385	3.147	-762	-24,2	3.146	3.147	2.385	-762	2.705
konsumtive Ausgaben	312	368	-56	-15,2	488	488	312	-176	368
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3	13	-10	-77,0	80	80	3	-77	13
relevante Verrech./Erstatt.	2	2	-0	-20,8	2	2	2	0	2
Gesamtausgaben	2.702	3.530	-828	-23,5	3.717	3.717	2.702	-1.015	3.088
Saldo	-2.699	-3.528	829	-23,5	-3.714	-3.715	-2.699	1.016	-3.086

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	971	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.268	2.455	-187	2.268	2.455	-187
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	2.268	2.455	-187	2.268	2.455	-187
Refinanzierte	0	0	0	45	619	-574	45	619	-574
Nebentitel	0	0	0	72	73	-1	72	73	-1
Insgesamt	0	0	0	2.385	3.147	-762	2.385	3.147	-762
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	72	72	0	72	72	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	39,0	41,8	-2,8	39,3	41,8	-2,5	39,3	41,8	-2,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	39,0	41,8	-2,8	39,3	41,8	-2,5	39,3	41,8	-2,5
Refinanzierte	1,0	-	-	0,9	-	-	0,9	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,8	22,5	4,7
Beschäftigte über 55 Jahre	42,9	17,5	41,9
Frauenquote	50,0	50,0	48,8
Teilzeitquote	19,1	35,0	25,6
Schwerbehindertenquote	4,8	6,0	7,0

Produktplan: Rechnungshof	02	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
kamerale Finanzdaten Die kamerale Finanzdaten sind eingehalten.			
Personaldaten Die Personalmittel sind eingehalten.			
investive Ausgaben Die investiven Mittel sind eingehalten. Die Abweichung zwischen Anschlag und IST ist darauf zurückzuführen, dass veranschlagte Mittel für investive Ausgaben im PPL 96 eingesetzt wurden.			

Produktplan: Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	03	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	672	223	449	201,6	671	671	672	1	223
investive Einnahmen	337	0	337	0,0	337	337	337	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	99	0	99	0,0	99	99	99	0	0
Gesamteinnahmen	1.108	223	885	397,1	1.107	1.107	1.108	1	223
Personalausgaben	7.823	7.823	0	0,0	7.823	7.823	7.823	0	7.348
konsumtive Ausgaben	6.544	5.342	1.202	22,5	6.873	6.873	6.544	-329	5.342
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.939	2.924	15	0,5	6.064	6.064	2.939	-3.125	2.924
relevante Verrech./Erstatt.	92	-92	184	-200,2	92	92	92	0	7
Gesamtausgaben	17.398	15.997	1.401	8,8	20.852	20.852	17.398	-3.454	15.621
Saldo	-16.290	-15.774	-516	3,3	-19.746	-19.745	-16.290	3.455	-15.398

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	189	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	242	-242	6.322	6.322	0	6.322	6.322	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	242	-242	6.322	6.322	0	6.322	6.322	0
Refinanzierte	0	6	-6	202	202	0	202	202	0
Nebentitel	0	-80	80	1.300	1.299	1	1.300	1.299	1
Insgesamt	0	168	-168	7.824	7.823	1	7.824	7.823	1
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	58	58	0	58	58	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	113,0	110,6	2,4	113,6	111,8	1,8	113,6	111,8	1,8
Personalverstärkung	0,0	1,0	-1,0	0,0	0,5	-0,5	0,0	0,5	-0,5
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	113,0	111,6	1,4	113,6	112,3	1,3	113,6	112,3	1,3
Refinanzierte	4,1	-	-	4,3	-	-	4,3	-	-
Abwesende	11,9	-	-	11,7	-	-	11,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	11,2	22,5	11,3
Beschäftigte über 55 Jahre	35,7	17,5	38,0
Frauenquote	58,0	50,0	57,8
Teilzeitquote	25,2	35,0	31,0
Schwerbehindertenquote	11,8	6,0	10,3

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	Controlling 01-13/2010
Verantwortlich: Bgm Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele
<p>Politische Bildung</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schwerpunktsetzung auf Erinnerungs- u. Gedenkstättenarbeit sowie Europäische Integration. - Der Auftrag des Senats vom 14.09.2010, die Gedenkstätte Bunker Valentin mit Bundeshilfe aufzubauen, konnte durch einen erfolgreichen Antrag beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien umgesetzt werden. In einer fünfjährigen Projektphase von 2011 bis 2015 gewährt der Bund eine Zuwendung von insgesamt 1,9 Mio. Euro. Parallel wurde mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Einvernehmen über eine Rahmenvereinbarung erzielt, die den Betrieb der Gedenkstätte sichert.
<p>Medienrecht u. -Medienpolitik</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beginn der Novellierung des Bremischen Landesmediengesetzes (BremLMG). - Verfahren der Telemedienkonzepte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. - Entwicklung eines neuen Rundfunkbeitragsmodells. - Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über den 15. Rundfunkänderungs-Staatsvertrag (RfÄStV). - Einrichtung des "Runden Tisches zur Bremischen Medienkompetenz" ; erstes Treffen mit ca.140 Teilnehmern hat stattgefunden.
<p>Stadtteilmanagement</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Die Bildung von Stadtteilbudgets wurde als politisches Ziel ins neue Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter v. 2.2.2010 aufgenommen. Da diese Budgets im Haushalt 2010 nicht darstellbar waren, wurden alternativ die Mittel für das Jugendanpassungskonzept, die Neuanlage und Unterhaltung von Kinderspielplätzen und die stadtteilbezogenen Mittel für die Grünpflege und Unterhaltung von Wegen und Plätzen unter einen Zustimmungsvorbehalt der Beiräte gestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Mittel aus dem Programm "Impulse für den sozialen Zusammenhalt" wurden vom Haushalts- und Finanzausschuss (S) in 3 Tranchen im Rahmen eines Antragsverfahrens bewilligt. Die Zuwendungsbescheide wurden von der Senatskanzlei erteilt.
<p>Protokoll / Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung der zentralen Gedenkveranstaltung 2010 zum Tag der deutschen Einheit in Bremen.
<p>Kirchliche / interkulturelle Angelegenheiten</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Organisation der Bremer Integrationswoche 2010.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung der 13. "Nacht der Jugend" im Rathaus.

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten Das Budget wurde um 3.455 TEUR unterschritten. Die Primärausgaben wurden um 1.692 TEUR überschritten. Bei den Gesamteinnahmen liegt eine Überschreitung i.H. von 1 TEUR vor.</p> <p>3.1.1 Konsumtive Einnahmen Das Budget der konsumtiven Einnahmen wurde i.H. von 1 TEUR überschritten. Die Abweichung zwischen dem Rechnerischen Planwert und dem IST resultiert aus Mehreinnahmen aus Nutzungsentgelten, Erlösen aus Außentrauungen, Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter sowie nicht veranschlagten Bundesmitteln für das Projekt "Bildung".</p> <p>3.1.2 investive Einnahmen Das Budget der investiven Einnahmen wurde i.H. der Einnahmeverfügungsmittel eingehalten. Es handelt sich hierbei um Zuwendungen des Bundes für UNESCO-Welterbestätten.</p> <p>3.1.3 Personalausgaben Das Budget der Personalausgaben wurde durch Entnahme aus der Budgetrücklage und Ausgleich aus konsumtiven Mindereinnahmen eingehalten.</p> <p>3.1.4 Konsumtive Ausgaben Das Budget der konsumtiven Ausgaben wurden um 329 TEUR unterschritten, da Haushaltsreste nicht vollständig in Anspruch genommen wurden.</p> <p>3.1.5 investive Ausgaben Das Budget der investiven Ausgaben wurde i.H. von 3.125 TEUR unterschritten. Dieses ergibt sich insbesondere aus nicht in Anspruch genommenen veranschlagten Mitteln wegen Projektverzögerung (Bunker Valentin), nur zum Teil in Anspruch genommenen Haushaltsresten bei Impulsmitteln und keine Inanspruchnahme bei den Globalmitteln sowie nicht vollständig in Anspruch genommenen Einnahmeverfügungsmitteln. Die Abweichung zwischen dem Rechnerischen Planwert und dem IST ergibt sich durch die Inanspruchnahme von Einnahmeverfügungsmitteln bei Nutzungsentgelten und dem Kauf des neuen Rathausgestühls.</p> <p>4. Einhaltung der Primärausgaben Die Primärausgaben wurden um 1.692 TEUR überschritten. Dieses ergibt sich insbesondere aus: -Verwendung der Einnahmeverfügungsmittel -Inanspruchnahme von Resten und Rücklagemitteln -Mehrausgaben bei den Personalkosten</p>		

Produktplan: Bundesangelegenheiten	05	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	412	338	74	22,0	395	395	412	17	338
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	412	338	74	22,0	395	395	412	17	338
Personalausgaben	1.512	1.513	-1	-0,1	1.512	1.513	1.513	0	1.387
konsumtive Ausgaben	1.703	1.688	15	0,9	2.227	2.227	1.703	-524	1.688
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	70	63	7	10,5	80	80	70	-10	63
relevante Verrech./Erstatt.	0	1	-1	-100,0	1	1	0	-1	1
Gesamtausgaben	3.285	3.265	20	0,6	3.820	3.821	3.286	-535	3.140
Saldo	-2.872	-2.927	55	-1,9	-3.425	-3.426	-2.874	552	-2.802

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	949	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	140	-140	1.427	1.427	0	1.427	1.427	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	140	-140	1.427	1.427	0	1.427	1.427	0
Refinanzierte	0	10	-10	78	78	0	78	78	0
Nebentitel	0	-50	50	8	8	0	8	8	0
Insgesamt	0	100	-100	1.513	1.513	0	1.513	1.513	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	8	8	0	8	8	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	25,7	22,9	2,8	26,1	23,2	2,9	26,1	23,2	2,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	25,7	22,9	2,8	26,1	23,2	2,9	26,1	23,2	2,9
Refinanzierte	1,5	-	-	1,5	-	-	1,5	-	-
Abwesende	2,0	-	-	1,5	-	-	1,5	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,7	22,5	10,0
Beschäftigte über 55 Jahre	32,3	17,5	30,0
Frauenquote	67,7	50,0	70,0
Teilzeitquote	16,1	35,0	16,7
Schwerbehindertenquote	10,3	6,0	6,7

Produktplan: 05 Bundesangelegenheiten	Controlling 01-13/2010 26.01.2011
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren beim Bund

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates wird sichergestellt. Gleiches gilt für die Wahrnehmung von Aufgaben in verschiedenen Gremien durch den Präsidenten des Senats und die Koordination der A-geführten Länder durch die Landesvertretung Bremen.

Bremen als Wirtschafts-, Wissenschaft- und Kulturstandort repräsentieren

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Bereich der Darstellung Bremens als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort usw. müssen weiterhin wegen stark reduzierten eigenen Haushaltsmittel verstärkt auf Kooperationsveranstaltungen zurückgegriffen und damit Dritte einbezogen werden, was trotz der Wirtschaftskrise in ausreichendem Umfang gelingt. Der Bereich ist der Auffassung, die Präsentation Bremens dank der Kooperationsveranstaltungen in Berlin auf diesem Gebiet in gerade noch ausreichendem Maße sicher stellen zu können.

Interessen des Landes Bremen sichern

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die direkte und netzwerkorientierte Zusammenarbeit mit anderen Ländern wird weiter ausgebaut.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung	489,00	400,000	89,00	22,25%	400
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berlin	313,00	250,000	63,00	25,20%	250
Öffentlichkeitsarbeit	314,00	260,000	54,00	20,77%	260
Meinungsbildungsprozesse	302,00	249,000	53,00	21,29%	249
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken	279,00	215,000	64,00	29,77%	215
Repräsentanz	12,00	11,000	1,00	9,09%	11
Zielgruppenorient. Werbung f.HB	19,00	15,000	4,00	26,67%	15
Übernachtungen im Gästehaus	1.183,00	750,000	433,00	57,73%	750

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: 05 Bundesangelegenheiten	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Kamerale Finanzdaten</p> <p>Konsumtive Einnahmen Zum Jahresende wurden Mehreinnahmen in Höhe von 17 Tsd. Euro erwirtschaftet.</p> <p>Personalausgaben Das IST der Personalausgaben wurde durch die zur Verfügung gestellten Tarifausgleichsmittel und Globale Mittel zum Jahresende ausgeglichen. Nur auf den Anschlag bezogen liegt eine Überschreitung in Höhe von 125 Tsd.Euro vor.</p> <p>Konsumtive Sachausgaben Unter Berücksichtigung der Reste wird ein positives Jahresergebnis von 524 Tsd Euro erreicht. Auf den Anschlag bezogen liegt eine Überschreitung in Höhe von 15 Tsd. Euro vor. Diese Überschreitung ist im Wesentlichen in gestiegenen Ausgaben für Veranstaltungen Dritter begründet, denen allerdings entsprechende Einnahmen gegenüberstehen.</p> <p>Investitionen Das HH-Soll bei den investiven Ausgaben liegt bei 80 Tsd.Euro (63 Tsd.Euro Anschlag + 19 Tsd.Euro Rücklagen aus 2009 - 2 Tsd.Euro Einsparungen). Bis zum Jahresende wurden in Höhe von 70 Tsd.Euro dringende werterhaltene Maßnahmen durchgeführt. Maßnahmen in Höhe von rd. 10 Tsd. Euro konnten in 2010 nicht mehr kassenwirksam abgeschlossen werden.</p> <p>Einhaltung der veranschlagten Primärausgaben Die veranschlagten Primärausgaben von 3.039 Tsd.Euro werden um 147 Tsd.Euro überschritten. Diese Überschreitung resultiert aus zur Verfügung gestellten Tarifausgleichsmitteln, dem Ausgleich der Personalausgaben aus Globalen Mitteln und der Inanspruchnahme von Resten / Rücklagen im konsumtiven und investiven Bereich (Personalausgaben 125 Tsd.Euro, konsumtive Ausgaben 15 Tsd.Euro und investive Ausgaben 7 Tsd.Euro).</p>		

Produktplan: Datenschutz und Informationsfreiheit	06	Controlling 13/10 07.02.2011
Verantwortlich: Dr. Sommer	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:
		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR		
konsumtive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	0	3	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3	0	3	0,0	0	0	3	0
Personalausgaben	653	653	0	0,0	653	653	653	0
konsumtive Ausgaben	89	126	-37	-29,7	127	127	89	-38
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6	14	-8	-60,6	16	16	6	-10
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	1	1	0	-1
Gesamtausgaben	748	793	-45	-5,7	797	797	748	-49
Saldo	-745	-793	48	-6,1	-797	-797	-745	52

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	44	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	622	622	0	622	622	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	622	622	0	622	622	0
Refinanzierte	0	0	0	19	19	0	19	19	0
Nebentitel	0	0	0	12	12	0	12	12	0
Insgesamt	0	0	0	653	653	0	653	653	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	12	12	0	12	12	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	11,3	10,5	0,8	11,3	10,5	0,8	11,3	10,5	0,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	11,3	10,5	0,8	11,3	10,5	0,8	11,3	10,5	0,8
Refinanzierte	0,5	-	-	0,5	-	-	0,5	-	-
Abwesende	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	20,0	22,5	26,7
Beschäftigte über 55 Jahre	20,0	17,5	20,0
Frauenquote	80,0	50,0	73,3
Teilzeitquote	33,3	35,0	40,0
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit Verantwortlich: Dr. Sommer	Controlling 01-13/2010 Seite 1a
---	------------------------------------

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Stellungn./Berat. Öffentl./priv. Stellen (%)	33,05	35,00	-1,95	-5,6	35,00
Bürgereingaben/-beschwerden (%)	18,96	20,00	-1,04	-5,2	20,00
Kontrolltätigkeiten (%)	12,90	20,00	-7,10	-35,5	20,00
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten (%)	35,09	25,00	10,09	40,4	25,00
Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2					

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Controlling 13/10 07.02.2011
Verantwortlich: Dr. Sommer	Version: 92 Seite 2
3. Analyse/Bewertung Personalausgaben: Bei den Personalausgaben ist das Haushalts-Soll 2010 in Höhe von ca. 653 Tsd. Euro eingehalten worden, wobei ein fehlender Betrag in Höhe von ca. 28 Tsd. Euro zum Jahresende durch eine Nachbewilligung innerhalb des Senatorinnenbudgets ausgeglichen wurde. Konsumtive Ausgaben: Bei den konsumtiven Ausgaben ist das Haushalts-Soll 2010, die veranschlagten Gesamtausgaben 2010 sind nicht überschritten worden. Investive Ausgaben: Auch bei den investiven Ausgaben ist das Haushalts-Soll 2010 eingehalten und die veranschlagten Gesamtausgaben 2010 sind nicht überschritten worden. Budgeteinhaltung: Das Budget ist unter Nutzung vorhandener Kompensationsmöglichkeiten eingehalten worden. Einhaltung der Primärausgaben: Die zulässigen Primärausgaben sind nicht überschritten worden. Leistungsziele: Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen, besonders bei den Kontrolltätigkeiten, ist vor allem auf die Erstellung des Jahresberichts, die im ersten Quartal und am Ende des Jahres erhebliche Personalkapazitäten in Anspruch nahm, sowie weitere Projekte notwendiger Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen. Die Intensivierung der anlassfreien Kontrolltätigkeit im vierten Quartal 2010 hat zu einem stärkeren Anteil dieses Leistungsziels am Jahresgesamtergebnis geführt.	

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senator Mäurer		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	33.437	30.571	2.866	9,4	35.671	35.671	33.437	-2.234	30.571
investive Einnahmen	131	0	131	0,0	52	52	131	79	0
relevante Verrech./Erstatt.	4.100	4.421	-321	-7,3	4.440	4.440	4.100	-340	4.421
Gesamteinnahmen	37.669	34.992	2.677	7,7	40.163	40.163	37.668	-2.495	34.993
Personalausgaben	155.299	155.300	-1	0,0	155.300	155.300	155.299	-1	147.611
konsumtive Ausgaben	71.955	65.425	6.530	10,0	75.809	75.809	71.955	-3.854	65.425
Zinsausgaben	15	16	-1	-3,5	16	16	15	-1	16
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	7.418	6.073	1.345	22,2	7.612	7.612	7.418	-194	6.073
relevante Verrech./Erstatt.	58	43	15	35,9	58	58	58	0	43
Gesamtausgaben	234.746	226.857	7.889	3,5	238.795	238.795	234.745	-4.050	219.167
Saldo	-197.078	-191.865	-5.213	2,7	-198.632	-198.632	-197.077	1.555	-184.174

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	353	125	108	492	1.385	11.607
- investiv	0	2.638	855	804	2.655		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	5	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	633	-633	143.527	143.527	0	143.527	143.527	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	1	-1	3.374	3.374	0	3.374	3.374	0
Zwischensumme	0	634	-634	146.901	146.901	0	146.901	146.901	0
Refinanzierte	0	422	-422	2.345	2.345	0	2.345	2.345	0
Nebentitel	0	-318	318	6.053	6.054	-1	6.053	6.054	-1
Insgesamt	0	738	-738	155.299	155.300	-1	155.299	155.300	-1
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	1.363	1.363	0	1.363	1.363	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	3.504,7	3.493,0	11,7	3.472,2	3.498,9	-26,7	3.472,2	3.498,9	-26,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	282,0	306,0	-24,0	269,8	307,9	-38,1	269,8	307,9	-38,1
Zusammen	3.786,7	3.799,0	-12,3	3.742,0	3.806,8	-64,8	3.742,0	3.806,8	-64,8
Refinanzierte	62,7	-	-	56,0	-	-	56,0	-	-
Abwesende	90,5	-	-	91,6	-	-	91,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,4	22,5	23,9
Beschäftigte über 55 Jahre	15,0	17,5	14,7
Frauenquote	27,2	50,0	26,5
Teilzeitquote	9,9	35,0	9,9
Schwerbehindertenquote	4,0	6,0	3,8

Produktplan: 07	Controlling 01-13/2010
Inneres	16.02.2011
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Verstärkung der Zusammenarbeit der Polizei Bremen im Verbund der Norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Nord-IMK hat auf ihrer Sitzung am 10. September 2009 einer Zentralisierung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) im Bereich der Polizei im Verbund der norddeutschen Küstenländer zugestimmt. In Ihrer Sitzung am 27. September 2010 bittet sie um schnellstmögliche Realisierung der technischen Kooperation (Phase 1) und um Einleitung der für die weitere Realisierung vorgesehenen Schritte.

In einem ersten Schritt wird zunächst eine technische Kooperation aufgebaut. Während dieser 1. Phase der Zentralisierung (Technische Kooperation) werden die Anlagen in den Ländern weiter betrieben. In dieser Phase sollen insbesondere kostenintensive Doppelinvestitionen der Länder vermieden oder minimiert, Lastspitzen untereinander ausgeglichen und Kompensationsmöglichkeiten beim Ausfall von Anlagen geschaffen werden. Diese 1. Phase würde bis zur Migration der 2. Phase der Zentralisierung (Rechen- und Dienstleistungszentrum TKÜ Polizei) andauern.

Ab dem Jahr 2016 soll das gemeinsame TKÜ-Zentrum der norddeutschen Küstenländer (2. Phase der Zentralisierung) mit den redundanten Standorten in Hamburg und Hannover in Betrieb gehen.

Innerhalb der Aus- und Fortbildung führt der Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) gemeinsam das erste Studienjahr des Masterstudienganges zum höheren Polizeivollzugsdienst der DHPol Münster-Hiltrup durch.

Kooperiert im Rahmen der Fortbildung wird zurzeit in den Bereichen:

MEK- und SEK-Fortbildung

Einzelne Fortbildungsmodule werden wechselweise von den Bundesländern des Nordverbundes ausgerichtet und durchgeführt. So hat die HfÖV Bremen sich u.a. in die Gruppenführerausbildung MEK in 2010 mit drei Dozenten in die von Hamburg organisierte und in Niedersachsen durchgeführte Fortbildung eingebracht.

Kriminalpolizeiliche Spezialausbildung

Die Nordländer befinden sich im Prozess der Findung. Einzelne Vorhaben sind bereits angeschoben, u.a. die Staatsschutzfortbildung. Dazu fanden mehrere Tagungen unter Beteiligung der Bremer Kriminalpolizei und dem Leiter des Fortbildungsinstitutes in Hannover statt. Hier übernimmt die Polizeiakademie Niedersachsen die weitere Steuerung von Informationen. Auch in anderen Bereichen (z.B. Organisierte Kriminalität) wird eine engere Zusammenarbeit angestrebt.

E-Learning

Bisher gilt noch die Vereinbarung aus dem Treffen der Leiter Aus- und Fortbildung der norddeutschen Länder im Dezember 2009 in Bremen, die eine Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiet anstreben. Einigkeit besteht im Austausch von Inhalten und Produktionen der einzelnen Länder. Eine direkte gemeinsame Produktion von E-Learning Inhalten findet – u.a. aus technischen Gründen - leider noch nicht statt.

Allgemeine Fortbildung

Wie im Treffen der Leiter und Leiterinnen der norddeutschen Aus- und Fortbildungseinrichtungen beschlossen, vergeben die Länder freie Plätze untereinander. Dieses geschieht im Angebotsverfahren. So ist hier eine gute Kooperation mit Schleswig-Holstein entstanden, die freie Plätze regelmäßig melden. Das gilt aber insbesondere in sehr speziellen Bereichen, da die 'Grundlast' häufig im eigenen Land zur gänzlichen Auslastung führt. Das Angebot unserer Fortbildung steht der Polizeidirektion Oldenburg offen (Restplätze). Auch in 2010 wurden niedersächsische Kollegen in Fortbildungsveranstaltungen begrüßt, explizit in der Fachtagung für den „Zivilen Einsatzdienst“. Die regelmäßigen jährlichen Leitertreffen der Aus- und Fortbildungseinrichtungen im Nordverbund werden weitergeführt und haben sich etabliert.

BSC-Nord

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Planung zur Nutzung des umzubauenden ehemaligen Kramer-Kaufhauses in Vegesack ist abgeschlossen. Der Miet- und Nutzungsvertrag ist unterschrieben. Die Baufertigstellung respektive der Einzug sind für April 2011 vorgesehen.

Standesamt-Mitte

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Gebäudesanierungsprogramm 2010 sind für die Sanierung des Standesamts-Mitte 2,5 Mio. € eingeplant worden. Die Kostenberechnung der IB für Sanierungs- und Herrichtungsmaßnahmen schließt bislang mit einem Betrag von rd. 5,4 Mio. €. Derzeit erfolgt unter Einbindung der IB, der SfF, des SIS und den externen Architekten eine Überarbeitung der Kostenberechnung zur Sanierung- und Herrichtung des Standesamts - Mitte mit dem Ziel, die Kosten zu senken. Dieser Prozess wird in den nächsten Wochen abgeschlossen.

Abbau der Bearbeitungsrückstände im Stadtamt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Dem Stadtamt ist es im Berichtszeitraum gelungen, die Bearbeitungsrückstände z.T. erkennbar zu reduzieren und in einigen Bereichen ganz abzubauen.

Dieses ist einerseits durch die personelle Unterstützung möglich gewesen, darüber hinaus konnten jedoch auch Erfolge durch Veränderungen in der Ablauforganisation erzielt werden.

Rückführung straffällig gewordener Ausländer

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Möglichkeit der Rückführung eines straffällig gewordenen Ausländers ist u.a. abhängig von der verübten Straftat, dem Strafmaß, seinem Aufenthaltsstatus, seiner Staatsangehörigkeit, seiner Aufenthaltsdauer und seinen familiären Bindungen in Deutschland. Es hat in jedem Fall eine umfangreiche Interessenabwägung zu erfolgen, deren Intensität in den vergangenen Jahren durch europarechtliche und gerichtliche Vorgaben stetig gestiegen ist.

Das Stadtamt -Ausländerbehörde- bearbeitet aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten straffällig gewordener Ausländer prioritär. Die erhöhten Verfahrensanforderungen und die angespannte personelle Lage in der Ausländerbehörde führten zu zeitversetzten Entscheidungen. Im Rahmen der Maßnahmen zum Abbau der Bearbeitungsrückstände im Stadtamt konnten auch im Bereich der Ausländerbehörde die Bearbeitungszeiten deutlich verkürzt und Rückstände verringert werden.

Verbesserung der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung in den Stadtteilen als bürgernahe Polizei

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Polizeireviere bieten turnusmäßig „öffentliche Informationsabende“ an. Neben der Kontaktaufnahme zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit der Polizei sollen hier örtliche Problemstellungen erörtert und Präventionshinweise gegeben werden. Darüber hinaus beteiligt sich die Polizei Bremen am „Bürgerdialog“, den der Senator persönlich in den Stadtteilen führt. Die personelle Stärke der Einsatzdienststellen bleibt auf dem aktuellen Stand und die Anstrengungen zur Erhöhung des Zielerreichungsgrades im Notruf- und Soforteinsatz wurden intensiviert (Kategorie 1-Einsätze 77,90%, Kategorie 2-Einsätze 91,70%). Dadurch wird die Verfügbarkeit von Kräften für Schwerpunktmaßnahmen in der Region abgesichert, um eine schnelle und konsequente polizeiliche Reaktion auf erkannte Brennpunkte zu gewährleisten.

Fortentwicklung ressortübergreifender Präventionsstrategien

Sachstand/Analyse/Bewertung

Es wurde eine Kooperationsstelle als Servicestelle für Akteure der Kriminalprävention eingerichtet. In diesem Rahmen finden jährliche Treffen zwischen Ressortvertretern und Polizei statt. Zur Unterstützung und Professionalisierung der regionalen Präventionsgremien wird ein „lokaler Präventionsberater“ in den Vorortgremien eingesetzt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen eines EU-Projektes. Darüber hinaus finden jährliche Fachtagungen statt, bei denen Themen der Kriminalprävention erörtert werden. Diese Tagungen bieten des Weiteren die Möglichkeit eines umfangreichen Erfahrungsaustausches zwischen den Akteuren.

Ausweitung der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Verfolgung von Intensivtätern

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Rahmen des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ wird seit Anfang August 2009 der „Personenorientierten Bericht“ (POB) umgesetzt. Seitdem werden im Zuge von Strafverfahren sukzessive personenorientierte Berichte für Intensivtäter von der Polizei Bremen erstellt und der Staatsanwaltschaft übermittelt.

Darüber hinaus wurde die Handlungsanleitung zur Durchführung von behördenübergreifenden Fallkonferenzen überarbeitet und am 9. März 2010 durch die Staatsräte der beteiligten Ressorts in Kraft gesetzt. Das Konzept sieht vor, behördenübergreifende Fallkonferenzen unter ständiger Beteiligung der Polizei, des Amtes für Soziale Dienste und der Schule bei jugendlichen Schwellen- und Intensivtätern durchzuführen, wenn eine Einwilligungserklärung des Betroffenen vorliegt.

Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und täterorientierten Kriminalitätsbekämpfung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Nach dem aktuellen Koalitionsvertrag soll der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität nach den Maßnahmen gegen die Jugendgewalt Priorität eingeräumt werden. Die Bereiche Justiz, Finanzen und Inneres haben hierfür die vorhandenen Ressourcen bestmöglich aufeinander abzustimmen. In Abarbeitung eines entsprechenden Beschlusses der Staatsräte vom 31. März 2008 wurde ein Konzept zur Optimierung der Bearbeitung von Wirtschaftsstraftaten mit folgenden Schwerpunkten erarbeitet.

- **Verfahrensmanagement Wirtschaftskriminalität, Controllingkonzeption**
Erarbeitung eines Konzepts zur Überwachung und Steuerung von Verfahren in Wirtschaftsstrafsachen; Detailabsprachen zum Verfahrensmanagement, zur Priorisierung und zum Controlling stehen noch aus.
- **Elektronische Auswertung und Ermittlungsunterstützung**
Erarbeitung eines Systems der elektronischen Unterstützung in Wirtschaftsstrafsachen; die Polizei nutzt bereits die Auswertesoftware (IDEA), die Themenfelder „elektronische Zweitakte“ u. „kompatible IT-Struktur“ sind nicht vorrangig priorisiert.
- **Behördenübergreifendes Qualifizierungskonzept**
Entwicklung eines anforderungsgerechten Aus- und Fortbildungskonzepts; hier sind insbesondere Hospitationsabsprachen erreicht worden.
- **Ressourcenoptimierung**
Insgesamt neun Stellen im Bereich Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität konnten bis heute besetzt werden. Weitere drei Stellen konnten in diesen Bereich verlagert werden. Zusätzlich sollen noch zwei weitere Stellen nach Abschluss einer polizeiinternen Priorisierung verlagert werden.

Im Bereich der forensischen LuK sind zwischenzeitlich Teile des beabsichtigten Konzeptes umgesetzt worden, die Durchlaufzeiten der Vorgänge konnten von 18 auf acht Monate reduziert werden - alle priorisierten Untersuchungsaufträge konnten so abgearbeitet werden.

Erhöhung der Ausbildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Ausbildungszahlen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht, um die Altersabgänge in der Polizei zu kompensieren. Dies soll auch in den nächsten Jahren erfolgen.

Studiengang Polizeivollzugsdienst

Zurzeit an der HfÖV:

Jahrgang 2008/2011	75 Beamte/-innen
Jahrgang 2009/2012	103 Beamte/-innen
Seiteneinsteiger (§ 9 PolLV)	8 Beamte/-innen
Jahrgang 2010/2013	100 Beamte/-innen
Gesamt	286 Beamte/-innen

Prognose

Jahrgang 2011/ 2014	120 Beamte/-innen
Ab WS 2011/12 bis WS 2013/14	ca. 350 Beamte/-innen

Beschaffung des kombinierten Polizei- und Feuerlöschbootes

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Vertragsunterzeichnung zur Beschaffung des kombinierten Polizei- und Feuerlöschbootes zwischen der niederländischen Werft „B.V SCHEEPSWERF DAMEN GORINCHEM“ und dem Senator für Inneres und Sport ist am 18. März 2010 erfolgt.

Die Übergabe soll bis spätestens Ende 2011 erfolgen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Erreichen einer Aufklärungsquote von 45 %	48,2	45%	3,20	7,11	45%
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	76,6	80%	-3,40	-4,25	80%
Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %	-2,6	2%	-4,60	-230,00	2%
Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	92,5	95%	-2,50	-2,63	95%
Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice	76,55	83%	-6,45	-7,77	83%
Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich	98,8	90%	8,80	9,78	90%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Einnahmen			
Das Ressort schließt das Haushaltsjahr 2010 mit einem Ergebnis von Mindereinnahmen in Höhe von 2.154 Tsd. Euro ab.			
Dieses Ergebnis setzt sich wie folgt Zusammen:			
2.234 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen bestehend aus			
187 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen des Produktbereichs 07.01 Polizei			
1.187 Tsd. Euro konsumtive Mehreinnahmen des Produktbereichs 07.02 Feuerwehr			
3.329 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen des Produktbereichs 07.03 Stadtamt			
95 Tsd. Euro konsumtive Mehreinnahmen des Produktbereichs 07.90 Sonstiges			
80 Tsd. Euro investive Mehreinnahmen bestehend aus			
76 Tsd. Euro investive Mehreinnahmen des Produktbereichs 07.02 Feuerwehr			
04 Tsd. Euro investive Mehreinnahmen des Produktbereichs 07.90 Sonstiges			
(In der Anzeige des Produktplanblattes [79 Tsd. Euro] ist eine Rundungsdifferenz von 1 Tsd. Euro enthalten)			
Die darüber hinaus angezeigten 340 Tsd. Euro Mindereinnahmen aus relevanten Verrechnungen und Erstattungen haben für das Ressortergebnis keine Bedeutung.			
Insbesondere die Mehreinnahmen der Feuerwehr führen dazu, dass sich das Ergebnis um ca. 1 Mio. Euro besser darstellt als zuletzt prognostiziert.			
Das Ressort ist prinzipiell in der Lage, den im Haushaltsgesetz geforderten Ausgleich der Mindereinnahmen durch Minderausgaben sicherzustellen. Einzelheiten dazu unter 3.1.2 und 3.1.3.			
Das Ressort folgt zudem der Aussage des Produktbereichs 07.03, dass für 2011 aufgrund der Modifizierung der Eckwerte ein spürbar besseres Ergebnis auf der Einnahmeseite erwartet werden kann.			
3.1.2 Konsumtive Ausgaben			
Das Ressort schließt das Haushaltsjahr 2010 mit einem Ergebnis von Minderausgaben in Höhe von 3.854 Tsd. Euro ab.			
Davon sind folgende Beträge abzusetzen, weil das Ressort deren Übertragung auf das Haushaltsjahr 2011 beantragt hat:			
526 Tsd. Euro für OSCI-XMeld (sich jährlich wiederholende Reste aus Mitteln anderer Länder)			
1.157 Tsd. Euro Tag der Deutschen Einheit (Abrechnungsrestbestand)			
178 Tsd. Euro Zensus (Abrechnungsrestbestand)			
1 Tsd. Euro Wahlen (Abrechnungsrestbestand)			
1 Tsd. Euro Stopp der Jugendgewalt (Abrechnungsrestbestand)			
1.863 Tsd. Euro Zwischensumme			
1.991 Tsd. Euro verbleiben an Minderausgaben, die zum Ausgleich der Mindereinnahmen herangezogen werden können.			
18 Tsd. Euro Echtsmieten Innenreinigung sind nach den Regeln des Jahresabschlusses 2010 ersatzlos zu streichen.			
1.973 Tsd. Euro verbleiben an Minderausgaben, die zum Ausgleich der Mindereinnahmen herangezogen werden können.			
3.1.3 Investive Ausgaben			
In den auf Planebene angezeigten Minderausgaben in Höhe von 194 Tsd. Euro ist eine Rundungsdifferenz in Höhe von 1 Tsd. Euro enthalten. Von den verbleibenden 193 Tsd. Euro sind nach den Regeln des Jahresabschlusses 2010 insgesamt 3 Tsd. Euro ersatzlos zu streichen. Die dann übrig bleibenden 190 Tsd. Euro können zusammen mit den 1.973 Tsd. Euro aus konsumtiven Minderausgaben die Mindereinnahmen ausgleichen.			
2.154 Tsd. Euro Mindereinnahmen			
2.163 Tsd. Euro Minderausgaben			
9 Tsd. Euro zur Verminderung des Verlustvortrages.			
3.1.4 Erlöse aus Vermögensveräußerungen und andere investive Einnahmen			
Die angezeigten 131 Tsd. Euro stammen mit 9 Tsd. Euro aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Polizei, mit 1,2 Tsd. Euro aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Landesfeuerwehrschule und mit			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 3
<p>105,8 Tsd. Euro aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Feuerwehr Bremen. Weitere 15 Tsd. Euro hat die EU aus dem Außengrenzenfonds an die Polizei für die Beschaffung von Ausweislesegeräten und Fingerabdruck-Scannern überwiesen. Diese Einnahmen sind nur sehr schwer steuerbar.</p>			
<p>3.1.5 Weitere Anmerkungen</p>			
<p>Das Ressort schlägt wegen der Vorbelastungen des aktuellen Haushaltsjahres außerhalb der oben aufgeführten Betrachtungsweise des Jahresabschlusses vor, 911 Tsd. Euro Minderausgaben des Rettungsdienstes als "Risikovorsorge" mit der Maßgabe zu übertragen, dass diese Mittel im Haushaltsjahr 2011 nur dann und nur in der Höhe in Anspruch genommen werden dürfen, in der sich das beim Produktbereich 07.02 beschriebene Risiko auch tatsächlich realisiert.</p>			
<p>Primärausgaben</p>			
<p>Die Höhe der Abweichung von den Primärausgaben entspricht rechnerisch mit 15,6 Mio. Euro den Erwartungen. (Ergebnis Vorjahr 16,0 Mio. Euro). Das Ressort hat seit dem Controllingbericht 04/2008 darauf hingewiesen, dass eine Einhaltung der sogenannten Primärausgaben für den Produktplan Inneres gar nicht möglich ist. Daran hat sich nichts geändert. Im Übrigen handelt es sich aus Sicht des Ressorts um eine rein rechnerische Größe ohne Informationsinhalt, die auf Ebene bis auf die 1.345 Tsd. Euro aus Investitionen und etwa 5.179 Tsd. Euro aus Einnahmeverfügungsmitteln unbedeutend ist.</p>			
<p>3.2 Personaldaten</p>			
<p>Zentrale und dezentrale Nachbewilligungen mit einem Ergebnisvolumen in Höhe von 7.878 Tsd. Euro haben zu dem erwarteten ausgeglichenen Personalhaushalt geführt. Ein Kommentar ist daher entbehrlich.</p>			
<p>3.3 Sondervermögen Immobilien und Technik</p>			
<p>Im Berichtszeitraum sind für Beschaffungsvorgänge der Vorjahre 2.433.272 Euro an Zins- und Tilgungsleistungen an die beiden SVIT (Stadt und Land) gezahlt worden. Neubeschaffungen sind nicht mehr vorgesehen.</p>			
<p>3.4 Leistungsdaten</p>			
<p>3.4.1 Erreichen einer Aufklärungsquote von 45 % (Polizei)</p>			
<p>Der Planwert in Höhe von 45 % wurde mit 48,2 % um 3,2 % überschritten. Das Ziel gilt somit als erreicht. Ursachen sind u. a. die Wirksamkeit des seit drei Jahren bestehenden Intensivtäterkonzeptes und die (optimierten) Schwerpunktmaßnahmen.</p>			
<p>3.4.2 Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei</p>			
<p>Der Planwert in Höhe von 80 % wurde mit 77,6 % unterschritten. Die jetzt zu berichtende Abweichung beim Erreichen des 8-Minuten-Standards ist kein Leistungsrückgang sondern bedingt durch die Umstellung von analoger auf digitale Technik. Die Signale aus dem Streifenwagen, die digital an die Einsatzsteuerung gesandt werden, können dort von der analogen Technik nicht verarbeitet werden. Im Ergebnis wird ein Teil der abgeschlossenen Einsätze nicht gezählt und taucht daher auch nicht in der Statistik auf. Dieses Problem wird erst bei vollständiger Umstellung auf digitale Technik beseitigt sein.</p>			
<p>3.4.3 Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %</p>			
<p>Die Zahl der Verkehrsunfälle beträgt im Berichtszeitraum 20.157. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % (Letzter Bericht 5,2%) gestiegen. Zurückzuführen ist dies u. a. auf die schlechten Witterungsverhältnisse am Anfang und am Ende des Jahres. Die Verkehrsunfälle mit Personenschäden liegen gegenüber dem Vorjahr um 8% niedriger. Prinzipiell ist zu den Verkehrsunfällen anzumerken, dass sehr viele nicht steuerbare Einflüsse (z.B. Witterung, Fahrzeugbestand, Verkehrsdichte) die Zahl der Verkehrsunfälle beeinflussen. Polizeiliche Maßnahmen (z.B. Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen, Verkehrserziehung und -aufklärung) sind eher geeignet, die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden zu reduzieren, als die Gesamtzahl zu beeinflussen.</p>			
<p>3.4.4 Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst</p>			
<p>Im Bereich der Einhaltung einer 10-Minuten-Fahrzeit weicht der Istwert im Berichtszeitraum um 2,5 % vom Planwert ab. Es handelt sich hier um unmittelbare Auswirkungen der winterlichen Witterungen am Jahresbeginn und am Jahresende. Aufgrund von glatten Fahrbahnen kam es zu nachvollziehbaren Fahrzeitverlängerungen.</p>			
<p>3.4.5 Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice</p>			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 4
<p>Das Ziel wurde mit 76,55 % von 83 % verfehlt. Hintergrund ist eine achtmonatige Umbaumaßnahme im Berichtsjahr. Da bei Terminkunden auf die Einhaltung der Wartezeit geachtet wird, musste nach den Schließungstagen aufgrund des Umbaus das Angebot entsprechend reduziert werden. Insgesamt wurden 2010 insgesamt 5.500 Kunden mehr durch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter bedient als 2009. Eine Steigerung dürfte nur durch Einsatz von zusätzlichem Personal möglich sein.</p> <p>3.4.6 Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich</p> <p>Das Ziel wurde mit 98,8 % von 90 % übertroffen. Dieser Umstand wird immer noch maßgeblich geprägt durch die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung.</p> <p>3.5 Meldung zu investiven Minderausgaben (seit III 2010 aufgrund Rundschreiben der Finanzverwaltung vom 30.8.2010)</p> <p>Der Produktplan 07 meldet "Fehlanzeige".</p>			

Produktplan: Gleichberechtigung der Frau	08	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Hauffe		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	72	81	-9	-11,4	82	82	72	-10	81
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	167	167	0	0,1	167	167	167	0	167
Gesamteinnahmen	239	248	-9	-3,6	249	249	239	-10	248
Personalausgaben	700	704	-4	-0,6	703	703	700	-3	677
konsumtive Ausgaben	202	226	-24	-10,7	376	376	202	-174	226
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	3	-3	-100,0	39	39	0	-39	3
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	902	933	-31	-3,4	1.117	1.118	902	-216	906
Saldo	-663	-685	22	-3,3	-869	-869	-663	206	-657

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	155	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	691	693	-2	691	693	-2
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	691	693	-2	691	693	-2
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	9	11	-2	9	11	-2
Insgesamt	0	0	0	700	704	-4	700	704	-4
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	4	4	0	4	4	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	10,5	11,2	-0,7	10,5	11,2	-0,7	10,5	11,2	-0,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	10,5	11,2	-0,7	10,5	11,2	-0,7	10,5	11,2	-0,7
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,5	-	-	0,5	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre	50,0	17,5	41,2
Frauenquote	100,0	50,0	100,0
Teilzeitquote	78,6	35,0	70,6
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Hauffe	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Leistungskennzahlen:</p> <p>Es wird eine positive Bilanz in der Erfüllung der Leistungsziele festgestellt. Im Bereich der Fortbildungsarbeit wurden Schulungen zum Thema Gender sowie Frauenbeauftragten- und Führungskräftebildungen zur Frauenförderung durchgeführt.</p> <p>Finanzdaten:</p> <p>Konsumtive Einnahmen</p> <p>Aufgrund der veränderten Kostenerstattung durch die Stadtgemeinde Bremerhaven für die Geschäftsstelle der ZGF in Bremerhaven sind konsumtive Mindereinnahmen i. H. v. rd. 10 Tsd. Euro entstanden. Diese gleichen sich durch die Heranziehung konsumtiver Minderausgaben aus.</p> <p>Personalausgaben</p> <p>Im Personalbudget sind Minderausgaben i. H. v. rd. 3 Tsd. Euro entstanden. Diese Mittel sollen der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt werden. Die Personalzielzahl wurde eingehalten.</p> <p>Konsumtive Ausgaben</p> <p>Die Entstehung von Minderausgaben in H. v. rd. 174 Tsd. Euro sind einer restriktiven Haushaltsführung geschuldet. Nach Ausgleich der entstandenen konsumtiven Mindereinnahmen verbleiben rd. 164 Tsd. Euro. Die Mittel werden in den Folgejahren benötigt zum Ausgleich des Personalbudgets sowie anderer geplanter Vorhaben wie der Teilfinanzierung des Verbundprojektes "Vereinbarkeit von Beruf und Familie".</p> <p>Investive Ausgaben</p> <p>Im Ergebnis verbleiben investive Minderausgaben i. H. v. rd. 39 Tsd. Euro. Auch sie sind der restriktiven Haushaltsführung geschuldet. Diese Mittel werden in den Folgejahren benötigt.</p> <p>Primärausgaben</p> <p>Die Primärausgaben im PPL 08 werden rechnerisch, unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Liquiditätsverlagerungen (Echtmieten, Personalbudget) i. H. v. rd. 35 Tsd. Euro, um rd. 4 Tsd. Euro unterschritten.</p>		

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 13/10 07.02.2011		
Verantwortlich:	Prof. Dr. Rinken	Version: 92	Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Einnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Personalausgaben	38	39	-1	-2,2	39	39	39	0	39
konsumtive Ausgaben	6	6	-0	-7,6	15	6	6	0	6
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	44	45	-1	-2,9	53	45	45	0	44
Saldo	-44	-45	1	-2,9	-53	-45	-45	0	-44

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	9	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	38	39	-1	38	39	-1
Insgesamt	0	0	0	38	39	-1	38	39	-1
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: Justiz	11	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	42.759	39.820	2.939	7,4	42.353	42.353	42.761	408	39.820
investive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	0	3	3	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	42.762	39.820	2.942	7,4	42.353	42.353	42.764	411	39.820
Personalausgaben	65.083	65.191	-108	-0,2	65.192	65.193	65.085	-108	61.584
konsumtive Ausgaben	43.333	41.776	1.557	3,7	43.615	43.613	43.333	-280	41.777
Zinsausgaben	7	7	-0	-5,5	7	7	7	0	7
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	10.921	4.937	5.984	121,2	10.940	10.939	10.923	-16	4.935
relevante Verrech./Erstatt.	1.283	1.214	69	5,7	1.285	1.284	1.283	-1	1.214
Gesamtausgaben	120.628	113.125	7.503	6,6	121.038	121.036	120.631	-405	109.517
Saldo	-77.865	-73.305	-4.560	6,2	-78.685	-78.683	-77.867	816	-69.697

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	7	7	7	5	14	0	10.818
- investiv	0	10.165	5.037	5.047	17.010		
- Zins-/Tilgungsausgaben	-7	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	2.168	-2.168	55.308	55.308	0	55.308	55.308	0
Personalverstärkung	0	77	-77	1.696	1.696	0	1.696	1.696	0
Ausbildung	0	-433	433	2.964	2.964	0	2.964	2.964	0
Zwischensumme	0	1.812	-1.812	59.968	59.968	0	59.968	59.968	0
Refinanzierte	0	6	-6	605	699	-94	605	699	-94
Nebentitel	0	-581	581	4.510	4.524	-14	4.510	4.524	-14
Insgesamt	0	1.237	-1.237	65.083	65.191	-108	65.083	65.191	-108
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	2.050	2.050	0	2.050	2.050	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.231,6	1.182,3	49,3	1.240,7	1.189,9	50,8	1.240,7	1.189,9	50,8
Personalverstärkung	42,3	43,9	-1,6	42,7	43,9	-1,2	42,7	43,9	-1,2
Ausbildung	215,0	241,0	-26,0	210,5	236,8	-26,3	210,5	236,8	-26,3
Zusammen	1.488,9	1.467,2	21,7	1.493,9	1.470,6	23,3	1.493,9	1.470,6	23,3
Refinanzierte	11,5	-	-	11,3	-	-	11,3	-	-
Abwesende	72,9	-	-	77,8	-	-	77,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	16,0	22,5	15,3
Beschäftigte über 55 Jahre	19,8	17,5	20,5
Frauenquote	55,1	50,0	54,4
Teilzeitquote	25,2	35,0	27,0
Schwerbehindertenquote	5,6	6,0	5,6

Produktplan: 11	Controlling 01-13/2010
Justiz	08.02.2011
Verantwortlich: Senator Günthner	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Moderne und leistungsfähige Justiz

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Leistungsfähigkeit der Bremer Justiz wird durch den Vergleich mit anderen Bundesländern im Rahmen der jährlichen Benchmarking-Berichte des Senats belegt. Im Rahmen des unterjährigen Controllings zeigen die Ergebnisse, dass die Leistungsziele zum überwiegenden Teil auch bei Unterschreitung des geplanten Personaleinsatzes erreicht, teils auch überschritten werden. Das gilt für die Mehrzahl der Fachgerichte sowie auch für die auf Produktplanebene abgebildeten Kennzahlen der besonders ressourcenintensiven Bereiche der Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, ebenso für die Zivil- u. Familiensachen und Straf- u. Bußgeldverfahren der Amtsgerichte.

Sanierung der Justizvollzugsanstalt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Das Projekt „Sanierung der JVA Bremen“ hat in 2010 mit seiner ersten Bauphase die Umsetzung und Ausführung eingeleitet. Die Baumaßnahmen an den Standorten Bremen und Bremerhaven sind entsprechend den geplanten Baufortschrittsterminen termingerecht und in dem vorgegebenen Kostenrahmen abgewickelt worden. Verzögerungen aus dem Winter konnten im Berichtszeitraum kompensiert werden.

Maßnahmen am Standort Bremen im Berichtszeitraum

- Das Fernwärmeleitungsnetz ist erneuert. Die Heizzentrale unter Einbindung der Wärmetauscher ist umverlegt und im Echtbetrieb.
- Zur Errichtung des neuen Zentralgebäudes sind in 2010 ausgeführt: Grundwasserabsenkung mit einer notwendig gewordenen Reinfiltration, Abriss Bestandsmauer (1.000 m³), Abriss abgängige Bestandsgebäude, Bodenaustausch (3.900 t), Entfernung alter Fundament, Einbringen von Füllsand (2.200 m³), Bohrpfahlgründung (200 Pfähle), im Rohbau fertig gestellt: Bodenfundamente, Kriechkeller mit Versorgungsinfrastruktur.
- Das gesamte Gelände der JVA ist nunmehr mit einem detektierten neuen Innenzaun gesichert. Auf der Nordseite ist die neue Außenmauer (280 m) fertig gestellt.
- Das Wegenetz innerhalb der JVA ist den Bauabschnitten entsprechend (u.a. neue Zufahrt Werkhof) angepasst worden.
- Mit der Sanierung der denkmalgeschützten Bestandsmauer ist in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz bezüglich Materialien und Ausführung begonnen worden.

Maßnahmen am Standort Bremerhaven im Berichtszeitraum

- In der ersten Bauphase sind vor allem Mängel im Brandschutz und baupolizeiliche Mängel beseitigt worden. Hierzu gehört insbesondere der Umbau des Eingangstores mit der Errichtung einer geschlossenen und abgeschotteten Kraftfahrzeug-Schleuse, die Feuerwehrfahrzeugen, Baufahrzeugen und sonstigem Lieferverkehr nunmehr die Zufahrt auf das Gelände ermöglicht.
- In diesem Zusammenhang sind auch der Umbau und Verlegung der Pforte und die Einrichtung einer Sicherheitszentrale erfolgt.
- Die abgängigen Versorgungsanlagen und auch sonstige Notwendigkeiten zur Infrastruktur der JVA (z.B. Zaunanlagen und Notstromanlage) sind erneuert worden.
- Das ehemalige Dienstwohnungsgebäude, das sich direkt an der Straße befindet, ist inzwischen zum Freigängerhaus mit 15 Haftplätzen für Berufsfreigänger umgebaut. Der Zu- und Abgang des vor der JVA liegenden Freigängerhauses kann von der neuen Pforte (s.o.) mit überwacht werden.

Umsetzung der Fortbildungsoffensive

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Durchführung des JuFa-Förderkurses für Beschäftigte in den Servicebereichen der Gerichte u. Staatsanwaltschaften ohne justizspezifische Ausbildung verläuft planmäßig. Gleiches gilt für die Maßnahmen zur Führungskräfteentwicklung im gehobenen Dienst, die den Bedarf im Bereich der Abteilungsleitungen der Justizbehörden absichern sollen. Für die Richterinnen und Richter auf Probe ist ein umfangreiches Programm zur fachlichen Fortbildung aufgelegt worden. Neben den schon bisher bestehenden Veranstaltungen der Richterakademie in Trier und Wustrau sowie des Nordverbundes werden in regelmäßigen Abständen in Bremen organisierte Kurz-Seminare und Fachvorträge angeboten, die mit geringem zeitlichen Aufwand besucht werden können. Mit Niedersachsen ist eine umfassend angelegte Kooperation auf dem Gebiet der Fortbildung begonnen worden. Die Bediensteten aller Dienstgruppen der Bremer Justiz nehmen laufend an den von der Justiz in Niedersachsen angebotenen Veranstaltungen teil. Auf diese Weise werden die Fortbildungsangebote für die bremischen Bediensteten erheblich verbreitert. Im Gegenzug richtet Bremen einzelne Veranstaltungen aus, zu denen auch niedersächsische Bedienstete zugelassen werden.

Fortsetzung und weiterer Ausbau der Teilnahme bremischer Gerichte und Staatsanwaltschaften an länderübergreifenden Vergleichsringen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Neben den Dienststellen der ordentlichen Gerichtsbarkeit haben auch die Staatsanwaltschaft Bremen und die Fachgerichtsbarkeiten mit Ausnahme des Finanzgerichts Bremen bis zum heutigen Zeitpunkt an je einem Vergleichsring mit Niedersachsen bzw. mit noch weiteren Bundesländern teilgenommen.

Bestandteile des Verfahrens sind stets die Durchführung von standardisierten Befragungen der Bediensteten und relevanter Nutzergruppen. Zudem wurden in den meisten Vergleichsringen so genannte Kennzahlen erhoben und gegenübergestellt. Diese Informationen wurden zu einer aussagefähigen Zahl verdichtet, um größere Zusammenhänge innerhalb der Organisation zu verdeutlichen. In erster Linie handelt es sich um durchschnittliche Laufzeiten ausgewählter repräsentativer Verfahren.

Die Daten aus den Kennzahlenerhebungen und die Ergebnisse aus der Mitarbeiter- und Nutzerbefragung wurden in Workshops analysiert. Prägnante Abweichungen zwischen den Vergleichspartnern werden ermittelt und daraus praktische Anregungen und Maßnahmenvorschläge abgeleitet. Die Maßnahmenvorschläge werden aktuell in den Dienststellen und in Abteilungsbezogenen Mitarbeiterunden (z. B. in Form von Qualitätszirkeln) diskutiert und umgesetzt.

In 2010 konnte im Landgericht Bremen mit der Durchführung der Mitarbeiterworkshops die Vergleichsphase abgeschlossen werden. In der Arbeits- und in der Verwaltungsgerichtsbarkeit konnten - wie vorgesehen - die Vergleichsringe ihre Arbeit aufnehmen und zum Teil sogar bereits abschließen. Neben den Maßnahmenvorschlägen zur Optimierung von Arbeitsabläufen und der Zusammenarbeit schätzen die Dienststellen vor allen Dingen den praxisbezogenen Erfahrungsaustausch mit Anderen als besonders wertvoll ein.

Systematische Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur systematischen und vorausschauenden Führungskräfteentwicklung wurde ein Konzept für den Bereich der Dienststellen- und Geschäftsleiter erstellt. Für Führungskräfte finden regelmäßige Erfahrungsaustausche und Workshops statt. Zukünftige Führungskräfte des gehobenen Dienstes werden in einem zweijährigen Qualifizierungsprogramm auf die Aufgaben in der Geschäftsleitung einer Behörde vorbereitet (siehe dazu: Umsetzung der Fortbildungsoffensive). Darüber hinaus wird eine vermehrte Delegation von Führungs- und Personalverantwortung in Gerichten und Staatsanwaltschaften angestrebt, mit der insbesondere stellvertretende Behördenleiter, Vizepräsidenten, aufsichtführende Richter und Abteilungsleiter angesprochen werden sollen. Zu diesem Bereich hat eine erste Schulung beim Amtsgericht Bremen stattgefunden.

Einführung eines automatisierten Führungsinformationssystems / Optimierung des sog. Justiz-Controlling

Sachstand/Analyse/Bewertung

Das Ziel des Führungsinformationssystems besteht darin, relevante Informationen aus unterschiedlichen Bereichen zeitnah und automatisiert zur Verfügung zu stellen, um auf evtl. Problemlagen unmittelbar reagieren zu können. Wichtig ist, dass Aufwand und Nutzen der Systemeinführung in gutem Verhältnis zueinander stehen.

In 2010 wurden verschiedene Führungsinformationssysteme, die in anderen Bundesländern im Einsatz sind, unter diesen Aspekten verglichen. Hierbei hat sich gezeigt, dass das nordrhein-westfälische Management-Informationssystem (MIS) am besten für eine Übertragung auf die bremische Justiz geeignet ist. MIS kann flexibel an unterschiedliche Bedarfe in den Justizdienststellen angepasst werden. Länderübergreifende Vergleiche zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten sind möglich.

Bremen hat zwischenzeitlich mit Nordrhein-Westfalen die notwendigen Anpassungen des dortigen Systems an die bremischen Gegebenheiten abgestimmt. Zurzeit erstellt das Datenauswertungszentrum der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen eine Testversion für die Ordentliche Gerichtsbarkeit in Bremen, die im ersten Schritt ein Führungsinformationssystem erhalten soll.

Fortführung des Projekts zur Analyse der Auslagen in Rechtssachen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit in 2010 fortgesetzt. Für den Bereich der Betreuungs- und Insolvenzsachen sowie für die Unterbringungssachen sind Ergebnisse vorgelegt worden. Gegenstand der nächsten Untersuchungen sind die Prozesskostenhilfe sowie die Sachverständigenentschädigungen. Hierfür sind notwendige Vorarbeiten in Abstimmung mit dem Hanseatischen Oberlandesgericht und den dort angesiedelten Bezirksrevisoren geleistet worden.

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und Aufgabenbündelung der Gerichte nach der Verwirklichung der zweiten Stufe des Justizzentrums

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Zusammenführung aller Fachgerichte an einem Standort wurde mit der 2. Ausbaustufe des Justizzentrums Ende 2008 realisiert, damit verbunden auch die gemeinsame Nutzung von Bibliothek und Sitzungssälen sowie ein gemeinsam betriebener Servicepoint. Die Zusammenarbeit der Gerichte wird seither im Rahmen des Justizzentrums weiterentwickelt. Der Aufbau einer gemeinsamen Verwaltung, die Serviceleistungen für alle Fachgerichte erbringt, ist im Wesentlichen abgeschlossen. Im Rahmen der Prüfung weiterer Aufgabenbündelungen steht eine Zusammenlegung der Bezirksrevisorentätigkeiten für alle Fachgerichte kurz vor ihrer Realisierung.

Erforderliche Anpassungen der Haushaltsstrukturen an die gebündelte Aufgabenwahrnehmung wurden erstmals im Haushaltsvollzug 2010 und beginnend mit dem 01.01.2010 umgesetzt. Entsprechende Anpassungen sollen in den HH-Vollzug 2011 übernommen und alsdann in der Haushaltsaufstellung berücksichtigt werden.

Gesundheitsmanagement (HH-Vollzug 2010)

Sachstand/Analyse/Bewertung

In Umsetzung der Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement im bremischen öffentlichen Dienst ist eine dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe Gesundheitsmanagement für das gesamte Justizressort gebildet worden. Für die Behördenleitungen hat eine Schulungsmaßnahme stattgefunden.

Tag der offenen Tür der Justiz in Bremen (HH-Vollzug 2010)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Am 25.09.2010 wurde in den Räumlichkeiten des Landgerichts und des Justizzentrums Am Wall ein Tag der offenen Tür der Justiz in Bremen durchgeführt. Der Tag der offenen Tür hat enorme Resonanz gefunden. Bei nachgespielten und moderierten Gerichtsverhandlungen, echten Grundstücks-Zwangsversteigerungen und vielem mehr konnte sich eine Vielzahl von Besuchern einen Eindruck davon verschaffen, wie die alltägliche Arbeit der Justiz hinter den Fassaden aussieht. Daneben beteiligten sich sowohl die Polizei Bremen als auch ehrenamtlich arbeitende Vereine aus dem Bereich von Strafgefangenenhilfe und Opferschutz und -hilfe mit umfangreichen Informationsständen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Landgericht Bremen:					
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	3.232	3.400	-168	-4,9%	3.400
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	20,696	20,000	0,696	3,5%	20,000
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	456	400	56	14,0%	400
Richter in Strafsachen [VK]	25,379	22,500	2,879	12,8%	22,500
Amtsgerichte:					
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	17.860	17.650	210	1,2%	17.650
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	30,114	31,200	-1,086	-3,5%	31,200
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	14.945	16.000	-1.055	-6,6%	16.000
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	27,329	29,700	-2,371	-8,0%	29,700
Staatsanwaltschaft Bremen:					
Ermittlungsverf. - Js - (Erledig.) [ST]	57.110	56.500	610	1,1%	56.500
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	57,975	60,650	-2,675	-4,4%	60,650
Justizvollzugsanstalt Bremen:					
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	83,04%	85,00%	-1,96%	-2,3%	85,00%

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Justiz	11	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			

3.1.2 Weitere Anmerkungen			
Die Budgetvorgaben werden eingehalten. Im Saldo von			
- Mehreinnahmen:	411 Tsd. Euro,		
- Personalminderausgaben:	108 Tsd. Euro,		
- konsumtiven Minderausgaben:	280 Tsd. Euro,		
- investiven Minderausgaben:	16 Tsd. Euro und		
- budgetrelevanten Minderausgaben bei den Verrechn./Erstatt.:	1 Tsd. Euro		
errechnet sich eine Budgetunterschreitung von 816 Tsd. Euro.			
Davon werden für eine Reste-/Rücklagenbildung angemeldet:			
- Personalminderausgaben von 108 Tsd. Euro aus zweckgebundenen Projektfördermitteln, die im Folgejahr benötigt werden,			
- konsumtive Minderausgaben von zusammen 27 Tsd. Euro aus zweckgebundenen Einnahmen (Spenden für Insassen und Projektfördermittel) sowie aus Entgelten für die Gebäudeinnenreinigung (Resteübertragung zur Abdeckung noch auszugleichender Dezemberrechnungen) sowie			
- investive Minderausgaben von 7 Tsd. Euro für eine lfd. Maßnahme. Die Mittel sind gebunden, konnten aber in 2010 nicht mehr abfließen.			
Budgetunterschreitungen von 674 Tsd. Euro sollen zur Rückführung bestehender Verlustvorträge verwendet werden.			
Gegenüber der Berichterstattung für das dritte Quartal 2010 ergeben sich folgende Veränderungen:			
- Reduzierung der Mehreinnahmen um 1.861 Tsd. Euro,			
- Verbesserung der Personalausgaben um 891 Tsd. Euro,			
- Reduzierung der konsumtiven Minderausgaben um 1.674 Tsd. Euro,			
- Erhöhung der investiven Minderausgaben um 16 Tsd. Euro,			
- Erhöhung der budgetrelevanten Minderausgaben bei den Verrechn./Erstatt. um 1 Tsd. Euro.			
Personalmehrausgaben sind im Zuge der Aufteilung der global veranschlagten Personalausgaben sowie auf der Grundlage der zwischen der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Justiz und Verfassung geschlossenen Vereinbarung zum mittelfristigen Abbau des Personalüberhangs im Produktplan 11 - Justiz - ausgeglichen worden.			
Mehreinnahmen in Höhe von 2,1 Mio. Euro und konsumtive Minderausgaben in Höhe von 1,9 Mio. Euro wurden zur Finanzierung der JVA-Sanierung (3,8 Mio. Euro) sowie zum Nachweis der auf das Justizressort entfallenden und vom Senat beschlossenen Umlagebeträge (0,2 Mio. Euro) herangezogen, d.h., unter Berücksichtigung der genannten Beträge haben sich sowohl die Jahresergebnisse bei den Einnahmen als auch bei den konsumtiven Ausgaben im Vergleich zu den Prognosen des dritten Quartals noch einmal verbessert.			
Einhaltung der veranschlagten Primärausgaben - Vergleich HH-Anschlag ./.(vorauss.) Ist:			
Die veranschlagten Primärausgaben im Produktplan Justiz werden nach den Berichtsdaten um insgesamt 11.111 Tsd. Euro überschritten. Dabei sind auch die Ausgaben für die elektronische Arbeitszeiterfassung (Grp. 980) und für das Projekt Betreute Betreuer beim Amtsgericht Bremen (Grp. 984) von zus. 69 Tsd. Euro im Sinne einer Liquiditätsverlagerung in die Produktpläne 96 und 41 berücksichtigt. Die Überschreitungen werden in Höhe von 7.448 Tsd. Euro durch Liquiditätsverlagerungen abgedeckt. Es handelt sich dabei um Nachbewilligungen i.Zshg. mit			
- der Ausbildungsplanung 2010 von 75 Tsd. Euro,			
- dem Ausgleich von Tarifsteigerungen 2009 von 2.151 Tsd. Euro,			
- der Umsetzung der Echtmieten von 3.746 Tsd. Euro,			
- den Finanzierungshilfen für die JVA-Sanierung, hier: Liquiditätshilfen des Produktplans Wirtschaft zur Höhe von 786 Tsd. Euro,			
- der Aufteilung global veranschlagter Personalausgaben in Höhe von 470 Tsd. Euro,			
- dem Ausgleich von Personalmehrausgaben im 13. Monat gemäß Kontrakt mit der Senatorin für Finanzen in Höhe von 1.237 Tsd. Euro,			
- der Finanzierung des Projekts Stalking-KIT von 15 Tsd. Euro, die durch den Senator für Inneres und Sport zur Verfügung gestellt wurden und			
- der Finanzierung der Performa Nord Entgelte, hier der Telefonentgelte von 4 Tsd. Euro.			
Diesen Nachbewilligungen von insges. 8.484 Tsd. Euro stehen Einsparungen im Anschlagsbudget von zus.			

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 13/10 07.02.2011
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 92 Seite 3
<p>1.036 Tsd. Euro gegenüber, mithin per Saldo Liquiditätsverlagerungen zu Gunsten des Produktplans Justiz von 7.448 Tsd. Euro.</p> <p>Die darüber hinaus zu verzeichnenden Überschreitungen stehen hinsichtlich eines Betrages von 3.350 Tsd. Euro im Zusammenhang mit der Heranziehung von Rücklagen und Mehreinnahmen zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt und werden im Übrigen (313 Tsd. Euro) durch die Inanspruchnahme von Einnahmeverfügungsmitteln und Haushaltsresten verursacht.</p> <p>Einnahmen: Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Im Jahresergebnis stellen sich Ist-Einnahmen von rd. 42,8 Mio. Euro verbunden mit Mehreinnahmen von - noch - 0,4 Mio. Euro dar. Dieses positive Ergebnis konnte erreicht werden, weil in einem einzelnen Strafverfahren allein rd. 8 Mio. Euro aus Geldstrafen und Geldauflagen vereinnahmt wurden, die den Produktbereichen der Staatsanwaltschaft und - hinsichtlich der Geldauflagen - der Ordentlichen Gerichtsbarkeit zugeflossen sind. Damit konnten die im Übrigen fortbestehenden Einnahmeproblematiken, insbesondere im Bereich der Grundbuchsachen, mehr als ausgeglichen werden. Ein Wiederanstiegen der Einnahmen in Grundbuchsachen ist im Haushaltsjahr 2010 (noch) nicht eingetreten.</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Das Gros der konsumtiven Ausgaben des Produktplans Justiz entfällt auf die gesetzlichen Ausgaben für Auslagen in Rechtssachen. Unter Einschluss der Ausgaben für die öffentliche Rechtsberatung, der an die Polizei Bremerhaven pauschal zu erstattenden Ermittlungskosten und der bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in den Verfahren aufzuwendenden Portokosten liegt der Anteil der Auslagen in Rechtssachen an den konsumtiven Ausgaben des Produktplans bei rd. 60 %. Trotz der in den Produktbereichen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Fachgerichtsbarkeit gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnenden Ausgabenzuwächse bei den Auslagen in Rechtssachen wurde die in den Produktplan Justiz verlagerte Risikovorsorge in 2010 nicht ausgeschöpft. Minderausgaben waren auch bei der Justizvollzugsanstalt Bremen aufgrund der in 2010 außerordentlich niedrigen Ausgaben für die gesundheitliche Versorgung der Gefangenen zu verzeichnen. Rückläufig war hier insbesondere die Zahl der stationär zu behandelnden Insassen.</p> <p>Investitionen: Die Investitionsausgaben sind bis auf einen Rest von 16 Tsd. Euro in vollem Umfang abgeflossen, wovon 7 Tsd. Euro für eine Rücklagenbildung angemeldet werden.</p> <p>Sanierung der Justizvollzugsanstalt: Für das Sanierungsvorhaben ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von rd. 47,4 Mio. Euro erteilt worden. In diesem Zusammenhang hat der Haushalts- und Finanzausschuss mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss zu berichten: Nach Mittelabflussplan war für das lfd. Jahr ein Liquiditätsabfluss von rd. 10,2 Mio. Euro kalkuliert und die Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe abzudecken. Die Mittel sind in der geplanten Höhe abgeflossen. Neben den Anschlagsmitteln in Höhe von rd. 4,2 Mio. Euro wurden konsumtive Minderausgaben und Mehreinnahmen des Produktplans Justiz in Höhe von zus. 3,8 Mio. Euro zur Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung herangezogen. Weitere 0,786 Mio. Euro sind im Rahmen eines Liquiditätsausgleichs innerhalb des Senatorenbudgets zu Lasten des Produktplans Wirtschaft nachbewilligt worden. Restliche 1,4 Mio. Euro wurden in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen durch die Inanspruchnahme der im Produktplan Justiz gebildeten Rücklagen finanziert.</p> <p>3.2 Personaldaten Der Personalbestand des Justizressorts konnte gegenüber dem letzten Controlling (Januar bis September 2010) um rd. 7 VZÄ und im Vergleich zum Halbjahrescontrolling 2010 um rd. 18 VZÄ reduziert werden. Der Senator für Justiz und Verfassung und die Senatorin für Finanzen haben sich in einem Kontrakt über den Ausgleich der Mehrbedarfe des Justizressorts sowie den Abbau der Überschreitungen im Personalbereich verständigt. Der danach für Ende 2010 vereinbarte Bestand (1.277 VZÄ) ist mit den erreichten 1.273,9 VZÄ eingehalten worden.</p> <p>3.3 Leistungskennzahlen Bei den Amtsgerichten werden die Planungen im Wesentlichen erreicht. Stark angestiegen sind die Familiensachen infolge des zum 01.09.2009 in Kraft getretenen Familienverfahrensgesetzes (FamFG). Die Eingänge in Familiensachen liegen um mehr als 20 % über den Planungen, beim Amtsgericht Bremerhaven sogar um weit über 30 %. Die Erledigungen überschreiten die Planungen zwischen 16 und bis zu 27 %, während die Zahl der in diesen Verfahren eingesetzten Richterinnen und Richter bei allen Amtsgerichten zusammen in etwa den Planungen entspricht.</p>	

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 92	Seite 4
<p>Beim Landgericht bewegen sich die Abweichungen bei den Erledigungen im Bereich der Zivilkammern im tolerablen Rahmen (- 4,9 %). Der Personaleinsatz liegt mit 3,5 % über den Planungen. Der hohe Bestand an laufenden Verfahren konnte leicht zurückgeführt werden. Dieses bleibt auch weiterhin das Ziel, da einzelne Kammern die bundesweit höchste Belastung durch den Bestand an laufenden Verfahren aufweisen.</p> <p>Das Überschreiten der Planzahlen bei den Erledigungen in Strafsachen (14 ,0 %) ist auf die Personalverstärkung beim Landgericht (+ 12,8 %) zurückzuführen, die mittlerweile Wirkungen zeigt. Die Bestände konnten weiter reduziert werden, obwohl nach wie vor eine große Zahl von Umfangs- und Großverfahren verhandelt wurde und weiterhin wird.</p> <p>Die Erledigungen im Bereich der Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft entsprechen den Planungen (+ 1,1 %), während der Personaleinsatz um 4,4 % hinter den Planungen zurückbleibt.</p> <p>Der Belegungs-/Auslastungsgrad der Justizvollzugsanstalt unterschreitet den Planwert im Berichtszeitraum um 2,3 Prozentpunkte. Die Berechnungen beruhen auf einer Belegungsfähigkeit mit maximal 748 Insassen. Mit Rücksicht auf den Sanierungsbedarf in den Anstaltsgebäuden und die mittlerweile angelaufenen Sanierungsmaßnahmen ist diese Belegungsfähigkeit allerdings nicht mehr uneingeschränkt gegeben.</p>		

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senator Mäurer		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010					Jahresplanung 2010			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	355	348	7	2,2	416	416	355	-61	348
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	700	0	700	0,0	700	700	700	0	0
Gesamteinnahmen	1.055	348	707	203,3	1.116	1.116	1.055	-61	348
Personalausgaben	1.029	1.031	-2	-0,2	1.030	1.030	1.029	-1	1.011
konsumtive Ausgaben	11.091	8.686	2.405	27,7	11.136	11.136	11.091	-45	8.686
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3.661	2.369	1.292	54,5	3.661	3.661	3.661	0	2.369
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	0
Gesamtausgaben	15.781	12.086	3.695	30,6	15.828	15.828	15.782	-46	12.066
Saldo	-14.725	-11.738	-2.987	25,5	-14.712	-14.712	-14.727	-15	-11.718

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	435	423	420	9.232	0	843
- investiv	0	200	78	81	671		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-12	12	1.012	1.012	0	1.012	1.012	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-12	12	1.012	1.012	0	1.012	1.012	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	17	19	-2	17	19	-2
Insgesamt	0	-12	12	1.029	1.031	-2	1.029	1.031	-2
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	17	17	0	17	17	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	21,7	24,0	-2,3	22,4	24,3	-1,9	22,4	24,3	-1,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	21,7	24,0	-2,3	22,4	24,3	-1,9	22,4	24,3	-1,9
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	3,5	-	-	2,8	-	-	2,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	3,6	22,5	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre	32,1	17,5	35,7
Frauenquote	39,3	50,0	39,3
Teilzeitquote	21,4	35,0	25,0
Schwerbehindertenquote	19,2	6,0	22,2

Produktplan: 12	Controlling 01-13/2010
Sport	25.01.2011
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Sportverwaltung unterstützt den Sport durch Dienstleistungen:

Das Sportressort unterstützt das Gesamtsystem von sportlichen Angeboten in der Stadtgemeinde Bremen für den Wettkampf-, Leistungs-, Breitensport sowie für den Fitness- und Gesundheitssport.

Dies geschieht insbesondere durch die Bereitstellung von Fördermitteln, Beratung der Vereine / Verbände und der einzelnen Sportsuchenden, dem Angebot zur Nutzung von Sportstätten und –gelegenheiten, sowie durch die Sanierung von Sportstätten.

Stärkung der Eigenverantwortlichkeiten der Vereine:

Zurzeit übernehmen 7 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen. Es hat Gespräche mit drei weiteren Vereinen gegeben, die sich diesem Projekt anschließen wollten (TuS Komet Arsten, TURA Gröpelingen, und FC Huchting). Durch die Einhaltung des LAST CALL-Prinzips konnten die drei Vereine nicht zugelassen werden, da Stadtgrün die zu übernehmenden Tätigkeiten nun zum gleichen Preis ausführt wie die drei Vereine. Somit wird es schwer, weitere Vereine an diesem Projekt zu beteiligen.

Weiterentwicklung der Sportinfrastruktur:

Das Sportressort ist bestrebt, durch seine Aktivitäten den Anteil der Sporttreibenden zu verstemmen und auszubauen.

Die Sicherung und Modernisierung der kommunalen und vereinseigenen Sportprojekte sowie der Sportinfrastruktur erfolgt unter der Berücksichtigung der Nachfrage nach Sportarten, Nutzungsintensität, energetischer Verbesserung, Gender Mainstreaming sowie der demografischen Entwicklung.

Das Sportressort hat das Investitionsprogramm 2009/2011 verabschiedet und setzt dieses mit einem Gesamtvolumen i.H.v. rd. Euro 14 Mio. um.

Das Sportressort nimmt an einem Vergleichsring „Sportaktive Stadt“ teil in dem u.a. die Entwicklung von Zielen unter Berücksichtigung der aktuellen Sportinfrastruktur und die Nutzungsintensität von Sportstätten auch unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung behandelt werden. Nach Abschluss der Arbeiten im Vergleichsring wird über das Ergebnis berichtet.

Erreichen eines hohen Kostendeckungsgrades:

Der Kostendeckungsgrad wird zum Abschlussbericht 2010 dargestellt und entsprechend kommentiert.

Sicherung des Schwimmangebotes:

Die Sicherung des Schwimmangebotes wurde durch eine kontinuierliche Sanierung und Instandhaltung der Bäderbetriebe ermöglicht.

Konsolidierung und Ausbau des Besucheraufkommens:

Die Konsolidierung und der Ausbau des Besucheraufkommens soll durch ein möglichst attraktives Angebot an Schwimmbädern und wechselnden Attraktionen (Schwimmnächte oder Bäderdisko) erreicht werden.

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Ausgaben Sport je Einwohner (ohne Bäder) (Euro)	20,08	13,77	6,31	46%	13,77
Ausgaben Bäder je Einwohner (Euro)	8,79	8,31	0,48	6%	8,31
Besucherzahl Bremer Bäder (Pers)	1.798.186	1.805.000	-6.814	0%	1.805.000
Lfd.Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (Euro)	1,85	1,68	0,17	10%	1,68
Kostendeckungsgrad (%)	74	76	-1,90	-3	76

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten: Konsumtive Einnahmen: Bei den Einnahmen ist der Einnahmeanschlag nicht erreicht. Die Mindereinnahmen i.H.v. Euro 61 Tsd. ergeben sich aus den Bereichen der anteiligen Bewirtschaftungskosten und maßgeblich aus der Verpachtung von Werbeflächen.</p> <p>Bei diesen Positionen hat das Sportressort keine Steuerungsmöglichkeiten.</p> <p>Um die gesamten Mindereinnahmen i.H.v. Euro 61 Tsd. auszugleichen werden sie z.T. mit den Minderausgaben verrechnet.</p> <p>Für das Projekt "Stopp der Jugendgewalt" (hier der Zuschuss für sportliche Kinder- und Jugendsozialarbeit in Bremen-Lüssum) wurden im Haushaltsaufstellungsverfahren 2010/2011 Schwerpunktmittel bereitgestellt. Die nicht verausgabten Mittel i.H.v. Euro 23.321 Tsd. sollen zur Weiterführung des Projekts im Jahr 2011 verwendet und deshalb übertragen werden. Die Mittel können somit nicht zur Reduzierung der Mindereinnahmen herangezogen werden.</p> <p>Aus rechtlichen Gründen dürfen Mittel i.H.v. Euro rd. 18 Tsd. (2 Haushaltsstellen Immobilien Bremen und Performa Nord) nicht zur Einsparung bei den Mindereinnahmen herangezogen werden.</p> <p>Die Mindereinnahmen i.H.v. Euro 61 Tsd. werden somit durch Minderausgaben i.H.v. rd. Euro 6 Tsd. ausgeglichen. Es verbleiben im Sporthaushalt restliche Mindereinnahmen i.H.v. rd. Euro 55 Tsd.</p> <p>Diese restlichen Mindereinnahmen i.H.v. rd. Euro 55 Tsd. können nicht durch weitere Minderausgaben im PPL 12 ausgeglichen werden.</p> <p>Investive Einnahmen: -Keine-</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Der Jahresplanwert wurde i.H.v. Euro 45 Tsd. unterschritten. Das entspricht rd. 0,4%.</p> <p>Investive Ausgaben: Die investiven Ausgaben liegen genau im Jahresplanwert.</p> <p>Relevante Verrechnung/Erstattung: Es hat Einnahmeverfügungsmittel von SUBVE i.H.v. Euro 700 Tsd. für den Bau einer Begegnungsstätte und einer Bewegungshalle in Marßel gegeben.</p> <p>3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerung: -Keine-</p> <p>3.1.2 Verlustvortrag: Es werden zu diesem Zeitpunkt keinerlei Möglichkeiten gesehen, den vorhandenen Verlustvortrag i.H.v. Euro 843 Tsd. zu reduzieren.</p> <p>3.1.3 Einhaltung der Primärausgaben: Bei den veranschlagten Primärausgaben ergibt sich eine Überschreitung i.H.v. Euro 3.695 Tsd.</p> <p>Bei den Personalausgaben gibt es eine geringfügige Abweichung. Hier hat es Nachbewilligungen i.H.v. rd. Euro 28 Tsd. gegeben.</p> <p>Bei den konsumtiven Ausgaben besteht eine Abweichung i.H.v. Euro 2.405 Tsd. Diese gliedert sich wie folgt: - 300 Tsd. Euro Bremer Bäder Nachbewilligung zugunsten des Defizitausgleichs; - rd. 2.148 Tsd. Euro als Nachbewilligung bzgl. der Umwandlung der Verrechnungsmieten und -pachten in Echtmieten.</p> <p>Bei den investiven Ausgaben gibt es eine Abweichung i.H.v. Euro 1.292 Tsd. Diese setzt sich wie folgt zusammen: - 330 Tsd. Euro für den Bau einer Schießsportanlage; - 50 Tsd. Euro als Ergänzungsfinanzierung für das Freibad Blumenthal; - 100 Tsd. Euro aus dem Verkaufserlös der Realteilung des Grundstückes "Kornstraße"; - 700 Tsd. Euro Einnahmeverfügungsmittel (von SUBVE, als durchlaufender Posten für die Begegnungsstätte und einer Bewegungshalle in Marßel); - 55 Tsd. Euro aus der Verpachtung von Sportanlagen und restlichen Einnahmeverfügungsmittel</p> <p>3.1.4 Weitere Anmerkungen: Zuschüsse an Sportvereine:</p>			

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 3
<p>Für Sportförderung der Vereine standen rd. Euro 740 Tsd. zur Verfügung. Es wurde notwendig Zahlungsverpflichtungen zu Lasten des Haushaltsjahres 2011 i.H.v. Euro rd. 27 Tsd. zu tätigen. (Trainerkosten RSG und Betriebskostenzuschuss Osterdeichbad)</p> <p>3.2 Leistungsdaten:</p> <p>Produktplan 12: Ausgaben Sport je Einwohner (ohne Bäder): Der Jahresplanwert wird um 46 % überschritten. Das liegt daran, dass es jeweils bei den Personalausgaben, den konsumtiven Ausgaben und den investiven Ausgaben Nachbewilligungen gegeben hat, die nicht im Planwert enthalten sind.</p> <p>Ausgaben Bäder je Einwohner: Der Jahresplanwert wird um 6% überschritten. Das ist darin begründet, dass es Nachbewilligungen gegeben hat, die nicht im Planwert enthalten sind.</p> <p>Besucherzahl Bremer Bäder: Die Besucherzahl der Bremer Bäder GmbH liegt geringfügig unter dem Planwert. Die Abweichung liegt damit bei 6.800 Besucherinnen und Besucher. Das entspricht einer Differenz vom Jahresplanwert i.H.v. 0,4 %.</p> <p>Kostendeckungsgrad: Die Abweichung zum Jahresplanwert beträgt 1,9%.</p> <p>PGR 120101: Konsumtive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder): Die Überschreitung des Jahresplanwertes liegt bei rd. 17%. Das liegt daran, dass es Veränderungen bei der Umstellung des Anreizsystems/Echtmieten (Nachbewilligung i.H.v. Euro 2.148 Tsd.) gegeben hat. Hinzu kommt, dass der HAFA 2 Nachbewilligungen aus den Zweckabgaben aus Glücksspieleinnahmen -aus 2009- i.H.v. Euro 130 Tsd. bewilligt hatte. Diese Veränderungen sind in den Planwerten nicht berücksichtigt.</p> <p>Investive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder): Die Überschreitung des Jahresplanwertes liegt bei rd. Euro 2,05. Der Grund dafür liegt u.a. darin, dass es Nachbewilligungen für den Bau einer Schießsportanlage gegeben hat. Des Weiteren hat es Einnahmeverfügungsmittel i.H.v. Euro 700 Tsd. für die Begegnungsstätte und einer Bewegungshalle in Marßel gegeben, die ebenfalls nicht in den Planwerten berücksichtigt wurden.</p> <p>Geförderte Übungs- und Organisationsleiter: Die Unterschreitung des Jahresplanwertes liegt bei 1,1%. Es wurden 2.473 Übungs- und Organisationsleiter gefördert.</p> <p>Ausgaben je Übungs- und Organisationsleiter: Die Überschreitung des Jahresplanwertes liegt bei rd. 5 Euro. Das entspricht einer Abweichung von 1,1 %.</p> <p>Anzahl der Kunstrasenplätze: Es gibt zurzeit 18 städtische Kunstrasenplätze (Großspielfelder). Die Fertigstellung des Kunstrasenplatzes Ihletal wurde im IV. Quartal abgeschlossen.</p> <p>Pflege und Unterhaltung durch die Vereine: 7 Vereine übernehmen in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen. Es hatte Gespräche mit drei weiteren Vereinen gegeben, die sich diesem Projekt anschließen wollten (TuS Komet Arsten, TURA Gröpelingen und FC Huchting). Durch Einhaltung des LAST CALL-Prinzips musste den drei Vereinen abgesagt werden. Die Pflege und Unterhaltung übernimmt der Umweltbetrieb Bremen (Stadtgrün).</p> <p>PGR 120102: Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder: Der Lfd. Zuschuss liegt i.H.v. Euro 300 Tsd. über dem Jahresplanwert. Das liegt an der Nachbewilligung in gleicher Höhe. Die Mittel wurde im Planwert nicht berücksichtigt.</p> <p>Besucherzahl der Bremer Bäder: Die Besucherzahl der Bremer Bäder GmbH betrug in 2010 1.798.186 Besucherinnen und Besucher. Das entspricht einer Abweichung vom Jahresplanwert i.H.v. 0,4 %.</p> <p>Bäderkosten Gesamt: Die Gesamtkosten liegen 3,6 % über dem Jahresplanwert.</p> <p>Lfd. Zuschuss je Besucher: Der Zuschuss liegt 0,17 Euro über dem Planwert. Das entspricht rd. 10%. Das liegt u.a. daran, dass es eine Nachbewilligung i.H.v. Euro 300 Tsd. gegeben hat.</p>			

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 4
<p>Kostendeckungsgrad: Die Abweichung zum Jahresplanwert beträgt 1,9%.</p> <p>Fazit: Es wurden alle geforderten Umlagen und Sonderzahlungen(Schadensfall bei den Bremer Bädern sowie die Bürgerschaft Special Olympics) in voller Höhe erbracht.</p>			

Produktplan: Bildung	21	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Jürgens-Pieper	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	15.016	14.803	213	1,4	16.095	16.094	15.258	-836	14.803
investive Einnahmen	2.520	0	2.520	0,0	2.520	2.520	2.520	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	1.694	0	1.694	0,0	1.694	1.694	1.694	0	0
Gesamteinnahmen	19.230	14.803	4.427	29,9	20.309	20.308	19.472	-836	14.803
Personalausgaben	289.144	290.318	-1.174	-0,4	290.318	290.316	289.443	-873	285.456
konsumtive Ausgaben	260.178	249.591	10.587	4,2	263.130	263.128	260.457	-2.671	205.017
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	28.095	22.215	5.880	26,5	29.088	29.087	28.285	-802	22.215
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	577.417	562.124	15.293	2,7	582.535	582.531	578.185	-4.346	512.688
Saldo	-558.187	-547.321	-10.866	2,0	-562.226	-562.223	-558.713	3.510	-497.885

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	953	1.137	1.053	967	4.648	1.794	0
- investiv	3.796	3.609	3.612	3.502	26.498		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-30	30	258.509	258.779	-270	258.509	258.779	-270
Personalverstärkung	0	0	0	15.475	15.771	-296	15.475	15.771	-296
Ausbildung	0	38	-38	6.139	6.139	0	6.139	6.139	0
Zwischensumme	0	8	-8	280.123	280.689	-566	280.123	280.689	-566
Refinanzierte	0	14	-14	313	742	-429	313	742	-429
Nebentitel	0	-22	22	8.708	8.887	-179	8.708	8.887	-179
Insgesamt	0	0	0	289.144	290.318	-1.174	289.144	290.318	-1.174
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	8.048	8.048	0	8.048	8.048	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	4.937,8	4.806,1	131,7	4.888,3	4.825,8	62,5	4.888,3	4.825,8	62,5
Personalverstärkung	320,8	395,1	-74,3	339,8	380,0	-40,2	339,8	380,0	-40,2
Ausbildung	451,0	450,0	1,0	419,4	450,0	-30,6	419,4	450,0	-30,6
Zusammen	5.709,6	5.651,2	58,4	5.647,5	5.655,8	-8,3	5.647,5	5.655,8	-8,3
Refinanzierte	9,3	-	-	5,5	-	-	5,5	-	-
Abwesende	305,6	-	-	290,7	-	-	290,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	12,1	22,5	10,5
Beschäftigte über 55 Jahre	41,0	17,5	42,1
Frauenquote	65,9	50,0	64,7
Teilzeitquote	46,9	35,0	50,1
Schwerbehindertenquote	4,7	6,0	4,5

Produktplan: 21	Controlling 01-13/2010
Bildung	28.01.2011
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Maßgebliche Zielvorgaben sind für den Bereich

- schulische Bildung (Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Umstrukturierung des Schulsystems ist mit der Novellierung des Schulgesetzes dahingehend erfolgt, dass ein längeres und gemeinsames Lernen zukünftig ein Grundprinzip ist, was realisiert ist in der Schularart „Oberschule“ sowie durch die inklusive Beschulung. Beides ist maßgeblich leitend dafür, dass Abschlüsse und damit Zukunftschancen von ihrer sozialen Situation entkoppelt werden.

Insgesamt sind die Ressourcen in Abhängigkeit von besonderen Handlungsbedarfen gesteuert worden. Dies bezieht sich zum einen auf die verstärkte Einrichtung von Ganztagschulen (4 pro Jahr) und zum anderen auf die Inklusion.

Mit der Novellierung ist das Lehrerbildungsgesetz an die Anforderungen der neuen Schulstruktur und für die Umsetzung des Inklusionsziels angepasst worden.

Maßgebliche Zielvorgaben sind für den Bereich

berufliche Bildung (u. a. Verbesserung der Berufsorientierung, beruflichen Erstausbildung)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Über den Abschluss der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ ist es gelungen, die Berufsorientierung sowie den Übergang von den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in die Arbeitswelt zu erleichtern. Dies vor dem Hintergrund, dass die Berufliche Bildung im Bildungsmonitor des Instituts der Deutschen Wirtschaft den Platz 1 unter allen Ländern der Bundesrepublik belegt hat. Dazu hat z. B. beigetragen, dass die Auszubildenden und die Berufsfachschüler ihre Ausbildung deutlich häufiger als anderswo erfolgreich abschließen.

Maßgebliche Zielvorgaben sind für den Bereich

- allgemeine Weiterbildung und außerschulische Berufsbildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

In diesem Bereich ist insbesondere an der Novellierung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes und Weiterbildungsgesetzes gearbeitet worden.

Die Vernetzung von Schule und Stadtteil sowie die Einrichtung von regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren konnte erfolgreich (u.a. Lernen vor Ort) initiiert werden. Es sind regionale Schul- und Bildungslandschaften geschaffen worden, die Schulen mit Kitas, Trägern der Jugendhilfe und weiteren Akteuren des Stadtteils vernetzen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Personalausgaben je Schüler/in	4.500	4.400	100,00 0,00	2,3	4.400
Sachausgaben je Schüler/in	700	700	0,00 0,00	0	700
Schüler/innen je Lehrkraft an allg.bildenden Schulen	14,5	15,0	-0,50 0,00	-3	15,0
Schüler/innen je Lehrkraft an beruflichen Schulen	25,9	25,0	0,90 0,00	3,6	25,0
Abgänger/innen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss: Anteil an der altersgleichen Bevölkerung	7,10%	7,00%	0,10 0,00 0,00 0,00		7,00%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Bildung	21	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Jürgens-Pieper	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Im Produktplan ergibt sich folgendes Jahresergebnis:			
Es entstanden Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,1 Mio.Euro, insbesondere im städtischen Haushalt: bei den Haushaltsstellen "Entgelte für den Besuch von Berufsschulen durch Umschüler", "Elternanteil für das Mittagessen in Ganztagschulen", "Benutzungsentgelte für Schulräume/Turnhallen"			
Diese Mindereinnahmen sollen im 14. Monat durch die allgemeine Budgetrücklage (rücklagefähige Personalausgaben) und durch eine Entnahme aus der Budgetrücklage der Vorjahre gedeckt werden.			
Nach Ausgleich der Mindereinnahmen müssen konsumtive Reste in Höhe von rd. 2,7 Mio. Euro gebildet werden, diese sind zweckgebunden und beziehen sich auf folgende Ausgabebereiche:			
1,9 Mio. Euro für die Rücklagen der Schulen der Stadtgemeinde Bremen			
0,8 Mio. Euro für ESF-Projekte und Modellversuche und für andere zweckgebundene Mittel (WIN, Spenden, Ortsämter, Elternbeiträge, etc.)			
Die Reste im investiven Bereich in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro beziehen sich auf die investive Rücklage der Schulen und auch (0,1 Mio.Euro) auf Versicherungsleistungen.			
Die übertragbaren Reste im Personalbereich von rd. 0,5 Mio.Euro resultieren aus zweckgebundenen Personalausgaben im Rahmen von ESF-Projekten. Auf eine Zuführung zur allgemeinen Budgetrücklage (aus rücklagefähigen Personalausgaben) muss zu Gunsten der Deckung der Mindereinnahmen verzichtet werden.			
Insgesamt ergibt sich über alle Ausgabe -und Einnahmebereiche ein positives Ergebnis.			
3.2 Personaldaten			
In der Gesamtschau eines ganzen Jahres wurde zwar die Beschäftigungszielzahl (Kernbereich und Personalverstärkungsmittel) leicht mit 22,3 VZE überschritten, das vorgegebene Personalbudget allerdings wurde eingehalten.			
Im Bezug auf das Gesamtbeschäftigungsvolumen betrug die Überschreitung rd. 0,4%.			

Produktplan: Kultur	22	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Böhrsen	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	3.678	3.088	590	19,1	3.832	3.833	3.678	-155	3.087
investive Einnahmen	199	81	118	145,1	199	199	199	0	81
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3.876	3.169	707	22,3	4.031	4.032	3.877	-155	3.169
Personalausgaben	6.523	6.523	0	0,0	6.523	6.524	6.524	0	6.164
konsumtive Ausgaben	70.974	67.091	3.883	5,8	71.549	71.551	70.976	-575	67.091
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	13.084	10.699	2.385	22,3	14.554	14.556	13.086	-1.470	10.698
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	0	0	0	0
Gesamtausgaben	90.582	84.313	6.269	7,4	92.627	92.631	90.586	-2.045	83.952
Saldo	-86.706	-81.144	-5.562	6,9	-88.597	-88.599	-86.709	1.890	-80.783

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	29.513	27.795	13.669	96	0	0
- investiv	0	5.966	2.542	90	633		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	947	-947	4.768	4.768	0	4.768	4.768	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	947	-947	4.768	4.768	0	4.768	4.768	0
Refinanzierte	0	10	-10	1.517	1.517	0	1.517	1.517	0
Nebentitel	0	-535	535	238	238	0	238	238	0
Insgesamt	0	422	-422	6.523	6.523	0	6.523	6.523	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	50	50	0	50	50	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	82,8	67,4	15,4	83,4	68,2	15,2	83,4	68,2	15,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	82,8	67,4	15,4	83,4	68,2	15,2	83,4	68,2	15,2
Refinanzierte	28,4	-	-	28,4	-	-	28,4	-	-
Abwesende	7,0	-	-	6,1	-	-	6,1	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,6	22,5	8,0
Beschäftigte über 55 Jahre	36,6	17,5	36,5
Frauenquote	46,6	50,0	48,9
Teilzeitquote	25,2	35,0	28,5
Schwerbehindertenquote	6,4	6,0	5,3

Produktplan: 22	Controlling 01-13/2010
Kultur	02.02.2011
Verantwortlich: Senator Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Gezielte Profilierung von Bremen als Kulturstadt

Sachstand/Analyse/Bewertung (einschl. ggf. erforderlicher Steuerungsmaßnahmen)

Die gezielte Profilierung Bremens als führendem Kulturstandort im Nordwesten wurde fortgeführt über hochrangige und sehr öffentlichkeitswirksame Projekte. Hier sind vor allem die Festivals „Tanz Bremen“, das Literaturfestival „Poetry on the road „ zu nennen.

Zu nennen ist nach wie vor die Retrospektive über Wilhelm Wagenfeld im Wagenfeld-Haus sowie die Ausstellung „Manieren“ im Focke-Museum. Alle Projekte tragen – gerade mit ihrer überregionalen Wirkung – dazu bei, Bremens Ruf als vielfältige und experimentierfreudige Kulturstadt auszubauen.

Zukunftslabor/Kooperationen/Netzwerke **KURZBEZEICHNUNG**

Sachstand/Analyse/Bewertung (einschl. ggf. erforderlicher Steuerungsmaßnahmen)

Mit dem Kulturticket ist es weiterhin kontinuierlich gelungen, Kultureinrichtungen für den Gedanken zu gewinnen, Menschen in schwierigen Lebenslagen einen sehr günstigen Eintrittspreis in bremischen Kulturveranstaltungen anzubieten. Dieses Projekt wurde gemeinsam mit der Hochschule für Künste gestaltet und ausgewertet, so dass eine exemplarische, spartenübergreifende Kooperation die Grundlage für weitere Modelle der kulturellen Teilhabe gelegt hat. Zugang und aktive Teilhabe an städtischer Kultur sind dabei auf lebendige Netzwerke angewiesen, die Bereiche des Sports und der sozialen Freizeitgestaltung in kulturelle Kooperationen einbezieht.

Vermittlung kultureller Bildung **KURZBEZEICHNUNG**

Sachstand/Analyse/Bewertung (einschl. ggf. erforderlicher Steuerungsmaßnahmen)

Das Projekt „Skulptur sucht Schule“ des Gerhard-Marcks-Hauses steht hier exemplarisch weiterhin für den Ansatz, neue Wege in der kulturellen Bildung aufzuzeigen und zu gehen. Erfreulich ist die erneute bundesweite Auszeichnung des Vereins Quartier e.V. für das jährliche, stadtweite Kinderkulturprojekt, welches diesmal zur Umsetzung des Themas der „Manieren“-Ausstellung eine große, multikulturelle Essenstafel inszenierte.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		Planwert
			abs.	%	
Besuche Bürgerhäuser	708.168	698.100	10.068	1%	698.100
Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren	643.828	576.500	67.328	12%	576.500
Besuche Theater	211.749	227.989	-16.240	-7%	227.989
Besuche Orchester	114.847	93.200	21.647	23%	93.200
Besuche stadt- und kulturhistorische Museen	173.275	206.500	-33.225	-16%	206.500
Besuche Deutsches Schiffahrtsmuseum	109.582	142.000	-32.418	-23%	142.000
Besuche kunst- und kunstgeschichtl. Einrichtungen	108.934	112.000	-3.066	-3%	112.000
Besuche Stadtbibliothek	1.141.154	1.250.000	-108.846	-9%	1.250.000
Belegungen Volkshochschule	58.650	57.250	1.400	2%	57.250
Schülerbelegungen Musikschule	2.515	2.430	85	3%	2.430

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

3. Analyse / Bewertung

Hervorgehoben werden folgende Punkte:

Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren:

Die Besuchszahlen des Kultur Büro Bremen Nord sind insgesamt stabil (bei Veranstaltungen im Kulturbahnhof stiegen die Besuchszahlen). Die soziokulturellen Zentren Lagerhaus und Schlachthof melden zum Teil erheblich höhere Besuchermengen als geplant. Insbesondere das Lagerhaus hat die Zahl der Veranstaltungen erhöht.

Besuche Theater:

Im Theater Bremen blieben in der neuen Spielzeit (seit 1.8.10) die Besuchszahlen in allen Sparten leicht gegenüber dem Plan zurück. Dies ist einerseits durch die Verschiebung von Veranstaltungen bedingt. Im Schauspiel kam es jedoch trotz einer Erhöhung der Veranstaltungen zu einem Rückgang der Besuche. Insgesamt geht das Theater davon aktuell aus, dass durch die guten Erfolge des "Vetter aus Dingsda" und „Mein Freund Harvey“ die Besuchszahlen der Spielzeit stetig verbessern.

Die Bremer Shakespeare Company hat im ersten Quartal der neuen Spielzeit die geplanten Besuchszahlen überschritten. Dies liegt in erster Linie an einer Erhöhung der Anzahl der Veranstaltungen in der Dramatikerwerkstatt sowie an der zusätzlichen Veranstaltung "Einwandererhaus" in Co-Produktion mit dem Quartier e.V. Im abgelaufenen Geschäftsjahr (Januar -Juli) wurden die geplanten Besuchszahlen jedoch unterschritten. Die Einrichtung hatte dies auf die WM zurückgeführt.

Besuche Orchester:

Die Bremer Philharmoniker haben in der abgelaufenen Spielzeit (Januar-August) aufgrund von zusätzlichen Sonderkonzerten und Gastspielen die geplanten Besuchszahlen übertroffen. In der neuen Spielzeit (September-Dezember) wurden die geplanten Besuchszahlen knapp erreicht, obwohl 7 Konzerte weniger als geplant durchgeführt wurden.

Die Deutsche Kammerphilharmonie hat die geplanten Besuchszahlen eingehalten. Dabei haben sich insbesondere die Besuche von Kindern und Jugendlichen erhöht.

Besuche stadt- und kulturhistorische Museen:

Das Übersee-Museum konnte durch die späte Eröffnung der neuen Dauerausstellung im Herbst die geplanten Besuchszahlen nicht mehr erreichen.

Das Focke-Museum schließt das Jahr 2010 mit einem leichten Minus gegenüber dem Planwert ab. Die Sonderausstellung "Bremen 1945 bis 2010" wurde gut angenommen.

Besuche Deutsches Schiffahrtsmuseum:

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum konnte durch die Sail und das schlechte Wetter im Sommer deutlich an Besuchern gewinnen. Die erhöhte Anzahl der Einzelbesucher im dritten Quartal und vierten Quartal gleicht aber nicht die fehlenden Besucher des ersten Halbjahres aus.

Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen:

Die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung und das Paula Modersohn-Becker Museum schließen das Jahr 2010 mit einem deutlichen Plus über den Besuchserwartungen ab. Dies liegt vor allem an den gut angenommenen Sonderausstellungen und die überplanmäßig durchgeführten Führungen.

Das Neue Museum Weserburg erreicht den Gesamtjahresplanwert für die Besuchszahlen nicht mehr erreicht. Dies liegt wesentlich an der Verschiebung des Projektes „Freibeuter der Utopien“.

Die Kunsthalle ist weiterhin wegen Umbau geschlossen.

Besuche Stadtbibliothek:

Die Unterschreitung der Zielzahl für die Besuche der Stadtbibliothek Bremen ist größtenteils auf die schlechte Witterung im ersten Quartal mit großer Kälte, Schnee und Glätte zurückzuführen. Zum einen haben die KundInnen ihre Wege reduziert, zum anderen kam es in den Schulen teilweise zu Unterrichtsausfällen und zu Absagen angemeldeter Klassenführungen.

Produktplan: Kultur	22	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Fazit:			
Das Kulturressort hat die Bedarfe in 2010 gelöst und schließt mit einem verbesserten Finanzierungssaldo von +1.890 TEUR ab. Im Wesentlichen entsteht dieser Saldo aufgrund nicht abgeflossener investiver Mittel (-1.470 TEUR) und konsumtiver Reste (-575 TEUR). Die konsumtiven Reste dienen zum Teil der Deckung nicht erzielter Einnahmen (-155 TEUR).			
Zu den Abweichungen im Einzelnen:			
1. Abweichungen voraussichtliches Haushaltssoll - voraussichtliches Ist (Jahrsplanung 2010)			
Einnahmen:			
Einnahmen in Höhe von 155 TEUR konnten nicht erzielt werden und werden im Rahmen der Jahresabrechnung durch konsumtive und investive Reste ausgeglichen.			
Personalausgaben:			
Die unterjährig nicht ausfinanzierten Personalkosten wurden im 13. Monat durch zentral vorgehaltene Mittel der Senatorin für Finanzen ausgeglichen.			
Konsumtive Ausgaben:			
Es sind konsumtive Reste in Höhe von 575 TEUR entstanden. Im Wesentlichen resultieren sie aus dem verzögerten Umzug der Landesarchäologin, zweckgebundenen Mitteln des Landesdenkmalpflegers; noch nicht ausgebuchter kalkulatorischer Mieten der Senatorin für Finanzen.			
Investive Ausgaben:			
Es sind investive Reste in Höhe von 1.470 TEUR entstanden. Die Ursache ergibt sich im wesentlich durch den verzögerten Abfluss von Maßnahmen z.B. 389 TEUR für die Sanierung Bürgerhaus Vegesack, rd. 386 TEUR beim Übersee-Museum, 240 TEUR beim Deutschen Schiffahrtsmuseum und 171 TEUR bei der Sanierung des Theater Bremen.			
2. Abweichung zwischen Ist und dem Planwert -Anschlag inkl. Nachtragshaushalt (13. Monat 2010)			
Einnahmen:			
Den zusätzlich erzielten Gesamteinnahmen von +707 TEUR stehen größtenteils zweckgebundene Ausgaben gegenüber. Entstanden sind sie im Bereich 22.02. 22.02. (Musikfest) und 22.03. Deutsches Schiffahrtsmuseum. Im Bereich 22.90 konnten die geplanten Entnahmen von Rücklagen bei Einrichtungen nicht erzielt werden.			
Personalausgaben:			
Die unterjährig nicht ausfinanzierten Personalkosten wurden im 13. Monat durch zentral vorgehaltene Mittel der Senatorin für Finanzen ausgeglichen.			
Konsumtive Ausgaben:			
Es gab zusätzliche Ausgaben von +3.883 TEUR. Wesentliche Abweichungen war die Nachbewilligung von Tariferstattungen in Höhe von 2.000 TEUR für das Theater Bremen und die Ausweisung von bisher zentral bei der Senatorin für Finanzen vorgehaltenen Mittel für Miet- und Pachten (ca. 1.620 TEUR).			
Investive Ausgaben:			
Es gab zusätzliche Ausgaben von +2.385 TEUR aus Haushaltsresten des Jahres 2009. Im Wesentlichen wurden aus zur Verfügung stehenden Resten des Jahres 2009 Investitionen gezahlt. Zum Beispiel wurde ein Betrag von ca. 1.260 TEUR für den Erweiterungsbau der Kunsthalle gezahlt.			
3. Primärhaushalt (voraussichtliches Ist - Anschlag) - nachrichtlich			
Folgende wesentliche Effekte führen zu erhöhten Ausgaben ggü. den geplanten Anschlägen von ca. 6.634 TEUR:			
- 360 TEUR Personalausgaben			
- 3.885 TEUR konsumtive Ausgaben			
- 2.389 TEUR investive Ausgaben			
Personalausgaben:			
Bei Anschlagsaufstellung gab es noch keine geeinte Personalzielzahl. Die Tariferstattung war noch nicht berücksichtigt.			
Die unterjährig nicht ausfinanzierten Personalkosten wurden im 13. Monat durch zentral vorgehaltene Mittel der Senatorin für Finanzen ausgeglichen.			
6.164 TEUR Anschlag			
6.524 TEUR voraussichtliches Ist			
360 TEUR Abweichung			
Konsumtive Ausgaben:			

Produktplan: Kultur	22	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 92	Seite 3
<p>Es gab Abweichungen von 3.885 TEUR. Die wesentlichen Gründe sind nachfolgend aufgeführt. Es werden aufgrund von Tarif-Nachbewilligungen für das Theater Bremen (2.000 TEUR) und Ausweisung von bisher zentral bei der Senatorin für Finanzen vorgehaltenen Miet- und Pachten (1.620 TEUR) mehr konsumtive Ausgaben getätigt. Daneben gab es zusätzliche Einnahmen aus Glückspiel (135 TEUR), die für Zusatzbedarfe eingesetzt wurden. Zusätzlich gab es geringe Produktplanverlagerungen (Senatskanzlei 25 TEUR, Justiz 17 TEUR Sozial 42 TEUR).</p> <p>67.091 TEUR Anschlag 70.976 TEUR voraussichtliches Ist 3.885 TEUR Abweichung</p> <p>Investive Ausgaben: Es gab Abweichungen von 2.389 TEUR, die aus Resten 2009 entstanden sind und in 2010 abgeflossen sind. Die wesentlichen Gründe sind nachfolgend aufgeführt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erweiterungsbau des Kunstvereins (rd. 1.260 TEUR) - Sanierung des Übersee-Museums (rd. 280 TEUR) - Sanierung Deutsches Schiffahrtsmuseum (380 TEUR) - Investitionen im Theater Bremen (200 TEUR) - Beschaffung des neuen Bibliotheksbusse (330 TEUR) <p>10.698 TEUR Anschlag 13.086 TEUR voraussichtliches Ist 2.389 TEUR Abweichung</p>			

Produktplan: Hochschulen und Forschung	24	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	16.612	17.104	-492	-2,9	16.436	16.435	16.611	176	17.104
investive Einnahmen	15.080	15.140	-60	-0,4	15.080	15.080	15.080	0	15.140
relevante Verrech./Erstatt.	7.086	0	7.086	0,0	626	626	7.086	6.460	0
Gesamteinnahmen	38.778	32.244	6.534	20,3	32.142	32.141	38.777	6.636	32.243
Personalausgaben	2.422	2.421	1	0,0	2.422	2.422	2.422	0	2.214
konsumtive Ausgaben	283.677	276.960	6.717	2,4	286.351	286.352	283.679	-2.673	276.960
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	44.749	43.834	915	2,1	45.343	45.343	44.750	-593	43.834
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	330.848	323.215	7.633	2,4	334.116	334.117	330.851	-3.266	323.008
Saldo	-292.070	-290.971	-1.099	0,4	-301.975	-301.976	-292.074	9.902	-290.765

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	205	4.385	3.383	3.103	0	673	0
- investiv	2.555	16.841	11.861	11.901	40.573		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	104	-104	2.085	2.085	0	2.085	2.085	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	104	-104	2.085	2.085	0	2.085	2.085	0
Refinanzierte	0	15	-15	295	295	0	295	295	0
Nebentitel	0	0	0	41	41	0	41	41	0
Insgesamt	0	119	-119	2.421	2.421	0	2.421	2.421	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	41	41	0	41	41	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	35,6	33,7	1,9	35,4	34,2	1,2	35,4	34,2	1,2
Personalverstärkung	0,0	0,5	-0,5	0,0	0,5	-0,5	0,0	0,5	-0,5
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	35,6	34,2	1,4	35,4	34,7	0,7	35,4	34,7	0,7
Refinanzierte	4,7	-	-	4,7	-	-	4,7	-	-
Abwesende	1,5	-	-	1,6	-	-	1,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,1	22,5	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre	50,0	17,5	51,1
Frauenquote	70,8	50,0	70,2
Teilzeitquote	33,3	35,0	38,3
Schwerbehindertenquote	3,9	6,0	3,9

Produktplan: 24 Allgemeine Finanzen	Controlling 01-13/2010
Verantwortlich: Senatorin Frau Jürgens-Pieper	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Förderung der Wissenschaftsschwerpunkte, Stärkung der reg. Wirtschaftskraft

Sachstand/Analyse/Bewertung

Drittmittelaufkommen, Exzellenz, überregionale Sichtbarkeit und Wissenstransfer konnten durch weitere Profilierung der Wiss. Schwerpunkte gesteigert werden:

- Effizienzsteigerung und Nutzung von Synergien durch erhöhte Vernetzung von inner- und außeruniversitärer Forschung;
 - Erhöhung der regionalwirtschaftlichen Effekte durch ressortübergreifenden Aufbau von thematischen Clustern
- Beteiligung der Universität an allen drei Förderlinien der Exzellenzinitiative

Ausbildung hochqualifizierter Nachwuchskräfte

Sachstand/Analyse/Bewertung

Strukturierte Programme der Graduiertenförderung ziehen hochqualifizierte Wissenschaftler und überregionales Wissen nach Bremen und steigern die Internationalität

Die wachsende Finanzierung der Graduiertenförderung durch Drittmittel erhöht Exzellenz und Attraktivität des Standorts

Sehr positive Entwicklung der Absolventenzahlen und Promotionen

Höchster Stand der Zahl der Studienanfänger/-innen durch Beteiligung am Hochschulpakt (Anstieg in den MINT-Fächern)

Verbesserung des Arbeitskräftepotentials und Gewinnung neuer Einwohner

Sachstand/Analyse/Bewertung

Steigerung der Attraktivität des Standorts durch Sonderprogramme für Frauen und Studierende/Wissenschaftler mit Kindern sowie durch Sprach- und Unterstützungsangebote für ausländische Studierende

Bremen ist attraktiv für Hochqualifizierte (IAB-Studie).

Es konnten in 2010 3.626 Neubürger für Bremen angeworben werden.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Hochschulen			0		
- Absolventen	5.294	4.185	1.109	26,5	4.185
- Studienanfänger	7.993	4.865	3.128	64,3	4.865
- Drittmittelanteil an Gesamtfinanzierung	26%	27,0%	-1	-0,4	27,0%
Außeruniversitäre Forschung (Bremer Institute)					
- Drittmittelanteil an Gesamtfinanzierung	76,5%	73,6%	3	0,4	73,6%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Analyse und Bewertung der Leistungskennzahlen:

Hochschulen

Lehre und Studium gehören zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen.

- Qualität der Lehre
Seit 2008 wird die Verbesserung der Lehrqualität durch Schwerpunktmittel gefördert, die ab 2010 integraler Bestandteil des Wissenschaftsbudgets geworden sind. Die deutliche Steigerung der Absolventenzahlen nicht nur gegenüber den Planzahlen, sondern auch im Vergleich mit den Vorjahren (2008: 4480, 2009: 5.000), zeigt den Erfolg dieses Programms.
- Die bremischen Hochschulen haben sich erfolgreich am Hochschulpakt beteiligt. Die Zahl der Studienanfänger konnte deutlich erhöht werden. Die Planzahlen wurden erheblich übertroffen.

Die Qualität der Hochschulforschung, insbesondere die der Universität, findet ihren Ausweis in dem erzielten Drittmittelvolumen. Mit einem Drittmittelanteil an der Gesamtfinanzierung konnte auf hohem Niveau gehalten werden. Damit liegt Bremen auch weiterhin bundesweit im Spitzenbereich.

Außeruniversitäre Forschung

Die Bremer Forschungsinstitute haben trotz gleich bleibender Grundfinanzierung und ohne Ausgleich der Tarifsteigerungen ihren Drittmittelanteil weiter steigern können.

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Controlling 13/10 07.02.2011
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper	Version: 92 Seite 2
3. Analyse/Bewertung	
Finanzdaten:	
A) Einnahmen	
Das Einnahmesoll (ohne Verrechnungen und Erstattungen) wurde aufgrund von Mehreinnahmen bei den Bundesmitteln für das BAFÖG um rd. 0,2 Mio. Euro überschritten.	
Bei den Verrechnungen und Erstattungen werden Mehreinnahmen i.H.v. 6,46 Mio. Euro ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um vom PPL 71 "Wirtschaft" über Anschlag hinaus erzielte Mehreinnahmen von der EU für Maßnahmen des Wissenschaftsressorts im Rahmen des EU-Programms EFRE 2007-2013. Diese Mehreinnahmen wurden aus Gründen der Transparenz an den PPL 24 ausgekehrt. Sie dienen hier der Kompensation eines buchhalterisch gebildeten Verlustvortrages für in Vorjahren im PPL 71 "Wirtschaft" zu verzeichnende Mindereinnahmen von der EU, die dem PPL 24 zuzurechnen waren.	
B) Ausgaben	
Das Ausgabesoll wurde um rd. 3,3 Mio. Euro unterschritten. Die Ist-Ausgaben lagen um rd. 7,8 Mio. Euro über den Primärausgaben. Dem gegenüber stehen allerdings Nachbewilligungen und Einsparungen in Höhe von netto ca. 8,2 Mio. Euro. Insgesamt wurden damit die für den PPL 24 zulässigen Primärausgaben eingehalten.	
Leistungsdaten:	
Die Leistungsziele wurden überwiegend eingehalten bzw. übertroffen.	

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Rosenkötter	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	29.837	23.952	5.885	24,6	24.768	24.767	29.836	5.069	23.953
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	87	0	87	0,0	87	87	87	0	0
Gesamteinnahmen	29.924	23.952	5.972	24,9	24.855	24.854	29.923	5.069	23.953
Personalausgaben	6.626	6.626	0	0,0	6.626	6.627	6.627	0	6.411
konsumtive Ausgaben	35.425	34.666	759	2,2	52.844	52.844	35.425	-17.419	34.666
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.017	972	45	4,6	1.366	1.366	1.017	-349	972
relevante Verrech./Erstatt.	170	6	164	2.740,0	229	229	170	-59	6
Gesamtausgaben	43.239	42.270	969	2,3	61.066	61.066	43.239	-17.827	42.054
Saldo	-13.315	-18.318	5.003	-27,3	-36.211	-36.212	-13.316	22.896	-18.101

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	13.005	5.700	0	0	18	23.612
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-112	112	6.407	6.407	0	6.407	6.407	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-112	112	6.407	6.407	0	6.407	6.407	0
Refinanzierte	0	-1	1	47	47	0	47	47	0
Nebentitel	0	45	-45	172	172	0	172	172	0
Insgesamt	0	-68	68	6.626	6.626	0	6.626	6.626	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	123	123	0	123	123	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	126,6	132,1	-5,5	128,7	133,3	-4,6	128,7	133,3	-4,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	126,6	132,1	-5,5	128,7	133,3	-4,6	128,7	133,3	-4,6
Refinanzierte	0,8	-	-	0,7	-	-	0,7	-	-
Abwesende	9,0	-	-	9,6	-	-	9,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,1	22,5	8,3
Beschäftigte über 55 Jahre	35,6	17,5	37,9
Frauenquote	67,5	50,0	66,3
Teilzeitquote	40,5	35,0	37,3
Schwerbehindertenquote	17,2	6,0	17,0

Produktplan: 31	Controlling 01-13/2010
Arbeit	27.1.2011
Verantwortlich: Frau Jansen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Arbeit steht die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, das Arbeitsrecht, die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts im Vordergrund.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die strategischen Zielvorgaben zur Arbeitsmarktpolitik sind im Produktgruppenhaushalt formuliert. Im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms wird in 2010 durch vielfältige Angebote und Projekte im Land Bremen der Strukturwandel flankiert, die Kompetenzen der Menschen gefördert, die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft und die Integration schwerbehinderter Menschen unterstützt. Für diese Zwecke werden den beauftragten Gesellschaften entsprechende Mittel für die Umsetzung des BAP zur Verfügung gestellt. Damit wird eine positive Erreichung der strategischen Zielvorgaben angestrebt.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Zu 31.01 Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm					
Geförderte Beschäftigte	5.311	4.500	811,00	18%	4.500
Weitergebildete Arbeitslose	2.561	2.300	261,00	11%	2.300
Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen	3.080	3.100	-20,00	-1%	3.100
Beratene Personen in Beratungsprozessen	5.015	8.000	-2.985,00	-37%	8.000
Beratene potentielle Existenz-Gründer	952	1.000	-48,00	-5%	1.000
Beratene Betriebe (BAP gesamt)	370	500	-130,00	-26%	500
Zu 31.02 Soziale Sicherheit					
Feststellungsverfahren (Schwerbehinderte)	14.730	14.500	230,00	2%	14.500
Bestandsfälle (Schwerbehinderte)	99.434	99.000	434,00	0%	99.000
Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	1.763	1.876	-113,00	-6%	1.876

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Rosenkötter	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten:			
Konsumtive Einnahmen:			
Es sind Mehreinnahmen von rd. 5,1 Mio. Euro entstanden.			
Im Saldo setzen sich diese wie folgt zusammen:			
Im Bereich EU-Förderphase 2007-2013 (PBer 31.01) sind rd. 5,3 Mio. Euro ESF-Mehreinnahmen entstanden.			
Im Bereich der Kriegsopferfürsorge (PBer 31.02) sind Mindereinnahmen von rd. 0,5 Mio. Euro entstanden. Aufgrund gesunkener Fallzahlen entstehen weniger Ausgaben und damit korrespondierende Mindereinnahmen (Kostenerstattung durch Bund), die sich im Saldo annähernd ausgleichen.			
Beim Versorgungsamt (PBer 31.02) sind Mehreinnahmen von rd. 0,3 Mio. Euro entstanden. Es handelt sich hier überwiegend um eine einmalige Einnahme aus einem Regressverfahren (0,2 Mio. Euro) sowie um Mehreinnahmen für OEG (0,1 Mio. Euro).			
Relevante Verrechnungen/Erstattungen:			
Die Erstattung durch die EU für die Programme EFRE und Urban werden beim SWH vereinnahmt.			
Für die EU-Programme EFRE und Urban (2000-2006) sind in diesem Jahr keine Einnahmen erfolgt.			
Für EFRE 2007-2013 belaufen sich die Einnahmen auf rd. 0,2 Mio. Euro. Dem gegenüber steht ein Einnahmeanschlag von rd. 1,7 Mio. Euro. Diese rd. 1,5 Mio. Euro Mindereinnahmen des SWH werden im Controlling des PPL 31 nicht deutlich, wirken sich aber erhöhend auf den Verlustvortrag aus.			
Nicht budgetrelevante Einnahmen:			
Die Realisierung der veranschlagten Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage "Ausgleichsabgaben" in Höhe von 0,75 Mio. Euro war wegen der erzielten Mehreinnahmen sowie wegen der Verzögerungen in der Umsetzung neuer Projekte nicht erforderlich. Der Ausgleich erfolgt durch korrespondierende Minderausgaben.			
Konsumtive Ausgaben:			
Es sind Minderausgaben von rd. 17,4 Mio. Euro entstanden. Begründet ist dies hauptsächlich durch Minderausgaben im Bereich der EU-Förderphase 2007-2013 (PBer 31.01) in Höhe von 15,8 Mio. Euro. Sie resultieren aus den Haushaltsresten, die im Rahmen der Primärausgaben nicht zur Verfügung stehen.			
Im Bereich der Kriegsopferfürsorge (PBer 31.02) sind Minderausgaben von rd. 0,4 Mio. Euro entstanden, die zum Ausgleich der korrespondierenden Mindereinnahmen benötigt werden.			
Im Bereich der Ausgleichsabgabe (PBer 31.02) sind Minderausgaben von rd. 1 Mio. Euro entstanden, die in Höhe von 0,75 Mio. Euro zum Ausgleich der nicht realisierten Entnahme aus der Sonderrücklage "Ausgleichsabgaben" herangezogen werden. Die restlichen Minderausgaben von 0,25 Mio. Euro werden der Sonderrücklage zugeführt.			
Beim Versorgungsamt (PBer 31.02) sind Minderausgaben von rd. 0,2 Mio. Euro entstanden, davon rd. 0,1 Mio. Euro im Bereich Opferentschädigungsgesetz(OEG).			
Wegen der zusätzlichen Bereitstellung von Mitteln im Nachtragshaushalt 2010 (im Saldo 0,6 Mio. Euro) werden im PPL 31 die nicht zweckgebundenen Reste (rd. 0,2 Mio. Euro) gestrichen.			
Investitionen:			
Im Bereich der Ausgleichsabgabe sind Minderausgaben von rd. 0,3 Mio. Euro entstanden, die der Sonderrücklage zugeführt werden.			
Verlustvortrag:			
Für die EU-Förderphase 2000-2006 beläuft sich der aktuelle Verlustvortrag auf rd. 4,4 Mio. Euro. In diesem Jahr ergeben sich hier keine Veränderungen. Mit den Schlusszahlungen, die den Verlustvortrag ausgleichen werden, ist frühestens ab 2011 zu rechnen.			
Für die EU-Förderphase 2007-2013 wurden zwei Verlustvorträge gebildet (ESF und EFRE).			
ESF: Der aktuelle Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 14,7 Mio. Euro. Dieser wird aufgrund entstandener Mehreinnahmen um rd. 5,3 Mio. Euro auf rd. 9,4 Mio. Euro reduziert.			
EFRE: Der bestehende Verlustvortrag in Höhe von 4,5 Mio. Euro wird aufgrund der Mindereinnahmen, die beim SWH entstanden sind, um 1,5 Mio. Euro auf rd. 6 Mio. Euro erhöht.			
Sonderrücklage			
Die Sonderrücklage "Ausgleichsabgaben" beläuft sich aktuell auf rd. 8,6 Mio. Euro. Aufgrund der Minderausgaben in diesem Jahr werden rd. 0,7 Mio. Euro der Sonderrücklage zugeführt, wodurch sich diese auf rd. 9,3 Mio. Euro erhöht.			
Die Mittel der Ausgleichsabgabe müssen für die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfen eingesetzt werden. In den Vorjahren konnte dies aus verschiedenen Gründen nicht zeitnah erfolgen. Die für dieses Jahr veranschlagte Rücklagenentnahme konnte wegen Mehreinnahmen von rd. 0,4 Mio. Euro nicht realisiert werden. Zur Reduzierung der Rücklage wurden im Jahr 2009 bereits einige neue Projekte umgesetzt, wodurch die Ausgaben zum Vorjahr erhöht werden konnten. Im Jahre 2010 kam es zu Verzögerungen aus rechtlichen Gründen (Grundstücks- und Vertragsrecht). Nach heutiger Kenntnis kann davon ausgegangen werden, dass durch begonnene Vorarbeiten für verschiedene Maßnahmen die Rücklage ab 2011 kontinuierlich reduziert werden kann. Die Maßnahmen wurden also erfolgreich eingeleitet, es bedarf allerdings längerer Vorlaufzeiten bis zum jeweiligen Projektbeginn.			

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Rosenkötter	Version: 92	Seite 3
<p>Personaldaten: Im Jahre 2010 wurde das Personalbudget insgesamt um 67 Tsd. Euro unterschritten. Diese Minderausgaben wurden zum teilweisen Ausgleich der Personalmehrausgaben im Senatorinnenbudget herangezogen.</p> <p>Primärausgaben: Die Primärausgaben wurden um rd. 1 Mio. Euro überschritten. Dies resultiert aus: 70 Tsd. Euro -Mittelverlagerung v. PPL 96 IT-Personal 262 Tsd. Euro -Mittelverlagerung Echtmieten 216 Tsd. Euro -Mittelverlagerung Personal (Tarifsteigerung) 51 Tsd. Euro -Mittelverlagerung Personal (Tarifanpassung) 7 Tsd. Euro -Mittelverlagerung f. Innenreinigung und Entgelte f. Dienstleistungen 282 Tsd. Euro -Rücklagenentnahme "ReSoSta" 112 Tsd. Euro -Inanspruchnahme von Haushaltsresten.</p> <p>Leistungsziele/Kennzahlen Die Kennzahlen für das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP, PrBer. 31.01) wurden im Zuge der Haushaltsaufstellung 2010 überarbeitet und folgen ab 2010 einer neuen Systematik. Neben den Kennzahlen wurden auch die Planwerte überarbeitet und von der Deputation beschlossen. Gemessen an den neu gebildeten Planwerten kann eine positive Bilanz der Erfüllung der Leistungsziele im Bereich des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms festgestellt werden. Durch von der Deputation beschlossene veränderte Prioritätensetzungen bei Projekt- und Programmabläufen sind Abweichungen unvermeidbar. Im PrBer. 31.02 wurden die Leistungsziele eingehalten, Abweichungen ergeben sich aus nicht steuerbaren demographischen Gründen.</p>			

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Sen. Rosenkötter		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	102.437	101.388	1.049	1,0	102.973	102.973	102.438	-535	101.388
investive Einnahmen	3.785	2.771	1.014	36,6	3.785	3.785	3.785	0	2.771
relevante Verrech./Erstatt.	511	0	511	0,0	511	512	512	0	0
Gesamteinnahmen	106.733	104.159	2.574	2,5	107.269	107.270	106.735	-535	104.159
Personalausgaben	56.487	56.617	-130	-0,2	56.618	56.617	56.487	-130	49.394
konsumtive Ausgaben	814.661	806.887	7.774	1,0	816.215	816.217	814.659	-1.558	806.885
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6.675	5.863	812	13,9	6.832	6.833	6.675	-158	5.863
relevante Verrech./Erstatt.	167	167	0	0,1	167	167	167	0	167
Gesamtausgaben	877.991	869.534	8.457	1,0	879.833	879.834	877.988	-1.846	862.309
Saldo	-771.259	-765.375	-5.884	0,8	-772.564	-772.564	-771.253	1.311	-758.151

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	128	3.729	1.134	1.102	2.012	24	12.170
- investiv	0	100	104	24	472		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	14	22	223		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	5.275	-5.275	41.858	41.858	0	41.858	41.858	0
Personalverstärkung	0	111	-111	2.109	2.109	0	2.109	2.109	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	5.386	-5.386	43.967	43.967	0	43.967	43.967	0
Refinanzierte	0	109	-109	11.380	11.510	-130	11.380	11.510	-130
Nebentitel	0	-1.025	1.025	1.140	1.140	0	1.140	1.140	0
Insgesamt	0	4.470	-4.470	56.487	56.617	-130	56.487	56.617	-130
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	809	809	0	809	809	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	798,6	703,0	95,6	811,2	709,8	101,4	811,2	709,8	101,4
Personalverstärkung	47,4	44,7	2,7	47,1	44,7	2,4	47,1	44,7	2,4
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	846,0	747,7	98,3	858,3	754,5	103,8	858,3	754,5	103,8
Refinanzierte	267,5	-	-	268,3	-	-	268,3	-	-
Abwesende	60,6	-	-	64,6	-	-	64,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	16,4	22,5	16,0
Beschäftigte über 55 Jahre	29,3	17,5	28,4
Frauenquote	65,7	50,0	65,6
Teilzeitquote	33,5	35,0	33,2
Schwerbehindertenquote	7,7	6,0	7,4

Produktplan: 41 Jugend und Soziales	Controlling 01-13/2010 21.02.2011
Verantwortlich: Sen. Rosenkötter	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Jugend und Soziales werden die Hilfen und Leistungen für Menschen und Familien in den verschiedensten Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven dargestellt.

Der Produktplan nimmt insgesamt gesehen seine sich aus i. W. verschiedenen Sozialgesetzbüchern und politischen Beschlusslagen ergebenden Versorgungsaufträge, wie z. B. Kindertagesbetreuung und Gewährung von Hilfen zur Existenzsicherung und bei besonderen Lebenslagen für viele betroffenen Menschen sowie der Kindeswohl-Sicherung, wahr.

Dabei kommt u. a. den drei folgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Senatsbericht „Lebenslagen im Land Bremen 2009“ zeigt, dass im Land Bremen im Städte- und Ländervergleich eine hohe Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Der Senat hat auch daher die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Die Maßnahmen im Produktplan 41 dienen diesem Ziel, indem sie

- in Form von Transferleistungen eine menschenwürdige Existenz absichern helfen,
- durch die Finanzierung von Einrichtungen, Diensten, Maßnahmen und Beratungsangeboten die soziale Sicherung, Versorgung, Integration und Teilhabe verbessern und
- durch präventive Maßnahmen sowie der Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement den sozialen Zusammenhalt stärken.

Die in diesem Zusammenhang maßgeblichen Sozialleistungen mussten 2010 deutlich verstärkt werden. Die dafür im Nachtragshaushalt 2010 vorgegebenen Anschläge konnten eingehalten werden.

Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebotes

Sachstand/Analyse/Bewertung

In Bezug auf die Plätze für Kindergartenkinder (3-6jährige, d. h. Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz) übersteigt die Nachfrage in einigen Stadtteilen derzeit die Planzahlen. Die Schaffung von zusätzlichen Plätzen ist deshalb notwendig und wird umgesetzt.

Um ein der Nachfrage nach Plätzen für Kinder unter 3 Jahren entsprechendes Angebot bis 2013 vorhalten zu können läuft ein Ausbauprogramm mit jährlichen Ausbaustufen.

In 2010 entstand ein finanzieller Mehrbedarf i. W. aufgrund erhöhter Nachfrage 3-6jähriger Kinder sowie erhöhten Personalaufwendungen (Tarifeffekte). Die Mehrbedarfe wurden im Vollzug 2010 sowie im Nachtragshaushalt 2010 durch den Senat mit Finanzmitteln hinterlegt, sodass die Tagesbetreuungsangeboten im gewollten Rahmen aufrechterhalten werden konnten.

Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder

Sachstand/Analyse/Bewertung

Finanziert aus Mitteln, die vom Senat für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt wurden, wird ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt in der Sprachförderung von Kindern, bei denen ein entsprechender Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Darüber hinaus werden modellhaft Projekte, Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen durchgeführt und Instrumente für die pädagogische Arbeit entwickelt (z. B. Handbuch zum Übergang Kita – Schule, individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation, Handbuch Sprachförderung u. a.). 2010 verlief planmäßig. Es ist im Übrigen beabsichtigt, mit den Trägern im Hinblick auf das pädagogische Angebot und die Umsetzung des Rahmenplans für Bildung und Erziehung eine Vereinbarung zur Qualitätsentwicklung abzuschließen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Jugend					
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	13.595	13.586	9	0%	13.586
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	2.010	2.583	-573	-22%	2.583
Soziales					
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.448	1.464	-16	-1%	1.464
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	328	356	-28	-8%	356
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.623	1.645	-22	-1%	1.645
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	570	597	-27	-5%	597
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Land)	2.913	2.950	-37	-1%	2.950
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.758	2.775	-17	-1%	2.775
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.490	1.635	-145	-9%	1.635
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	730	800	-70	-9%	800
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	9.903	9.849	54	1%	9.849
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	39.402	41.402	-2.000	-5%	41.402
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	195	188	7	4%	188
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.679	1.736	-57	-3%	1.736

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung/Anmerkung zu den Leistungskennzahlen

Die auf Basis der Hochschätzung Juni 2010 festgestellten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben wurden durch Senatsbeschluss vom 07.09.2010 in den Nachtragshaushalt 2010 eingeflossen. Die maßgeblichen Kennzahlen sind entsprechend angepasst worden.

Jugend

Die Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahre wurden abweichend von der Begriffsdefinition zur Versorgungsquote bei den Ist-Werten ohne Spielkreise angegeben, da dies dem Bericht an die Bürgerschaft für den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder 0 bis 3 Jahren (TAG) entspricht. In den Planwerten sind die Spielkreise noch erfasst worden. Die Anzahl der Plätze inklusive Spielkreise beträgt 2.583. Dieses entspricht einer Versorgungsquote von 19,02%.

Soziales

Im Berichtszeitraum sind im Bereich Soziales Zu- und Abnahmen meistens im Bereich der üblichen Schwankungsbreiten zu verzeichnen. Auf die Leistungsdaten wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. In manchen Fällen sind Brüche durch die Umstellung von Zählweisen (manuell/automatisiert) festzustellen.

Weitergehende Erläuterungen zu den Sozialleistungen insgesamt sowie zu Steuerungsvorhaben ergeben sich aus dem den Fachdeputationen vorzulegenden Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen Dezember 2010 (13. Monat).

Produktplan: 41 Jugend und Soziales	Controlling 13/10 07.02.2011
Verantwortlich: Sen. Rosenkötter	Version: 92 Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Finanzdaten:</p> <p>Die Finanzdaten des PPL 41 werden i.W. durch die Einnahmen und Ausgaben der sog. Sozialleistungen bestimmt. Die Ausgaben der Sozialleistungen allgemein sind in den meisten Fällen gesetzlich/faktisch dem Grunde/der Höhe nach festgelegt. Die Einnahmen sind i.W. Bundesbeteiligungen oder Erstattungen von Dritten. Die Sozialleistungen wurden im Nachtragshaushalt 2010 maßgeblich verstärkt. Im Bereich außerhalb der Sozialleistungen sind neben verschiedenen Zuwendungen die Ausgaben der Kindertagesbetreuung das bestimmende Element. Auch hier wurde im Nachtragshaushalt bzw. im Vollzug 2010 eine Verstärkung vorgenommen.</p> <p>Sozialleistungen:</p> <p>Einnahmen</p> <p>Das vorläufige Jahresergebnis der Einnahmen liegt rd. 0,34 Mio. Euro unterhalb der Schätzung (bzw. des Nachtragshaushaltes als relevanter Vergleichsgröße). Die Schätzung hat sich damit insgesamt als valide erwiesen. Die in den letzten Monaten des Jahres eingeschätzte leichte Abflachung der Einnahmen (Einnahmerückgang von bis zu 1% des Einnahmenvolumens) ist nur vermindert eingetreten, da insbesondere Ende Dezember noch weitere Erstattungen von Dritten kassenwirksam geworden sind. 2009 war dieser Effekt in umgekehrter Wirksamkeit aufgetreten.</p> <p>Die Mindereinnahmen ggü. Anschlag entstehen i.W. in den Bundeseinnahmen KdU, da dort aufgrund der nicht so stark gestiegenen Ausgaben nur entsprechend geringere Bundesbeteiligungen eingefordert werden konnten.</p> <p>Im 13. Monat 2010 sind bei den Einnahmen noch haushaltsneutrale Korrekturbuchungen vorgenommen worden. Die Mindereinnahmen ggü. Anschlag werden im Jahresabschluss durch Ausgabereste aufgefangen.</p> <p>Ausgaben</p> <p>Das vorläufige Jahresergebnis der Ausgaben liegt rd. 1,3 Mio. Euro unterhalb der Schätzung (bzw. des Nachtragshaushaltes als relevanter Vergleichsgröße). Die Schätzung hat sich damit insgesamt als valide erwiesen. Günstig erwies sich ggü. der Schätzung aus der ersten Jahreshälfte 2010 die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (auch im Rechtskreis SGB II) sowie der Wirtschaftslage. Beides entwickelte sich in so hohem Maße günstig, dass die Ausgaben bei den KdU nicht die eingeschätzten Maximalwerte erreicht haben. Das in den letzten Monaten eingeschätzte Absacken der Ausgaben um bis zu 1% des Volumens ist nur bedingt eingetreten, da in anderen Hilfearten leichte Mehrausgaben aufgefangen werden mussten und konnten. In allen großen Hilfearten konnten die Schätzungen bei nur geringer Abweichung nahezu eingehalten werden.</p> <p>Die o.g. Mindereinnahmen werden ausgeglichen, ebenso der Verlustvortrag aus 2009 (0,22 Mio. Euro). Die verbleibenden Mittel von rd. 0,68 Mio. Euro wird im Jahresabschluss gegen den bestehenden sonstigen Verlustvortrag gerechnet werden können. Somit werden die Sozialleistungen 2010 ausgeglichen und im Rahmen der Vorgaben abgeschlossen.</p> <p>Weitergehende Erläuterungen ergeben sich aus dem den Fachdeputationen und dem Senat vorzulegenden Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen Dezember 2010 (13. Monat).</p> <p>Von den Abweichungen in der Jahresplanung entfallen rd. 0,5 Mio. Euro (Einnahmen) und rd. 1,4 Mio. Euro (Ausgaben) auf die Sozialleistungen.</p> <p>Außerhalb Sozialleistungen:</p> <p>Konsumtive Ausgaben:</p> <p>Der Planwert wird im Berichtszeitraum um rd. 9,1 Mio. Euro überschritten. Wesentliche Gründe: Verausgabung nicht veranschlagter Miet- und Pachtzahlungen an das Sondervermögen Immobilien und Technik (Umstellung von Verrechnungs- auf Echtmieten) sowie überplanmäßige Ausgaben im Bereich der Tagesbetreuung.</p> <p>Aufgrund einer erhöhten Nachfrage nach Leistungen der Kindertagesbetreuung sowie tarifvertraglich festgelegter Personalkostensteigerungen bei KiTa Bremen wurden konsumtive Mehrausgaben über die bisherigen Erwartungen, d.h. den Anschlag, hinaus i. H. v. ca. 4,9 Mio. Euro erwartet.</p> <p>Der Senat hatte in seiner Sitzung am 07.09.2010 beschlossen, dass die Deckung von Personalkostenzuschüssen (u.a. Tarifeffekte) tlw. aus den im Rahmen des Nachtragshaushaltes II 2009 für das Jahr 2010 fortgeschriebenen und zentral bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten Mitteln darzustellen sind (2,44 Mio. Euro). Die Mehrausgaben in Höhe von 0,75 Mio. Euro aufgrund der geänderten Erzieher/-innen- Entgeltstruktur bei KiTa-Bremen wurden im Nachtragshaushalt 2010 berücksichtigt. Die restliche Finanzierung (1,71 Mio. Euro) wurde im Wege einer Umlage und eines zusätzlichen Ressortanteils dargestellt.</p>	

Produktplan: 41 Jugend und Soziales	Controlling 13/10 07.02.2011
Verantwortlich: Sen. Rosenkötter	Version: 92 Seite 3
<p>Damit konnte der Mehrbedarf dargestellt werden.</p> <p>Das Ressort hat die - infolge der Zentralisierung der Wettmitteleinnahmen veranschlagten - globalen Minderausgaben i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro im Ressort im IV. Quartal aufgelöst. In diesem Zusammenhang wurden auch die vorgenannten Anteile an der Umlage sowie der Eigenanteil dargestellt. Damit wurden die Minderausgaben und Umlageanteile im PPL vollständig erbracht.</p> <p>Der übrige Haushalt im Produktplan 41 gestaltet sich ausgeglichen.</p> <p>Investive Einnahmen:</p> <p>In Berichtszeitraum wurde der Planwert um rd. 1,0 Mio. Euro überschritten. Ursachen: i. W. Bundesmittel KiFöG</p> <p>Personaldaten:</p> <p>Im Jahre 2010 wurde das Personalbudget insgesamt um 4,6 Mio. Euro überschritten. Dieses Defizit wurde aus Globalmitteln ausgeglichen.</p> <p>Bei dem im 13. Monat 2010 ausgewiesenen Überschuss von 0,13 Mio. Euro handelt es sich um zweckgebundene Mittel, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden sollen.</p> <p>Mit der Senatorin für Finanzen wurde eine Lösungsstrategie vereinbart, die vorsieht, durch den Einsatz geeigneter Instrumente Fluktuationsgewinne konsequent zu realisieren und so Budget und Zielzahlen im Jahre 2011 einzuhalten.</p> <p>Primärausgabenbetrachtung:</p> <p>Unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Mittelverlagerungen in Höhe von 5,3 Mio. Euro (1,4 Mio. Euro Bereitstellung Tarifmittel; 0,6 Mio. Euro IT-Ausgaben Verteilung Personal und 3,3 Mio. Euro Echtmieten) werden die Primärausgaben zum Jahresende voraussichtlich um 10,4 Mio. Euro überschritten .</p> <p>Resultierend aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> + 5,1 Mio. Euro Personalausgaben + 4,9 Mio. Euro konsumtive Mehrausgaben Kindertagesbetreuung - 1,3 Mio. Euro Sozialleistungen + 0,7 Mio. Euro Investitionen Kindertagesbetreuung + 0,5 Mio. Euro Reste/Rücklagen/zusätzliche EVM + 0,5 Mio. Euro nachzubewilligenden Mitteln zu Lasten Mehreinnahmen <p>Zu Beginn des Haushaltsjahres wurde bereits eine ressortinterne Haushaltssperre erlassen.</p>	

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Rosenkötter	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	12.572	12.455	117	0,9	12.847	12.848	12.573	-275	12.456
investive Einnahmen	3	11	-8	-71,7	0	0	3	3	11
relevante Verrech./Erstatt.	99	46	53	116,1	99	99	99	0	46
Gesamteinnahmen	12.674	12.512	162	1,3	12.947	12.947	12.675	-272	12.513
Personalausgaben	23.343	23.386	-43	-0,2	23.387	23.387	23.343	-44	21.120
konsumtive Ausgaben	14.719	14.622	97	0,7	15.122	15.121	14.719	-402	14.623
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	34.852	27.932	6.920	24,8	34.908	34.907	34.851	-56	27.932
relevante Verrech./Erstatt.	10	15	-5	-33,9	13	13	10	-3	15
Gesamtausgaben	72.925	65.955	6.970	10,6	73.429	73.428	72.923	-505	63.689
Saldo	-60.250	-53.443	-6.807	12,7	-60.482	-60.481	-60.248	233	-51.177

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	1.129	659	340	2.207	274	0
- investiv	0	8.870	9.685	2.537	14.654		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	306	-306	17.766	17.766	0	17.766	17.766	0
Personalverstärkung	0	25	-25	370	387	-17	370	387	-17
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	331	-331	18.136	18.153	-17	18.136	18.153	-17
Refinanzierte	0	-441	441	3.117	3.143	-26	3.117	3.143	-26
Nebentitel	0	855	-855	2.090	2.090	0	2.090	2.090	0
Insgesamt	0	745	-745	23.343	23.386	-43	23.343	23.386	-43
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	116	116	0	116	116	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	307,6	302,7	4,9	309,1	305,2	3,9	309,1	305,2	3,9
Personalverstärkung	9,0	8,5	0,5	8,7	8,5	0,2	8,7	8,5	0,2
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	316,6	311,2	5,4	317,8	313,7	4,1	317,8	313,7	4,1
Refinanzierte	57,3	-	-	58,8	-	-	58,8	-	-
Abwesende	15,1	-	-	17,1	-	-	17,1	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,3	22,5	5,9
Beschäftigte über 55 Jahre	31,2	17,5	29,0
Frauenquote	60,8	50,0	60,0
Teilzeitquote	40,5	35,0	42,6
Schwerbehindertenquote	10,0	6,0	8,7

Produktplan: 51	Controlling 01-13/2010
Gesundheit	26.01.2011
Verantwortlich: Se. Rosenkötter	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Krankenhausversorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Krankenhäuser wurden die Möglichkeiten der ambulanten speziellen Versorgungsangebote nach § 116 b SGB V auf Antrag der kommunalen Kliniken intensiv geprüft und genehmigt. Damit haben die kommunalen Krankenhäuser die Möglichkeit eines neuen ambulanten Leistungsangebotes.

Zur Sicherstellung der stationären Versorgung hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales den Entwurf eines neuen Krankenhausgesetzes der Bremischen Bürgerschaft vorgelegt. Neben einer erhöhten Flexibilität für Krankenhäuser bei der Investitionsplanung stehen abgesicherte Patientenrechte und die Gewährleistung guter Qualität der Bremer Krankenhäuser durch verbindliche Regelungen im Vordergrund.

Gesundheitliches Kindeswohl

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Verbesserung des Kindeswohls hat der Senat auf Vorlage der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ein verändertes Obduktionsrecht bestätigt, mit dem insbesondere zum Geschwisterwohl ungeklärte Todesursachen von Kindern unter 6 Jahren aufgeklärt werden können.

Die Bremische Bürgerschaft berät im Januar 2011 über den vom Senat verabschiedeten Gesetzentwurf.

Psychiatrische Versorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Steuerungselemente im Bezug auf die psychiatrische Versorgung und den Maßregelvollzug wurden gemeinsam mit dem Gesundheitsamt und der Klinik für forensische Psychiatrie und Psychotherapie weiterentwickelt. So ist geplant, möglichst bald für den Bereich der Leistungen der Eingliederungshilfe für psychisch Kranke und Suchtkranke das bestehende Begutachtungsverfahren im Bereich der Stadtgemeinde Bremen neu zu verorten und zu zentralisieren, um so einheitliche Qualitätsstandards und Bewertungsgrundlagen zu schaffen.

Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einführung einer risikoorientierten Kontroll- und Überwachungstätigkeit im Bereich des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes wurde weiter vorangetrieben. Anfang 2011 ist die erste Veröffentlichung auf der Grundlage der risikoorientierten Überwachung für den Lebensmittelbereich im Internet erfolgt. In einem neuen Format konnte ein kurzgefasster Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzbericht inzwischen veröffentlicht werden.

Weiterhin soll die Transparenz des behördlichen Handelns, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale, verbessert werden.

Ebenso konnte über den Neubau einer Grenzkontrollstelle die sich positiv entwickelnde Einfuhr von Lebensmitteln über den Hafenstandort Bremerhaven rechtlich abgesichert werden.

Bremen hat sich in einem nationalen Ranking in Bezug auf seine Position im Verbraucherschutz insgesamt deutlich verbessert.

Gesundheitswirtschaft
Sachstand/Analyse/Bewertung

In der Gesundheitswirtschaft konnte eine neue Kooperation mit der Handelskammer und deren Gesundheitswirtschaftsinitiative erfolgreich initiiert werden.

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat der Deputation für Arbeit und Gesundheit ein Gutachten vorgelegt. Dies bestätigt das bisherige Engagement des Ressorts und weist neue Förderziele aus, denen gefolgt werden soll.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Kontrollen i.d. amtl.Lebensmittelüberwachung	8.249	7.500	749,00	10,0	7.500
Planbetten im Land Bremen gesamt	5.775	5.861	-86,00	-1,5	5.861

Eine unterjährige Ermittlung der Planbetten erfolgt nicht.

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Sen. Rosenkötter	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten:			
Der PPL 51 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 233 Tsd. Euro ab. Es handelt sich hier überwiegend um zweckgebundene Reste.			
Konsumtive Einnahmen: Es ergeben sich hier Mindereinnahmen in Höhe von 275 Tsd. Euro. Sie sind überwiegend beim LMTVet insbesondere wegen der rückläufigen Untersuchungen im Rahmen der BSE-Tests entstanden. Der Ausgleich erfolgt durch Minderausgaben.			
Konsumtive Ausgaben: Es ergeben sich hier Minderausgaben in Höhe von 402 Tsd. Euro. Es handelt sich hier teilweise um zweckgebundene Mittel (rd. 120 Tsd. Euro) für folgende Maßnahmen: Zentrale Stelle (Mamma Screening) beim Gesundheitsamt, ambulante Drogenhilfe, Gemeinschaftsaufgaben der Gemeinsamen Dt. Arbeitsschutzstrategie, Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit. Diese Mittel werden in 2011 benötigt.			
Die restlichen Minderausgaben werden zum Ausgleich der Mindereinnahmen herangezogen.			
Investitionen: Es ergeben sich hier geringe Minderausgaben von 56 Tsd. Euro, die teilweise zur Deckung noch bestehender Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Influenza-Pandemie in 2011 benötigt werden.			
Die Planwertüberschreitung i.H.v. 6.920 Tsd. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Verlagerung von 5.000 Tsd. Euro aus dem PPL 71 (Wirtschaft) für die Tilgungsrate des Projektes "Zentraler OP und zentralisierte Aufnahme im Klinikum Bremen-Mitte" entsprechend dem Senatsbeschluss vom 24.02.2009 sowie Ausgaben i.H.v. 1.754 Tsd. Euro im Zusammenhang mit der Influenza-Pandemie. Die Finanzierung erfolgte durch Mittelverlagerung vom PPL 93 (Zentrale Finanzen).			
Personaldaten: Im Jahre 2010 wurde das Personalbudget insgesamt um 702 Tsd. Euro überschritten. Nach Einsatz aller konsumtiven Eigenanteile des Senatorinnenbudgets verblieb ein Defizit von 430 Tsd. Euro, das aus Globalmitteln ausgeglichen wurde. Bei dem im 13. Monat 2010 ausgewiesenen Überschuss von 44 Tsd. Euro handelt es sich um zweckgebundene Mittel, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden sollen.			
Einhaltung der veranschlagten Primärausgaben: Die Primärausgaben wurden um 9.239 Tsd. Euro überschritten. Dieses resultiert aus: 5.000 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPL 71 f. Tilgung Zentr.OP 1.754 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPL 93 f. Impfstoffe H1N1 188 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPL 96 IT-Personal 570 Tsd. Euro- Mittelverlagerung Personal (Tarifsteigerung) 601 Tsd. Euro- Mittelverlagerung Eichtmieten 25 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPL 24 27 Tsd. Euro- Mittelverlagerung Wetttmittel v. PPL 93 13 Tsd. Euro- Mittelverlagerung Immobilien Bremen (Innenreinigung) 144 Tsd. Euro- Mittelverlagerung Personal (Tarifsteigerung) 150 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPL 41 (Drogenhilfe) 25 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPI 41 (Innenreinigung) 430 Tsd. Euro- Mittelverlagerung v. PPI 92 (Personalausgleich) 154 Tsd. Euro- Rücklagenentnahme zum Ausgleich globaler Minderausgaben 158 Tsd. Euro- nichtveranschlagte Einnahmeverfügungsmittel.			

Produktplan: Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	68	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senator Dr. Loske		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	31.416	30.974	442	1,4	32.269	32.271	31.416	-855	30.972
investive Einnahmen	39.709	33.841	5.868	17,3	39.709	39.708	39.708	0	33.841
relevante Verrech./Erstatt.	3.190	3.068	122	4,0	3.190	3.191	3.191	0	3.068
Gesamteinnahmen	74.316	67.883	6.433	9,5	75.169	75.170	74.315	-855	67.881
Personalausgaben	43.620	43.942	-322	-0,7	43.943	43.943	43.621	-322	41.288
konsumtive Ausgaben	125.204	115.378	9.826	8,5	128.105	128.108	125.204	-2.904	155.737
Zinsausgaben	1.263	1.367	-104	-7,6	1.326	1.326	1.263	-63	1.367
Tilgungsausgaben	5.032	4.991	41	0,8	5.032	5.032	5.032	0	4.991
investive Ausgaben	100.765	96.756	4.009	4,1	110.437	110.436	100.765	-9.671	110.539
relevante Verrech./Erstatt.	60.113	56.656	3.457	6,1	60.457	60.458	60.113	-345	26
Gesamtausgaben	335.996	319.090	16.906	5,3	349.299	349.303	335.998	-13.305	313.948
Saldo	-261.680	-251.207	-10.473	4,2	-274.131	-274.133	-261.683	12.450	-246.067

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	29	14.105	12.286	11.959	205.140	401	5.597
- investiv	64.719	77.564	64.327	27.736	185.379		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	367	395	46	464		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-140	140	36.243	36.359	-116	36.243	36.359	-116
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-140	140	36.243	36.359	-116	36.243	36.359	-116
Refinanzierte	0	369	-369	6.671	6.812	-141	6.671	6.812	-141
Nebentitel	0	-24	24	705	771	-66	705	771	-66
Insgesamt	0	205	-205	43.619	43.942	-323	43.619	43.942	-323
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	569	569	0	569	569	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	651,0	651,6	-0,6	654,5	659,4	-4,9	654,5	659,4	-4,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	651,0	651,6	-0,6	654,5	659,4	-4,9	654,5	659,4	-4,9
Refinanzierte	133,0	-	-	136,4	-	-	136,4	-	-
Abwesende	36,8	-	-	35,9	-	-	35,9	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,4	22,5	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre	28,1	17,5	27,4
Frauenquote	44,7	50,0	44,7
Teilzeitquote	26,5	35,0	31,3
Schwerbehindertenquote	9,8	6,0	10,3

Produktplan: 68	Controlling 01-13/2010
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	31.01.2011
Verantwortlich: Senator Dr. Loske	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV (einschl. SPNV) im Schwerpunkt Einführung der Regio-S-Bahn und Linienverlängerungen der Straßenbahn:

Sachstand/Analyse/Bewertung

Herausragendes Ereignis im SPNV der Region war in 2010 die Einführung der Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen zum 12.12.2010 mit zum Teil gänzlich neuen Fahrplankonzepten. An diesem Tag wurden zunächst die Linien Bremen – Oldenburg – Bad Zwischenahn, Bremen – Nordenham sowie Bremerhaven – Bremen – Twistringen auf den neuen Betreiber NordWestBahn GmbH (NWB) umgestellt. Ein Jahr später folgt die Linie Verden – Bremen Hbf – Bremen-Farge. Die Unterzeichnung des Verkehrsvertrages am 3.2.2010 war ein wichtiger Meilenstein dieser Betriebsaufnahme.

Regio-S-Bahn-Linie 2 (Bremen – Bremerhaven sowie Bremen – Twistringen): Auf diesen beiden Teilstrecken gelangen ab Dezember 2010 zwar die neuen Regio-S-Bahn-Triebwagen zum Einsatz, jedoch im Wesentlichen noch mit den alten Fahrplänen.

Regio-S-Bahn-Linie 3 (Bremen – Oldenburg – Bad Zwischenahn): Die Fahrzeit gegenüber der heutigen Regionalbahn-Linie verkürzt sich zwischen Bremen und Oldenburg um 4 Minuten. Die große Mehrzahl der Fahrten wird über Oldenburg hinaus bis nach Bad Zwischenahn verlängert. Damit wird die Zahl der Direktfahrten von Bremen nach Bad Zwischenahn mehr als verdoppelt.

Regio-S-Bahn-Linie 4 (Bremen – Nordenham): Hier wird eine vormittägliche Bedienungslücke geschlossen, sowie erstmals am gesamten Wochenende der 1-Stunden-Takt eingeführt. Die Fahrzeit zwischen Bremen und Nordenham verkürzt sich um 5 Minuten (gemittelt Hin- und Rückrichtung).

Die künftige Regio-S-Bahn-Linie 1 (Bremen-Farge – Bremen Hbf – Verden) wird im Fahrplan 2011 noch durch die DB Regio AG bedient. Änderungen im Fahrplan gegenüber dem Status quo sind nicht vorgesehen.

In diesem Zusammenhang sollen auch die Bahnhöfe Vegesack, St. Magnus, Mahndorf, Baden, Etelsen und Langwedel umgebaut werden. Ziel ist die Fertigstellung der Maßnahme zur Inbetriebnahme der S 1 Ende 2011. In einem zweiten Schritt werden die Maßnahmen Föhrenstraße und Hemelingen-Süd realisiert

Verlängerung Linie 4; Verlängerung Linie 1 Mahndorf; Verlängerung Linie 1 Huchting gleichzeitig mit Linie 8 auf Bremer Gebiet:

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Straßenbahnlinie 1 von der Züricher Straße bis zum Bahnhof-Mahndorf ist im Bau. Die Inbetriebnahme der gesamten Strecke ist für Ende 2012 vorgesehen.

Bei der Linie 4 wurde mit vorbereitenden Baumaßnahmen begonnen. Der Baubeginn für die Hauptmaßnahme ist im Mai 2011 geplant.

Für die Linien 1 und 8 nach Huchting bzw. Weyhe wird zur Zeit das Planfeststellungsverfahren durchgeführt.

B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anzahl beförderter Personen im VBN (Stk.)	138.600.000	136.300.000	2.300.000	1,7	136.300.000
Empfänger Wohngeldzahlungen (Stk.)	8.443	9.220	-777	-8	9.220
Zu bearbeitende WiN-Anträge bewilligtes Volumen (€)	1.561.000	1.425.000	136.000	10	1.425.000
CO2-Reduktion durch energiepolitische Breitenförderprogramme (to)	113.716	96.000	17.716	18	96.000
Car-Sharing-Nutzer/innen pro 10.000 Einwohner im Land Bremen (Stk.)	90,00	74,75	15,25	20	74,75

Anzahl beförderter Personen im VBN:

Der Anstieg ist auf witterungsbedingt erhöhte Beförderungszahlen in den kalten Wintermonaten zurückzuführen.

CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderprogramme:

Der Mittelabfluss hat sich stärker entwickelt als geplant. Innerhalb von 19 Monaten könnten die Antragsteller den Förderbetrag beliebig abrufen. Die Prognose des Mittelabflusses kann daher nur auf Ist-Werten aus den Vorjahren basieren. Der Rhythmus Fertigstellung/Auszahlung ist nicht verlässlich planbar und bleibt auch unter Berücksichtigung aller Eventualitäten gewissen Schwankungen unterworfen.

Car-Sharing-Nutzer/innen / 10.000 Einw.:

Sehr erfreulich ist die Entwicklung im CarSharing, die sich aus gesteigerten Aktivitäten (Mobilpunkte) als auch einer insgesamt zunehmenden Reflektion der Autonutzung ergibt.

Produktplan: 68 Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senator Dr. Loske	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Konsumtive Einnahmen: In der Ist - Planabweichung von EUR 0,4 Mio. sind erhöhte Einnahmen durch zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel ausgewiesen. Die Abweichung zum Haushaltssoll EUR 0,85 Mio. enthält ausgleichende Mindereinnahmen von Baugebühren (PG 68.02.05), Parkuhreinnahmen sowie der Materialabgabe (PG 68.01.02).</p> <p>Investive Einnahmen: Für die investiven Einnahmen des PP 68 werden im Ist - Planwertvergleich EUR 5,9 Mio Mehreinnahmen ausgewiesen. Diese sind i.W. in den Produktgruppen 68.02.06 (Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen) und 68.03.03 (Natur / Wasser) entstanden und betreffen erhöhte Bundesmitteleinnahmen für den Stadtumbau West (Bremerhaven) sowie den Generalplan Küstenschutz. Die Mittel fließen den entsprechenden Ausgaben zu.</p> <p>Personalausgaben: Die Personalausgaben werden zum Jahresende um rd. EUR 0,32 Mio. unterschritten. Die Unterschreitung betrifft insbesondere die Produktgruppen 68.01.02 und 68.90.01, weil sich einige Stellenbesetzungen noch im Verfahren befinden. Zudem sind im 4. Quartal zusätzliche Tarifausgleiche von der Senatorin für Finanzen verteilt worden.</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Im Ist - Planwertvergleich werden konsumtive Mehrausgaben i.H. v. EUR 9,8 Mio. ausgewiesen. Die Mehrausgaben setzen sich u.a. wie folgt zusammen: Wohngeld (EUR 1,1 Mio.), WiN investiv veranschlagt aber konsumtiv verausgabt (EUR 1,7 Mio.), nachhaltige umweltfreundliche Mobilität sowie Bingo Lotterie und angewandte Umweltforschung (EUR 1,1 Mio.), Mehrbedarfe Umweltbetrieb Bremen (EUR 1,3 Mio.), Botanika (EUR 3 Mio.). Die Mehrausgaben sind durch Drittmittel, Nachbewilligungen, Reste oder Rücklagen gedeckt.</p> <p>Im Vergleich zum Haushaltssoll entstehen im Jahresergebnis Minderausgaben von EUR 2,9 Mio. Sie betreffen u.a. insbesondere Viking, Soziale Stadt, Umweltförderung und Sondermittel (BrAbwAG, BremWEGG)</p> <p>Investive Ausgaben: Die investiven Ausgaben überschreiten im Ist zum Jahresende den Planwert um EUR 4 Mio. Die Überschreitung ergibt sich hauptsächlich aus Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur für den, wie bereits prognostiziert, Generalplan Küstenschutz, denen entsprechend höhere Einnahmen gegenüber stehen. Weitere Überschreitungen ergeben sich aus der Verausgabung von Vorjahresresten in der Umweltförderung sowie durch Rücklagenentnahmen aus der Wasserentnahmegebühr.</p> <p>Im Vergleich zum Haushaltssoll wird das Jahresergebnis rd. EUR 9,7 Mio. niedriger ausgewiesen, was im folgenden näher erläutert wird.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In der Produktgruppe 68.01.02 (Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen) haben sich Maßnahmenverschiebungen i.H. v. EUR 0,67 Mio. (u.a. Lärmschutz A1, Bahnhöfe) ergeben. 2. Die Produktgruppe 68.02.05 (Stadtentwicklung/ -planung, Bauordnung) weist im Vergleich zum Haushaltssoll EUR 0,6 Mio. Minderausgaben aus, weil sich die Ausschreibung zur Auftragsvergabe für die Bereinigung von Kleingartengebieten verzögert hat. 3. In der Produktgruppe 68.02.06 (Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen) sind Minderausgaben i.H. v. EUR 3,2 Mio. entstanden. Im Bereich Stadtumbau / Städtebauförderung sind die Mittelabrufe nicht entsprechend der Prognosen zum Jahresbeginn erfolgt - Sanierungsgebiet Huckelriede, Hohentor und aktive Zentren - . Auch im Programmbereich Soziale Stadt ist der Mittelabfluss bei einigen Großprojekten, z.B. QBZ Gröpelingen, Spielhaus Schweizer Viertel, nicht so erfolgt wie prognostiziert. 4. Die investiven Ausgaben der Produktgruppe 68.03.01 (Umweltwirtschaft / Energie / Ressourcen) weist im Abgleich zwischen Ist und Haushaltssoll EUR 3,7 Mio. niedrigere Ausgaben aus. Die Minderausgaben entstehen dadurch, weil Vorjahresreste aufgrund weiterer Projektverzögerung nicht vollständig abfließen (Projekt CWMT, EFRE-Infrastrukturmaßnahmen, Programm REN, Programm PFAU, Umweltechnologie und Innovationsförderung). 5. In der Produktgruppe 68.03.03 (Natur / Wasser) sind EUR 1,3 Mio. nicht abgeflossen. Dies begründet sich durch das EFRE-Projekt "Lebensader Weser", weil die Flächenverfügbarkeit Werderland noch nicht hergestellt und die hochwassertechnische Sicherung noch nicht vorliegt. 		

Produktplan: 68 Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senator Dr. Loske	Version: 92	Seite 3
<p>Relevante Verrechnungen / Erstattungen: Die relevanten Verrechnungen / Erstattungen beinhalten Ausgaben an andere Kapitel, die insbesondere die Programme WiN und Soziale Stadt betreffen und investiv veranschlagt sind.</p> <p>Fazit: Im Ergebnis wird das Budget im Jahresergebnis um EUR 12,5 Mio. unterschritten. Die Minderausgaben liegen rd. EUR 4,2 Mio. unter dem Vorjahreswert.</p> <p>Primärausgaben: Die Primärausgaben werden zum Jahresende in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen um rd. EUR 3,5 Mio. überschritten.</p>		

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 13/10 07.02.2011		
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:		
				

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	6.512	4.429	2.083	47,0	8.060	8.060	6.512	-1.548	4.429
investive Einnahmen	37.951	25.244	12.707	50,3	28.244	28.244	37.951	9.707	25.244
relevante Verrech./Erstatt.	186	0	186	0,0	186	186	186	0	0
Gesamteinnahmen	44.650	29.673	14.977	50,5	36.491	36.490	44.649	8.159	29.673
Personalausgaben	6.799	6.869	-70	-1,0	6.869	6.868	6.817	-51	5.708
konsumtive Ausgaben	30.688	29.944	744	2,5	30.700	30.699	30.677	-22	29.943
Zinsausgaben	1.429	4.219	-2.790	-66,1	4.219	4.219	1.882	-2.337	4.219
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	75.824	98.139	-22.315	-22,7	109.270	109.270	75.370	-33.900	98.139
relevante Verrech./Erstatt.	7.513	46	7.467	16.231,8	7.853	7.853	7.513	-340	46
Gesamtausgaben	122.253	139.217	-16.964	-12,2	158.911	158.909	122.259	-36.650	138.055
Saldo	-77.603	-109.544	31.941	-29,2	-122.420	-122.419	-77.610	44.809	-108.382

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	4.839	7.987	11.226	5.625	8.618	1.374	1.935
- investiv	25.632	63.677	42.596	32.596	72.456		
- Zins-/Tilgungsausgaben	2.437	5.230	4.259	3.293	10.424		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	362	-362	5.384	5.384	0	5.384	5.384	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	362	-362	5.384	5.384	0	5.384	5.384	0
Refinanzierte	0	-128	128	1.367	1.437	-70	1.367	1.437	-70
Nebentitel	0	8	-8	48	48	0	48	48	0
Insgesamt	0	242	-242	6.799	6.869	-70	6.799	6.869	-70
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	31	31	0	31	31	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	95,9	86,1	9,8	91,2	87,4	3,8	91,2	87,4	3,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	95,9	86,1	9,8	91,2	87,4	3,8	91,2	87,4	3,8
Refinanzierte	25,3	-	-	24,1	-	-	24,1	-	-
Abwesende	7,7	-	-	9,7	-	-	9,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,9	22,5	6,4
Beschäftigte über 55 Jahre	25,3	17,5	22,9
Frauenquote	52,7	50,0	51,4
Teilzeitquote	31,5	35,0	32,9
Schwerbehindertenquote	5,8	6,0	5,2

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten			
Ist-Planwertabweichungen:			
Die für den Berichtsraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht).			
Bei den konsumtiven und investiven Einnahmen führen insbesondere Mehreinnahmen bei dem EU-Programm EFRE 2007-2013 zu einem höheren Ist.			
Die veranschlagten Zinsausgaben wurden nicht in voller Höhe benötigt.			
Die Abweichung bei den investiven Ausgaben ergibt sich, neben der Begrenzung der zulässigen Ausgaben auf die veranschlagten Primärausgaben, vor allem aus einem Minderbedarf bei den Tilgungsausgaben für Langfristdarlehen aus dem Bremer Kapitaldienstfonds.			
Die Verrechnungen beinhalten überwiegend an andere Ressorts weitergeleitete Mehreinnahmen des EU-Programms EFRE 2007-2013.			
Erläuterungen zum Bereich 'Jahresplanung 2010' (endgültiger Haushaltsabschluss)			
Konsumtive und investive Einnahmen:			
Neben den Einnahmen zum EU-Programm EFRE 2007-2013 für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts nach Vorgabe der EU zentral im Bereich 71.01 veranschlagt. Eventuell entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen werden in den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen der Jahresabschlüsse als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.			
Der Ausgleich der Mindereinnahmen erfolgt innerhalb der Programmlaufzeit.			
Bei den konsumtiven Einnahmen liegen die Ist-Beträge unter denen des HH-Solls, da insbesondere die im Bereich 71.01 veranschlagten EU-Einnahmen zum Programm EFRE 2007-2013 für das Ressort Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales nicht in voller Höhe eingegangen sind.			
Die investiven Mehreinnahmen bestehen aus EFRE-Einnahmen, die von der EFRE-Bescheinigungsbehörde verwaltet werden und den Ressorts noch nicht zugeordnet worden sind.			
Im Einzelnen sind folgende Mehr- bzw. Mindereinnahmen bei dem EU-Programm EFRE entstanden:			
Mindereinnahmen Bereich Wirtschaft: 4,2 Mio. Euro (inv.),			
Mehreinnahmen Ressort Bildung und Wissenschaft: 6,4 Mio. Euro (3,4 Mio. Euro kons., 3,0 Mio. Euro inv.),			
Mindereinnahmen Ressort Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales: 1,5 Mio. Euro (kons.),			
Mindereinnahmen Ressort Umwelt, Bau, Verkehr und Europa: 0,9 Mio. Euro (inv.),			
Mindereinnahmen EFRE-Mittel für Bremerhaven: 0,04 Mio. Euro (kons.),			
Mehreinnahmen EFRE-Mittel der Bescheinigungsbehörde: 15,2 Mio. Euro (inv.).			
Gesamtausgaben:			
Die Differenz zwischen dem Haushaltssoll und dem Ist beträgt 36,6 Mio. Euro (lediglich formalrechtliche Darstellung in SAP).			
In Höhe von 17 Mio. Euro ist dies auf die Begrenzung der zulässigen Ausgaben auf die veranschlagten Primärausgaben zurückzuführen (Reste aus Vorjahren werden lediglich formalrechtlich als Sollerhöhung gebucht, stehen jedoch nicht zusätzlich zu den veranschlagten Haushaltsmitteln als liquide Mittel zur Verfügung).			
In Höhe von 14 Mio. Euro ergibt sich die Abweichung zwischen Soll und Ist daraus, dass sich bei den Zins- und Tilgungsausgaben für Langfristdarlehen aus dem Bremer Kapitaldienstfonds (BKF) unter Berücksichtigung der aktuellen Zinsverpflichtungen und der Bestände auf den BKF-Konten ein Minderbedarf ergeben hat.			
Die restliche Abweichung von rd. 5 Mio. Euro ist insbesondere auf Verzögerungen in den Abläufen bei den über mehrere Jahre laufenden Projekten zurückzuführen.			
Leistungsdaten			
Hinsichtlich der Leistungskennzahlen wird auf die Darstellung im Produktbereich 71.01 hingewiesen.			
Die Kennzahlen für den Produktbereich entsprechen vollständig denjenigen für den Produktplan.			

Produktplan: Häfen	81	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	3.144	2.098	1.046	49,8	3.268	3.091	3.144	53	2.098
investive Einnahmen	10.737	10.737	0	0,0	10.737	10.737	10.737	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	13.881	12.835	1.046	8,2	14.005	13.828	13.881	53	12.835
Personalausgaben	7.618	7.999	-381	-4,8	7.999	7.887	7.619	-268	6.891
konsumtive Ausgaben	2.818	3.471	-653	-18,8	5.020	4.843	2.818	-2.025	3.471
Zinsausgaben	26.320	26.379	-59	-0,2	26.379	26.379	26.320	-59	26.379
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	57.276	57.477	-201	-0,4	61.788	61.787	57.276	-4.511	57.477
relevante Verrech./Erstatt.	97	19	78	411,2	97	97	97	0	19
Gesamtausgaben	94.129	95.345	-1.216	-1,3	101.283	100.993	94.130	-6.863	94.237
Saldo	-80.248	-82.510	2.262	-2,7	-87.278	-87.165	-80.249	6.916	-81.402

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	25	0	2.866	0
- investiv	72	18.133	28.394	26.022	593.835		
- Zins-/Tilgungsausgaben	79	10.690	22.278	21.861	233.395		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	214	-214	6.392	6.392	0	6.392	6.392	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	214	-214	6.392	6.392	0	6.392	6.392	0
Refinanzierte	0	-43	43	608	989	-381	608	989	-381
Nebentitel	0	40	-40	618	618	0	618	618	0
Insgesamt	0	211	-211	7.618	7.999	-381	7.618	7.999	-381
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	171	171	0	171	171	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	115,3	116,0	-0,7	118,1	117,5	0,6	118,1	117,5	0,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	115,3	116,0	-0,7	118,1	117,5	0,6	118,1	117,5	0,6
Refinanzierte	10,5	-	-	11,0	-	-	11,0	-	-
Abwesende	5,0	-	-	4,7	-	-	4,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,1	22,5	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre	28,3	17,5	25,4
Frauenquote	21,7	50,0	21,8
Teilzeitquote	12,3	35,0	13,4
Schwerbehindertenquote	11,0	6,0	10,6

Produktplan: Häfen	81	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Kamerale Finanzdaten</p> <p>Ist-Planwertabweichungen:</p> <p>Die für den Berichtsraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht).</p> <p>Bei den konsumtiven Einnahmen ergeben sich die Mehreinnahmen insbesondere bei den Deichbeiträgen für den Deichschutz in Bremerhaven.</p> <p>Die konsumtiven Minderausgaben bestehen vor allem aus nicht verbrauchten Mitteln für Deichschutzmaßnahmen in Bremerhaven.</p> <p>Erläuterungen zum Bereich 'Jahresplanung 2010' (endgültiger Haushaltsabschluss)</p> <p>Gesamtbetrachtung der konsumtiven Ausgaben, Zinsausgaben und investiven Ausgaben:</p> <p>Die Differenz zwischen dem Haushaltssoll und dem Ist beträgt 6,6 Mio. Euro (lediglich formalrechtliche Darstellung in SAP).</p> <p>In Höhe von 5,3 Mio. Euro ist dies auf die Begrenzung der zulässigen Ausgaben auf die veranschlagten Primärausgaben zurückzuführen (Reste aus Vorjahren werden lediglich formalrechtlich als Sollerhöhung gebucht, stehen jedoch nicht zusätzlich zu den veranschlagten Haushaltsmitteln als liquide Mittel zu Verfügung).</p> <p>Die restliche Abweichung in Höhe von 1,3 Mio. Euro resultiert insbesondere daher, dass Mittel für den Deichschutz in Bremerhaven nicht verbraucht wurden. Diese sollen der Sonderrücklage 'Deichschutz Bremerhaven' zugeführt werden.</p> <p>Leistungsdaten</p> <p>Hinsichtlich der Leistungskennzahlen wird auf die Darstellung im Produktbereich 81.01 hingewiesen. Die Kennzahlen für den Produktbereich entsprechen vollständig denjenigen für den Produktplan.</p>			

Produktplan: Finanzen / Personal	91	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Senatorin Linnert	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	15.885	10.029	5.856	58,4	15.758	15.758	15.884	126	10.028
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	8	0	8	0,0	8	8	8	0	0
Gesamteinnahmen	15.893	10.029	5.864	58,5	15.766	15.766	15.892	126	10.028
Personalausgaben	79.143	80.884	-1.741	-2,2	80.885	80.885	79.148	-1.737	75.671
konsumtive Ausgaben	20.987	13.733	7.254	52,8	21.319	21.319	20.988	-331	13.731
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.020	534	1.486	278,2	2.146	2.146	2.020	-126	534
relevante Verrech./Erstatt.	103	15	88	583,3	111	112	103	-9	15
Gesamtausgaben	102.253	95.166	7.087	7,5	104.461	104.462	102.259	-2.203	89.950
Saldo	-86.360	-85.137	-1.223	1,4	-88.694	-88.696	-86.367	2.329	-79.922

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	388	0
- investiv	0	83	83	83	747		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	631	-631	62.623	62.695	-72	62.623	62.695	-72
Personalverstärkung	0	-32	32	412	412	0	412	412	0
Ausbildung	0	-763	763	7.022	7.699	-677	7.022	7.699	-677
Zwischensumme	0	-164	164	70.057	70.806	-749	70.057	70.806	-749
Refinanzierte	0	-198	198	6.031	6.749	-718	6.031	6.749	-718
Nebentitel	0	94	-94	3.056	3.329	-273	3.056	3.329	-273
Insgesamt	0	-268	268	79.144	80.884	-1.740	79.144	80.884	-1.740
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	2.390	2.390	0	2.390	2.390	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.425,9	1.400,9	25,0	1.432,8	1.410,7	22,1	1.432,8	1.410,7	22,1
Personalverstärkung	10,0	12,0	-2,0	11,8	12,0	-0,2	11,8	12,0	-0,2
Ausbildung	579,6	724,9	-145,3	497,9	561,0	-63,1	497,9	561,0	-63,1
Zusammen	2.015,5	2.137,8	-122,3	1.942,5	1.983,7	-41,2	1.942,5	1.983,7	-41,2
Refinanzierte	118,9	-	-	121,9	-	-	121,9	-	-
Abwesende	90,3	-	-	90,2	-	-	90,2	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,9	22,5	11,0
Beschäftigte über 55 Jahre	28,5	17,5	26,9
Frauenquote	54,0	50,0	53,4
Teilzeitquote	31,2	35,0	32,7
Schwerbehindertenquote	13,9	6,0	9,6

Produktplan: 91	Controlling 01-13/2010
Finanzen / Personal	
Verantwortlich: Frau Senatorin Linnert	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Umstellung der Kameralistik auf das kaufmännische Rechnungswesen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im ersten Schritt erfolgte die Erstellung der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen auf den 1. Januar 2010, die Ende 2010 dem bremischen Senat und anschließend dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt wurde. Damit ist Bremen das dritte Bundesland, das eine Vermögensrechnung nach doppischen Grundsätzen vorgelegt hat. Derzeit werden die notwendigen Organisationsstrukturen aufgebaut, um zukünftig doppische Jahresabschlüsse mit Erfolgsrechnungen ergänzend zu den kameralen Haushaltsrechnungen vorlegen zu können.

Sicherstellung der Personalhaushalte

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung der Personalhaushalte wird über das Produktbereichscontrolling sichergestellt. Dabei werden die Ressorts auf Risiken hingewiesen und ggf. Maßnahmen eingeleitet.

Neuordnung der Aufgaben im Bereich der Aus- und Fortbildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Umsetzung des Senatsauftrags zur Integration der Aus- und Fortbildung des Amtes für Soziale Dienste und des Bereichs der Ausbildung in die senatorische Behörde wird zur Zeit sondiert. Erste Gespräche hinsichtlich der Integration der Fortbildung werden Anfang 2011 stattfinden, da zunächst die Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung nach der Gründung des Jobcenters Bremen abgewartet werden sollte.

Die ebenfalls angedachte Integration der Ausbildung wird zur Zeit nicht weiter verfolgt, da sich bei den spezifischen Ausbildungsberufen des Amtes für Soziale Dienste (z.B. Erzieherinnen und Erzieher) in naher Zukunft grundlegende Veränderungen ergeben, die eine Integration nicht sinnvoll erscheinen lassen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST (Tsd. EUR)	Planwert (Tsd. EUR)	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert (Tsd. EUR)
			abs. (Tsd. EUR)	%	
Geplanter Primärsaldo [Tsd. €]	-462.092	-392.784	-69.308	17,6%	-392.784
Finanzierungssaldo [Tsd. €]	-1.067.836	-1.043.858	-23.978	2,3%	-1.043.858
Geplante Primärausgaben [Tsd. €]	3.618.376	3.516.162	102.214	2,9%	3.516.162
Brem. Gesellschaften mit Entsprechens-Erklärung [%]			0		100
Anzahl Gender-Pilotprojekte [St]			0		15
Steuerklärungs-Eingang Est-Vorjahr [%]	77,9%	79,0%	-1	-1,4%	79
Veranlagungsstand Est-Vorjahr [%]	70,3%	71,0%	-1	-1,0%	71
			0		
			0		
			0		
			0		
			0		

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Produktplan: 91 Finanzen / Personal	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Senatorin Linnert	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten Die Steigerung der konsumtiven Einnahmen (rd. 5,9 Mio Euro) gegenüber dem Haushaltsanschlag ist fast ausschließlich auf zweckgebundene Einnahmen zurückzuführen, die als Einnahmeverfügungsmittel der Deckung entsprechender Ausgaben dienen. Der zusätzliche Mittelbedarf bei den konsumtiven Sachausgaben konnte durch Einnahmeverfügungsmittel und Mittelumschichtungen innerhalb des PPL 91 gedeckt werden. Die verbliebenen Reste bei den konsumtiven und investiven Sachausgaben sollen zur finanziellen Absicherung begonnener Maßnahmen verwendet werden.</p> <p>3.2 Personaldaten Die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) wird um 22,1 Vollzeitkräfte (VK) überschritten. Dabei ist aber eine Unterschreitung von 25,4 VK im zentral verwalteten Beschäftigungspool (Produktgruppe 91.03.02) berücksichtigt worden, so dass eine Überschreitung von insgesamt 47,5 VK gegeben ist. Der Überhang soll durch geeignete Maßnahmen so schnell wie möglich abgebaut werden. Der Mehrbedarf bei den Personalausgabemitteln konnte innerhalb des PPL 91 gedeckt werden.</p> <p>3.3 Primärausgaben Die veranschlagten Primärausgaben werden um rd. 12,2 Mio Euro überschritten. Schwerpunkte bilden: Personalausgaben (Tarifsteigerungen) 3,1 Mio Euro, Echtsmieten 2,9 Mio Euro, Performa Nord (Gebäudesanierung) 1,3 Mio Euro sowie Einnahmeverfügungsmittel 4,7 Mio Euro.</p> <p>3.4 Leistungsdaten Die Leistungsziele in den Produktbereichen wurden weitestgehend erreicht.</p> <p>Zu den Kennzahlen "Primärsaldo, Finanzierungssaldo und Primärausgaben": Bei allen drei Kennzahlen ist zu beachten, dass das Konjunkturprogramm II enthalten ist. Aufgrund der vollständigen Veranschlagung dieses Programms im Haushaltsjahr 2009 wurden keine Folgeanschläge im Haushaltsjahr 2010 gebildet. Im Konjunkturprogramm II wurden Einnahmen vom Bund in Höhe von 55,841 Mio. EUR erzielt und Ausgaben in Höhe von 78,733 Mio. EUR getätigt. Dies führt zwangsläufig zur Primärausgabenabweichung ggü. den Anschlägen in Höhe von 78,7 Mio. EUR sowie zu einer Abweichung im Primär- und Finanzierungssaldo in Höhe von 22,9 Mio. EUR. Nach Bereinigung der Konjunkturprogramm II - Effekte verbleibt eine Verschlechterung des Primärsaldos von rd. 10,4 Mio. EUR und bei den bei den Primärausgaben in Höhe von 23,5 Mio. EUR. Die Mehrausgaben wurden durch Mehreinnahmen bzw. Zinsminderausgaben kompensiert, so dass die Abweichung im Finanzierungssaldo lediglich rd. 1,1 Mio. EUR beträgt.</p> <p>Der aufgrund personeller Probleme entstandene Veranlagungsrückstand bei der Einkommensteuer (Vorjahr) konnte in den letzten Monaten abgebaut werden. Der Veranlagungsstand hat nunmehr das gesetzte Ziel erreicht.</p>		

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	106.746	105.835	911	0,9	106.905	106.905	106.746	-159	105.835
investive Einnahmen	65	0	65	0,0	0	0	65	65	0
relevante Verrech./Erstatt.	56.883	56.709	174	0,3	56.883	56.883	56.883	0	80
Gesamteinnahmen	163.694	162.544	1.150	0,7	163.788	163.788	163.694	-94	105.915
Personalausgaben	373.552	378.590	-5.038	-1,3	378.590	378.590	373.552	-5.038	412.036
konsumtive Ausgaben	51.158	132.369	-81.211	-61,4	55.514	55.514	51.157	-4.357	90.645
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	15.731	15.281	450	2,9	21.214	21.214	15.731	-5.483	376
relevante Verrech./Erstatt.	3.068	3.068	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
Gesamtausgaben	443.509	529.308	-85.799	-16,2	458.385	458.386	443.508	-14.878	506.125
Saldo	-279.815	-366.764	86.949	-23,7	-294.597	-294.598	-279.814	14.784	-400.211

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	552	0
- investiv	13.549	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-7.439	7.439	373.552	378.590	-5.038	373.552	378.590	-5.038
Insgesamt	0	-7.439	7.439	373.552	378.590	-5.038	373.552	378.590	-5.038
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	21	2.557	-2.536	21	2.557	-2.536
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen	Controlling 01-13/2010
Verantwortlich: Lühr	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Umstellung bisheriger Verrechnungsmieten/-pachten auf Echtmieten/-pachten

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Umstellung bisheriger Verrechnungsmieten/-pachten auf budgetrelevante Echtmieten/-pachten ist zum 1.1.2010 erfolgt. Die Dezentralisierung (Umbewilligung) der im PPL 92 „Allgemeine Finanzen“ i.H.v. 63,902 Mio. € zentral veranschlagten Echtmieten/-pachten auf die einzelnen Ressorthaushalte wurde mit Zustimmung des Senats vom 08.06.2010 und der Haushalts- und Finanzausschüsse vom 11.06.2010 im Monat Juni 2010 systemtechnisch umgesetzt. Vom PPL 92 „Allgemeine Finanzen“ selbst werden keine Zahlungen für Echtmieten/-pachten an die Sondervermögen Immobilien und Technik geleistet, so dass hier keine Ist-Ausgaben angefallen sind.

Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (Anstalt für Versorgungsvorsorge)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge beträgt zum 31.12.2010 inkl. liquider Mittel rd. 242 Mio. €. Aus dem Haushalt 2010 sind zum 31.12.2010 rd. 38,2 Mio. € an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt worden. Davon rd. 30,6 Mio. € aus dem PPL 92. Die Zuführungen setzen sich zusammen aus Verbeamtungseffekten, der Versorgungsumlage von ausgegliederten Einrichtungen und den Versorgungszuschlägen auf refinanziertes Personal.

Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die beschlossenen Tarif- und Besoldungserhöhungen aus 2010 sind im Dezember in die Ressortbudgets dezentralisiert worden.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (T€)	36.685	36.570	115	0,3	36.570
Vom SVIT, Eigenkapitalverzinsung (T€)	32.085	33.114	-1.029	-3,1	33.114
Gewinne aus Beteiligungen (T€)	4.206	3.834	372	9,7	3.834
Versorgungsbezüge (OGrp. 43) -T€-	337.881	337.878	3	0,0	327.952
Beihilfen Versorgungsempfänger (Grp. 446) -T€-	29.799	29.796	3	0,0	28.885
Globale Mehrausgaben für (konsumtive) Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte) -T€-	0	12.641	-12.641	-100	12.641
An SVIT, (Echt-)Mieten + (Echt-)Pachten (T€)	0	63.902	-63.902	-100	63.902

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan:	92	Controlling 13/10													
Allgemeine Finanzen		07.02.2011													
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 2												
3. Analyse/Bewertung															
A) Einhaltung des Budgets 2010															
<p>Das Jahresergebnis 2010 weist für den Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. 14.784 Tsd. Euro aus. Diese rechnerische Haushaltsverbesserung setzt sich wie folgt zusammen:</p>															
<table> <tr> <td>Konsumtive Mindereinnahmen:</td> <td>- 159 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>Investive Mehreinnahmen:</td> <td>65 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>Personalminderausgaben:</td> <td>5.038 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>Konsumtive Minderausgaben:</td> <td>4.357 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>Investive Minderausgaben:</td> <td>5.483 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>zusammen:</td> <td>14.784 Tsd. Euro</td> </tr> </table>				Konsumtive Mindereinnahmen:	- 159 Tsd. Euro	Investive Mehreinnahmen:	65 Tsd. Euro	Personalminderausgaben:	5.038 Tsd. Euro	Konsumtive Minderausgaben:	4.357 Tsd. Euro	Investive Minderausgaben:	5.483 Tsd. Euro	zusammen:	14.784 Tsd. Euro
Konsumtive Mindereinnahmen:	- 159 Tsd. Euro														
Investive Mehreinnahmen:	65 Tsd. Euro														
Personalminderausgaben:	5.038 Tsd. Euro														
Konsumtive Minderausgaben:	4.357 Tsd. Euro														
Investive Minderausgaben:	5.483 Tsd. Euro														
zusammen:	14.784 Tsd. Euro														
<p>Tatsächlich beträgt die rechnerische Haushaltsverbesserung für den Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" sogar 15.234 Tsd. Euro, da zum haushaltsmäßigen Teil-Ausgleich der Mindereinnahmen bei der von den Sondervermögen Immobilien und Technik gezahlten Eigenkapitalverzinsung im Produktplan 22 "Kultur" ein für das Neue Museum Weserburg Bremen nicht benötigter Mietbetrag (0,450 Mio. Euro) gesperrt wurde.</p>															
<p>Wegen der zusätzlichen Bereitstellung von Mitteln für den Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" im Nachtragshaushalt 2010, die durch Absenkung konsumtiver Einnahmeanschlüsse erfolgt ist, müssen Ausgabereste bzw. rücklagefähige Beträge i.H.v. 9.274 Tsd. Euro gestrichen werden. Es verbleiben sodann noch folgende Ausgabereste bzw. rücklagefähige Beträge:</p>															
<table> <tr> <td>- Personalausgaben (Globale Mehrausgaben)</td> <td>1.500 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>- Personalausgaben (Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte und Richter)</td> <td>2.536 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>- Projektmittel IöR</td> <td>1.154 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>- Performa Dienstleistungsentgelte</td> <td>318 Tsd. Euro</td> </tr> <tr> <td>zusammen:</td> <td>5.508 Tsd. Euro</td> </tr> </table>				- Personalausgaben (Globale Mehrausgaben)	1.500 Tsd. Euro	- Personalausgaben (Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte und Richter)	2.536 Tsd. Euro	- Projektmittel IöR	1.154 Tsd. Euro	- Performa Dienstleistungsentgelte	318 Tsd. Euro	zusammen:	5.508 Tsd. Euro		
- Personalausgaben (Globale Mehrausgaben)	1.500 Tsd. Euro														
- Personalausgaben (Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte und Richter)	2.536 Tsd. Euro														
- Projektmittel IöR	1.154 Tsd. Euro														
- Performa Dienstleistungsentgelte	318 Tsd. Euro														
zusammen:	5.508 Tsd. Euro														
B) Einhaltung der Primärausgaben 2010															
<p>Im Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" sind Primärausgaben i.H.v. 503.057 Tsd. Euro veranschlagt; verausgabt wurden Primärausgaben i.H.v. 440.441 Tsd. Euro. Unter Berücksichtigung der mit der Dezentralisierung global veranschlagter Personalausgaben/Personalkostenzuschüsse und Echtmieten/-pachten zu Gunsten anderer Produktpläne einhergehenden Verlagerung entsprechender Primärausgabenliquidität sowie unter Berücksichtigung der vom Produktplan 68 "Umwelt, Bau, Verkehr und Europa" für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellten Primärausgabenliquidität hat der Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" die für ihn zulässigen Primärausgaben nicht überschritten.</p>															
C) Ist-Planwert-Abweichungen und Planwert-Änderungen															
<p>Die Ist-Planwert-Abweichung bei den konsumtiven Ausgaben (-81.211 Tsd. Euro) beruht hauptsächlich darauf, dass die im Haushaltsvollzug dezentralisierten Echtmieten/-pachten (63,902 Mio. Euro) sowie die Tarifmittel für bremische Betriebe und Sonderhaushalte (12,641 Mio. Euro) ausschließlich als Planwert im Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" berücksichtigt wurden.</p>															
<p>Die auf der Seite 1a im Vergleich zu den Anschlägen (Planwert 2010) genannten erhöhten Planwerte (Haushaltssoll) bei den Versorgungsbezügen (OGrp. 43) und den Beihilfen für Versorgungsempfänger (Grp. 446) resultieren aus Nachbewilligungen für Tarifeffekte und Ausgleiche für Versorgungsmehrausgaben aus den Globalen Mehrausgaben (ProdGrp 920203).</p>															
<p>Einzelheiten zu den kameralen Finanzdaten und zu den Leistungsdaten ergeben sich aus der Analyse/Bewertung zu den Produktbereichen 92.01 und 92.02.</p>															

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	88.903	80.995	7.908	9,8	85.033	85.033	88.903	3.870	80.994
investive Einnahmen	55.841	67.138	-11.297	-16,8	0	0	55.841	55.841	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	144.744	148.133	-3.389	-2,3	85.033	85.033	144.744	59.711	80.994
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	103.833	104.418	-585	-0,6	105.336	105.336	104.940	-396	104.418
Zinsausgaben	612.870	619.087	-6.217	-1,0	620.775	620.775	612.870	-7.905	619.087
Tilgungsausgaben	0	9	-9	-100,0	9	9	0	-9	9
investive Ausgaben	79.839	92.302	-12.463	-13,5	94.432	94.432	79.839	-14.593	2.785
relevante Verrech./Erstatt.	2.867	3.207	-340	-10,6	2.867	2.867	2.867	0	3.207
Gesamtausgaben	799.410	819.023	-19.613	-2,4	823.419	823.419	800.516	-22.903	729.506
Saldo	-654.666	-670.890	16.224	-2,4	-738.386	-738.386	-655.772	82.614	-648.511

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	70.663
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen Verantwortlich: Lühr	Controlling 01-13/2010 Seite 1a
--	------------------------------------

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Aufgrund der übergeordneten Aufgabenstellung des Produktplans erscheint die Definition von strategischen Leistungszielen derzeit nicht sinnvoll.					

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3. Analyse/Bewertung Allgemeine Vorbemerkungen.			
Konjunkturpaket II Die Mittel zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen sind in der dafür neu eingerichteten Produktgruppe 93.01.04 berücksichtigt. Aus diesen Mitteln werden Maßnahmen im Land Bremen und seinen beiden Gemeinden gefördert. Im Berichtszeitraum wurden investive Mittel in Höhe von 55,8 Mio. Euro eingenommen sowie 79,8 Mio. Euro investiv verausgabt. Die erzielten Einnahmen werden zur Reduzierung des Verlustvortrages herangezogen. Im Einzelnen wird auf die Quartalsberichte der Senatorin für Finanzen zum Konjunkturprogramm 2009 / 2010 verwiesen, die den Haushalts- und Finanzausschüssen regelmäßig vorgelegt werden.			
Im Folgenden wird ausschließlich über die PGR. 93.01.01 - 93.01.03 berichtet.			
Zum Zwecke der Sanierung des Betriebsgebäudes der Performa Nord werden veranschlagte Einnahmen i.H.v. 0,12 Mio. Euro aus Stammkapitalverzinsung nicht realisiert werden. Die daraus entstehende Einnahmever schlechterung wird durch Mehreinnahmen an anderer Stelle ausgeglichen. Aufgrund Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse(11.06.10, 05.11.10) waren im Jahr 2010 aus erzielten Einnahmen aus den Zweckabgaben staatlicher Glücksspiele rd. 1,38 Mio. Euro an andere Ressorts per Nachbewilligung abzuführen. Die sich daraus ergebende Einnahmever schlechterung wird durch Minderausgaben an anderer Stelle rechnerisch ausgeglichen.			
Konsumtive Einnahmen Im Saldo liegen die Einnahmen über dem Planwert. Im Landeshaushalt des PPL 93 sind jedoch Mindereinnahmen von insges. 5,4 Mio. Euro entstanden. Insbesondere die tatsächlich eingenommene Spielbankabgabe (-2,0 Mio. Euro) sowie die weiteren Leistungen (-2,2 Mio. Euro)liegen mit insgesamt 4,2 Mio. Euro hinter den Annahmen zurück. Das Ergebnis der Spielbank ist nach Vorlage der Bilanz 2009 schlechter ausgefallen als erwartet. Im Rahmen der bestehenden Konzessionsvereinbarungen musste daher die Spielbankabgabe herabgesetzt und erstattet werden. Bereits geleistete Tilgungen des BKF-Darlehens für 2009/2010 wurden zum Ausgleich des Verlustausgleichs 2009 rückgängig gemacht. Ferner ist zu berücksichtigen, dass aus den weiteren Leistungen jährlich 1,2 Mio. Euro für entstandene Personalkosten für die Spielbankaufsicht zugunsten des PPL 91 verlagert werden. Diese Verlagerung ist innerhalb des Budgets Finanzen neutral, wirkt sich jedoch negativ auf den PPL 93 aus. Vorgenannte Mindereinnahmen bei der Spielbankabgabe werden wg. des sachlichen Zusammenhangs i.H.v. 1,9 Mio. Euro aus inv. Minderausgaben an die Stiftung Wohnliche Stadt kompensiert, da die Stiftung den ihr zustehenden Mindestbetrag erhalten hat (s. VO zur Verteilung der Spielbankabgabe). Die darüber hinaus verbleibende Verschlechterung i.H.v. insgesamt 2,3 Mio. Euro wird rechnerisch über Zinsminderausgaben ausgeglichen. Weitere Mindereinnahmen bei Verwaltungskosten/Säumniszuschlägen i.H.v. 1 ,3 Mio. Euro werden ebenso über Zinsminderausgaben kompensiert. Durch Auflösung der im Landeshaushalt entstandenen Verschlechterung ergibt sich für den Stadthaushalt eine haushaltstechnisch zu betrachtende Einnahmeverbesserung i.H.v. 10,2 Mio. Euro, die auf der Zahlung eine entfalligen Darlehens im Zusammenhang mit einer Grundstücksübertragung für die HSB basiert. Im Saldo bedeutet dieser Vorgang, dass sich Ausgabe Land und Einnahme Stadt ausgleichen also faktisch keine Mehreinnahme vorliegt. Haushaltstechnisch betrachtet, wird lediglich die Einnahmeposition eckwertrelevant dargestellt. Die Ausgabeposition ist als nicht eckwertrelevante Position deklariert und wird daher bei der Darstellung der für das Controlling relevanten Daten nicht aufgeführt. Diese (Mehr-)Einnahme war jedoch aus vorgenannten technischen Gründen im PGR-Controlling bei Planwertbildung im vorr. Jahresergebnis 2010 zu berücksichtigen.			
Konsumtive und investive Ausgaben, Zinsausgaben Die nicht steuerbaren konsumtiven Ausgaben umfassen im wesentlichen die Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven gemäß Finanzzuweisungsgesetz. Die endgültige Abrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs wird im 14. Monat erfolgen. Danach hat die Stadt Bremerhaven Anspruch auf Ausgleichszahlungen i.H.v. rd. 0,6 Mio. Euro. Dadurch erhöht sich die Ist-Ausgabe im 14. Monat 2010 entsprechend.			
Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt.			
Verbleibende Minderausgaben bei Zuweisungen an die Stiftung "Wohnliche Stadt" für Investitionen von insges. 1,9 Mio. Euro werden zum Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Spielbankabgabe herangezogen (s. Erläuterung zu Einnahmen).			
Feuerschutzsteuer (aus inv. Ausg.und Verrechnungen PGR.93.01.01) Veranschlagte Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer i.H.v. 3,7 Mio. Euro, die an d. Sen. für Inneres und Sport und an Bremerhaven weiterzuleiten sind, wurden nicht erreicht. Zur Verfügung standen 2,4			

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 3
<p>Mio. Euro aus Einnahmen sowie 0,9 Mio. Euro freie Reste. Das erklärt die Planwertunterschreitung von rd. 0,34 Mio. Euro Verrechnung an SIS.</p> <p>Einhaltung der Primärausgaben Die Primärausgaben werden eingehalten.</p>			

Produktplan:	96	Controlling 13/10	
IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen		07.02.2011	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2010				Jahresplanung 2010			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	603	0	603	0,0	603	603	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	170	0	170	0,0	170	170	0	54
Gesamteinnahmen	773	0	773	0,0	773	773	0	54
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	22.800	26.270	-3.470	-13,2	24.985	24.985	-2.185	26.270
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	7.987	6.534	1.453	22,2	13.012	13.012	-5.025	6.534
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	30.787	32.804	-2.017	-6,2	37.996	37.997	-7.210	32.804
Saldo	-30.014	-32.804	2.790	-8,5	-37.224	-37.224	7.210	-32.750

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2010	2011	2012	2013	2014ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	1.160	120	0	0	0	0
- investiv	0	1.055	425	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	13. Monat 2010			kumuliert Januar - 13. Monat 2010			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Personalstruktur	Dez 2010	2010	2009
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 96 IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen	Controlling 01-13/2010
Verantwortlich: Herr Lühr	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Bündelung von IT Querschnittsaufgaben sowie Optimierung der IT- Organisation und -Prozesse durch eine stärkere Standardisierung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zentrale Beschaffung der Hard- und Software 2010 über den E-Katalog; Rechnungen für IT-Infrastruktur und E-Mail_AD werden zentral geprüft und abgerechnet. Pilotierung des Projektes Verwaltungs-PC in den Ressorts SUBVE und AFGJS

Übernahme gemeinsamer Lösungen mit anderen norddeutschen Ländern

Sachstand/Analyse/Bewertung

Intensivierte Zusammenarbeit mit den Norddeutschen Ländern hinsichtlich Standardisierung von Fachverfahren

Transparentes IT-Budget

Sachstand/Analyse/Bewertung

Flächendeckende Einführung einer Kostenträgerstruktur in 2010; Differenzierung der Ausgaben nach IT-Querschnitt, laufendem Betrieb und Projekten.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
IT-Kosten pro Arbeitsplatz (IT-Querschnittspauschale; in Euro)	1.380	1.380	0	0,0	1.380
Anteil zentral gemanagter PC-Arbeitsplätze (in %)	25%	32%	.	.	32%
Betreute PC-Arbeitsplätze pro IT-Mitarbeiter	80	126	-46	-36,5	126
Anteil des IT-Budgets für Projekte im Verhältnis zu den Ausgaben für den laufenden IT-Betrieb	33%	33%	.	.	33%

Produktplan: 96 IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen	Controlling 13/10 07.02.2011	
Verantwortlich: Lühr	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung <p>Im Produktplan 96 werden regelmäßig Einnahmen von Bediensteten zur privaten Internetnutzung und Verrechnungen/Erstattungen zwischen den Ressorts zur Bezahlung der Arbeitszeiterfassung vereinnahmt. Diese Mittel werden zur Deckung von Ausgaben in diesen Bereichen benötigt.</p> <p>Die Erbringung der konsumtiven Minderausgaben konnte in voller Höhe für den Produktplan 96 IT-Budget der FHB nachgewiesen werden. Eine haushaltsstellenscharfe Darstellung erfolgte im Rahmen der Terminsetzung im Dezember.</p> <p>Im Ergebnis des Jahres 2010 wurden im Produktplan 96 IT-Budget die Primärausgaben nicht überschritten, was einerseits durch entsprechende Gegensteuerung, andererseits durch nicht eingetretene Resteinanspruchnahmen (Digitalfunk) und nicht in der von den Ressorts angekündigten Höhe abgeflossenen E-Mail/AD- und Infrastrukturkosten erreicht wurde. Dies führt zu erheblichen Restbildungen. Hinsichtlich der Finanzierung konnten die Ressorts durch entsprechende Nachbewilligungen aus den jeweiligen Produktplänen die haushaltsmässige Deckung nachweisen.</p>		

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 03.02.2011
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 13 / 2010

Ausgabereste/Rücklagen

Der Berichtszeitraum war erstmals geprägt durch die Aufgabe, die Rücklagen und Reste so auszusteuern, dass durch das Basisjahr 2010 der Sanierungspfad 2011 bis 2020 nach den Vorgaben der Föderalismuskommission II nicht bereits zu Beginn vorbelastet wird.

Bis zum Abschluss des 13. Monats sind Rücklagen in Höhe von rd. 166,8 Mio. € entnommen worden. Schwerpunkt war - zur haushaltsrechtlichen Absicherung der Maßnahmen - die Bereitstellung der investiven Rücklage sowie der Rücklage des Konjunkturprogramms II (insgesamt rd. 153,3 Mio. €) zu Jahresbeginn.

Die Veränderungen im gesamten Berichtszeitraum lassen sich der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Reste-/Rücklagenentwicklung im Haushaltsjahr 2010					
	Jahresanfangs- bestand 2010	Veränderung im Berichtszeitraum (01-13/2010)			Bestand zum 31.12.2010
		Entnahmen		Zuführungen	
		veranschlagt	nicht veranschlagt		
Tsd. €					
allg. Budgetrücklage	11.593,9	-20,5	-3.977,0	0,0	7.596,4
Altersteilzeitrücklage	6.581,6	-1.521,9	-689,1	---	4.370,6
investive Rücklage (ohne KP II)	63.897,2	0,0	-61.857,8	0,0	2.039,4
Sonderrücklagen	79.675,5	-623,5	-6.664,5	990,2	73.377,7
INSGESAMT	161.748,2	-2.165,9	-73.188,4	990,2	87.384,0

nachrichtlich:

Konjunkturprogramm II	91.432,8	0	-91.432,8	0,0	0,0
-----------------------	----------	---	-----------	-----	-----

Ausgabereste (einschl. Verrechn./Erstatt.)	39.971,8
---	----------

Im **IV. Quartal** (einschl. 13. Monat) wurde in der Summe zusätzlich ein Betrag in Höhe von **9,9 Mio. €** den Rücklagen entnommen. Die jeweiligen Produktplanergebnisse sind - unterschieden nach Rücklagearten - in den Tabellen auf der nächsten Seite ausgewiesen.

Verlustvorträge

Die bestehenden Verlustvorträge in Höhe von 143,6 Mio. € (einschl. 70,7 Mio. € aus dem Konjunkturprogramm II), die insbesondere aus Mindereinnahmen bei der Durchführung von EU-finanzierten Programmen (EFRE, ESF, EFF) resultieren, haben sich im Berichtszeitraum nur geringfügig (Tilgung des Sportressorts von 0,4 Tsd. €) verändert.

Im Zuge des Jahresabschlusses 2010 ergeben sich noch erhebliche Veränderungen, insbesondere Ausgleichs der Verlustvorträge des Konjunkturprogramms II. Im einzelnen wird auf die Ausführungen in der Vorlage „Abrechnung der Produktplanhaushalte 2010“ verwiesen.

Monatsbericht 13/2010 - PPL-bezogene Rücklagen

PPL Bezeichnung	ATZ-Rücklage			allg. Budgetrücklage			Investive Rücklage			akt. Rücklagen- bestand insgesamt	Veränderung insgesamt
	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung		
01 Bogenhaft	486.302,78	339.812,78	-146.490,00	1.919.897,05	1.599.897,05	-320.000,00	1.409.410,35	0,00	-1.409.410,35	1.939.709,83	-1.875.900,35
02 Rechnungshof	635.879,39	385.879,39	-250.000,00	606.037,13	585.537,13	-20.500,00	73.860,86	0,00	-73.860,86	971.416,52	-344.360,86
03 Senat, Senatskanzlei, Richt. Angelegen.	312.145,12	188.755,12	-123.390,00	114.626,17	0,00	-114.626,17	2.879.993,58	0,00	-2.879.993,58	188.755,12	-3.118.009,75
05 Bundesangelegenheiten	316.245,49	292.245,49	-24.000,00	656.611,37	656.611,37	0,00	18.345,29	0,00	-18.345,29	948.856,86	-42.345,29
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	8.987,20	0,00	-8.987,20	60.185,47	44.172,67	-16.012,80	1.497,12	0,00	-1.497,12	44.172,67	-26.497,12
07 Innere	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	-50.000,00	1.385.000,00	1.385.000,00	0,00	1.385.000,00	-50.000,00
08 Gleichberechtigung der Frau	79.134,47	79.134,47	0,00	75.804,14	75.804,14	0,00	35.511,29	0,00	-35.511,29	154.938,61	-35.511,29
09 Staatsgerichtshof				9.271,02	9.271,02	0,00				9.271,02	0,00
11 Justiz							1.403.526,21	0,00	-1.403.526,21	0,00	-1.403.526,21
12 Sport				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Bildung	1.681.925,21	1.681.925,21	0,00	112.092,70	112.092,70	0,00	1.390.309,58	116,75	-1.390.192,83	1.794.134,66	-1.390.192,83

Montag, 24. Januar 2011

PPL Bezeichnung	ATZ-Rücklage			allg. Budgetrücklage			Investive Rücklage			akt. Rücklagen- bestand insgesamt	Veränderung insgesamt
	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung		
22 Kultur	0,00	0,00	0,00	17.006,64	0,00	-17.006,64	4.104.011,32	0,00	-4.104.011,32	0,00	-4.121.017,96
24 Hochschulen und Forschung				672.946,67	672.946,67	0,00	196.353,58	0,00	-196.353,58	672.946,67	-196.353,58
31 Arbeit	0,00	0,00	0,00	13,47	13,47	0,00	324.833,00	17.979,67	-306.853,33	17.993,14	-306.853,33
41 Jugend und Soziales	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	66.357,39	24.000,09	-42.357,30	24.000,09	-42.357,30
51 Gesundheit	0,00	0,00	0,00	441.201,59	265.733,97	-175.467,62	68.691,19	8.177,60	-60.513,59	273.911,57	-235.981,21
68 Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	1.580.664,52	401.124,52	-1.179.540,00	1.703.372,41	0,00	-1.703.372,41	14.378.558,45	0,00	-14.378.558,45	401.124,52	-17.261.470,86
71 Wirtschaft	0,00	0,00	0,00	1.798.357,89	1.366.223,19	-432.134,70	16.152.238,27	7.821,73	-16.144.416,54	1.374.044,92	-16.576.551,24
81 Häfen	1.053.773,13	664.233,13	-389.540,00	2.201.033,31	2.201.033,31	0,00	4.326.328,63	636,89	-4.325.691,74	2.865.903,33	-4.715.231,74
91 Finanzen / Personal	324.291,65	235.184,15	-89.107,50	1.155.455,65	7.088,76	-1.148.366,89	1.649.042,18	145.622,18	-1.503.420,00	387.895,09	-2.740.894,39
92 Allgemeine Finanzen / Zentrale Finanzen	102.258,38	102.258,38	0,00				100.101.974,19	450.000,00	-99.651.974,19	552.258,38	-99.651.974,19
96 IT-Ausgaben der FHB							5.364.168,91	0,00	-5.364.168,91	0,00	-5.364.168,91
Gesamtsumme	6.581.607,34	4.370.552,64	-2.211.054,70	11.593.912,68	7.596.425,45	-3.997.487,23	155.330.011,39	2.039.354,91	-153.290.656,48	14.006.333,00	-159.499.198,41

Montag, 24. Januar 2011

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 03.02.2011
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 13 / 2010

Monatsbericht 13/2010

<i>Sonderrücklage</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
ABFALLABGABE-RUECKLAGE	0,00	0,00	0,00
ABWASSERABGABE-RUECKLAGE	12.599.191,93	11.836.231,33	-762.960,60
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELONHGESETZ	7.684.044,50	8.635.057,65	951.013,15
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT	1.343,42	1.343,42	0,00
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ	8.564.772,01	8.577.019,74	12.247,73
BUDGETRUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN	2.353.089,00	99.425,47	-2.253.663,53
BUDGETRUECKLAGE HANSESTADT BREMISCHES HAFENAMT, BREMERHAVEN (BAGGERGUTENTSORGUNG)	234.000,01	234.000,01	0,00
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN- BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV.	293.445,67	293.445,67	0,00
KASSENVERSTAERKUNGS- UND ALLGEMEINE AUSGLEICHSRUECKLAGE	16.340.452,11	16.340.452,11	0,00
RUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (INCL. ZENTRAL. PERSONALRUECKLAGE)	17.320.058,38	15.886.065,90	-1.433.992,48
RUECKLAGE 'FOLGEKOSTEN DER BEB- VERAEUSSERUNG'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DIE GASTSCHULGELDPAUSCHALE VOM LAND NIEDERSACHSEN	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DISKONTKREDITE	436.250,00	436.250,00	0,00
RUECKLAGE KRIEGSOPFERFUERSORGE	169.953,44	169.953,44	0,00
RUECKLAGE 'SAUBERE STADT'	649.091,93	263.889,60	-385.202,33
RUECKLAGE 'SCHAFFUNG VON GARAGEN UND EINSTELLPLAETZEN'	155.566,67	155.566,67	0,00
RUECKLAGE SOZIALLEISTUNGEN (ALLGEMEIN)	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "Delichschutz Bremerhaven"	922.172,19	922.172,19	0,00

Montag, 24. Januar 2011

<i>Sonderrücklage</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
Sonderrücklage "Jüdischer Friedhof"	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "ReSoSta"	967.759,77	662.259,77	-305.500,00
Sonderrücklage A 281	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage Fischereiprogramm EFF	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	113.345,00	99.445,00	-13.900,00
Sonderrücklage Kafen Fischereihafen	1.676.000,00	1.676.000,00	0,00
WASSERENTNAHMEGEBUEHR-RUECKLAGE	9.194.127,69	7.088.282,76	-2.105.844,93
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	813,80	813,80	0,00
Zweckrücklage Unterhaltungsfonds Naturschutz	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	79.675.477,52	73.377.674,53	-6.297.802,99

Montag, 24. Januar 2011

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 03.02.2011
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 13 / 2010

Monatsbericht 13/2010 - PPL-bezogene Verlustvorträge

<i>Bezeichnung</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07)	-11.607.361,61	-11.607.361,61	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUSTIZ PPL11)	-10.818.272,45	-10.818.272,45	0,00
Verlustvortrag Sport	-843.294,07	-842.846,78	-447,29
Verlustvortrag (Hochschulen und Forschung PPL 24 - EFRE 2007-2013)	-6.350.136,66	-6.350.136,66	0,00
VERLUSTVORTRAG (ARBEIT PPL31)	-4.407.117,59	-4.407.117,59	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 - EFRE 2007-2013)	-4.482.870,99	-4.482.870,99	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 -ESF 2007-2013)	-14.721.529,24	-14.721.529,24	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUGEND UND SOZIALES - SOZIALLEISTUNGEN PPL41)	-12.169.957,00	-12.169.957,00	0,00
Verlustvortrag (Umwelt, Bau, Verkehr, Europa PPL 66 EFRE 2007-2013)	-5.597.356,06	-5.597.356,06	0,00
VERLUSTVORTRAG (WIRTSCHAFT-WAP PPL71)	-1.550.910,16	-1.550.910,16	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013)	-95.977,43	-95.977,43	0,00
Verlustvortrag Europäischer Fischereifonds (EFF)	-287.636,32	-287.636,32	0,00
Verlustvortrag (KP II Mindereinnahmen)	-70.663.334,51	-70.663.334,51	0,00
Gesamtsumme	-143.595.754,09	-143.595.306,80	-447,29

Montag, 24. Januar 2011

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 04.02.2011
Zuwendungen(Testate) / globale Minderausgaben	01 – 13 / 2010

Zuwendungen (institutionelle Förderung) ab 100 Tsd. €

Über den Sachstand der Vorlage ausstehender Testate wird regelmäßig im Rahmen des Controllings berichtet. Die zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfs ausstehenden Testate der Fachressorts liegen zwischenzeitlich, auch für die Einheiten, bei denen das Wirtschaftsplanjahr wegen der Spielzeiten vom Haushaltsjahr abweicht, ausnahmslos vor.

Globale Minderausgaben

Im Haushalt 2010 wurden im Zusammenhang mit der Änderung des Bremischen Glücksspielgesetzes globale Minderausgaben in den Produktplänen 41 Jugend und Soziales sowie 51 Gesundheit

Produktgruppe	Haushaltsstelle	Zweckbestimmung	Anschlag
41.02.04	3401.97401-5	Minderausgaben	-364.500 €
41.01.01	3402.97401-9	Minderausgaben	-364.500 €
51.01.01	3501.97499-3	Minderausgabe	-154.000 €
INSGESAMT			-883.000 €

veranschlagt (vgl. Beschluss des Senats vom 21. April 2009). Um eine insgesamt haushaltsneutrale Verlagerung der ab dem Haushaltsjahr 2010 zentral ver-

anschlagten Glücksspieleinnahmen zu erreichen, wurden in Höhe der in den vergangenen Haushaltsjahren zu hohen Veranschlagung der Glücksspieleinnahmen in den Bereichen Gesundheit, Jugend und Soziales globale Minderausgaben veranschlagt. Diese waren im Haushaltsvollzug durch Heranziehung von Mehreinnahmen oder durch Einsparung an anderer Stelle aufzulösen.

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat die Minderausgaben im Haushaltsvollzug wie folgt aufgelöst:

321.348 € Glücksspielmehreinnahmen
10.000 € Kosten für die wissenschaftliche Untersuchung der Kindertagesbetreuung
10.700 € Sonderrücklage Bürgerstiftung
226.000 € Zuwendungen (Kinder- u. Jugendschutz, Begegnungsstätten)
160.952 € Entnahme aus der Kassenverstärkungs- und allgem. Ausgleichsrücklage
729.000 € Zwischensumme Jugend und Soziales
154.000 € Entnahme aus der Budgetrücklage
154.000 € Zwischensumme Gesundheit
883.000 € INSGESAMT

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 16.02.2011
Investive Minderausgaben	01 – 13 / 2010

Meldung zu investiven Minderausgaben von mehr als 1 Mio. €

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20. August 2010 gebeten, erstmalig mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt 01 – 09/2010 Übersichten zu Ausgabereduzierungen bei den Investitionen vorzulegen.

Von den Ressorts sind der Beschlusslage entsprechend die zum Stichtag 31.12.2010 bekannt gewordenen investiven Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. € zu melden. Dabei sind insbesondere investive Minderausgaben, die aus einer Reduzierung der ursprünglich geplanten (veranschlagten) Baukosten resultieren, anzugeben.

Die Ressorts haben mit Ausnahme des Produktplans 71 Wirtschaft Fehlanzeige gemeldet.

Auf die folgende Ressortmeldung wird verwiesen.

Ressort Wirtschaft
Produktplan 71

Meldung zu investiven Minderausgaben*

Hinweise:

- In Teil I sind Baukostenreduzierungen von mehr als 1 Mio. € (z.B. aufgrund Standardabsenkung, günstigerer Submissionsergebnisse etc.) gegenüber der bisherigen Planung (bzw. Veranschlagung) anzugeben.
- In Teil II sind - bezogen auf das Haus

TEIL I - maßnahmebezogene Baukostenreduzierungen							
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	bisher geplante	Veränderung	neue geplante	Anmerkung / Begründung
				Gesamtkosten der Maßnahme		Gesamtkosten der Maßnahme	
				EUR			
71.01.01	0706.89121-8	Ansiedlungskonzept Offshore Windenergie		6.957.000,00	1.403.000,00		Die Vorhaben sind noch nicht abgerechnet, so dass hier keine endgültigen Beträge genannt werden. Insgesamt handelt es sich hier ausschließlich um EFRE-Mittel, die in einem größeren Zuwendungszusammenhang stehen und deren weitere Verwendung innerhalb des Vor
71.01.01	0706.89121-8	Ansiedlungskonzept Offshore Windenergie 2. BA		4.701.884,00	1.588.000,00		
				11.658.884,00	2.991.000,00	0,00	

TEIL II - maßnahmebezogene Ausgabereduzierungen						
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	Anschlag	Anmerkung / Begründung	
				Haushaltsjahr		
				EUR		
71.01.01	0706/891 60-9	Erschließung Fischereihafen	Masterplan Fischereihafen	2.000.000,00	Mittelbedarf in 2010 für Baumaßnahme Wittlingstr. rd. 800 TE; im Übrigen Projektverschiebung (Ausgabereduzierung i.H.v. 1,2 Mio. €);	
71.01.01	diverse (Kap. 0715/0717)	Tilgungen im BKF		17.065.000,00	Ausgabereduzierung lt. Neuberechnung im BKF i.H.v. 11,2 Mio € Bewirtschaftung des BKF durch die Senatorin für Finanzen; Streichung der Mittel (Keine Rücklagenbildung 2010)	
				19.065.000,00		